

## Impressum

Liebe Leserinnen und Leser,

im einleitenden Artikel des vorliegenden Hefts der „aktuellen ostinformationen“ beschäftigen wir uns mit einer Problematik, die in letzter Zeit aufgrund der rassistischen Übergriffe aus der Neo-Nazi-Szene eine öffentliche Debatte entfacht hat. Dabei ist die Frage des Stellenwerts politischer Jugendbildung zwangsläufig in den Mittelpunkt gerückt. Dass es sich bei der außerschulischen politischen Jugendbildung um ein Arbeitsfeld handelt, das angesichts der Politik- und Parteienverdrossenheit zahlreicher Jugendlicher von den politisch Verantwortlichen kontinuierlich gepflegt und gefördert werden sollte, mag selbstverständlich erscheinen, deckt sich aber mancherorts kaum noch mit der Realität.

Der deutsch-polnischen Zusammenarbeit und den sie behindernden Asymmetrien ist ein Aufsatz gewidmet, der nicht mehr als eine Bestandsaufnahme darstellt, in dem allerdings deutlich wird, wie intensiv sich die gegenseitige Kooperation auf nationalem und europäischem Hintergrund entwickelt hat.

Wie schwierig sich die Demokratisierungsprozesse in Transformationsgesellschaften gestalten, die über Jahrzehnte totalitär oder autoritär geführt wurden, belegen hingegen die beiden Artikel über Bulgarien und Slowenien. Und dass es nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland massive rassistische Tendenzen gibt, verdeutlicht die Dokumentation über „Populismus und Rechtsradikalismus in Polen“.

Im ausführlichen Rezensionsteil informieren wir schließlich über Veröffentlichungen, die in ihrer Mehrheit den deutsch-polnischen Beziehungen gewidmet sind.

Zbigniew Wilkiewicz

---

Jahresabonnement „aktuelle ostinformationen“: DM 12,00 (inkl. Porto)

Einzelheft: DM 5,00 (zuzügl. Porto)

Wir bitten Sie, den Abonnementsbetrag für die „aktuellen ostinformationen“ auf folgendes Konto zu überweisen:  
Postbank NL Hannover (BLZ 25010030), Konto-Nr. 177400305

Diese Publikation wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bezuschusst.

---

## Inhaltsverzeichnis

<b>Beiträge</b>	<b>Seite</b>
Michael Walter: Aktuelle Herausforderungen an die Politische Jugendbildung.....	1
Zbigniew Wilkiewicz: Deutsch-polnische Asymmetrien .....	5
Gerhard Schüsselbauer, Viktor Seliktar: Bulgariens schwieriger Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft .....	18
Michael Walter: Musterländle in den Alpen? – Slowenien im zehnten Jahr nach der Unabhängigkeitserklärung .....	28
Wolfgang Döbber: Lächelnde Zeitgenossen und vergrabene Seelen.....	42
 <b>O-Ton</b>	
Jana Teneva: Bulgarien auf dem Weg in eine bessere Zukunft.....	45
 <b>Berichte/Dokumentationen</b>	
Wolfgang Döbber, Jana Teneva: Ostmittel- und Osteuropa auf der Expo 2000 .....	47
Stanisław Wesolowski: Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland .....	50
Zbigniew Wilkiewicz: Populismus und Rechtsradikalismus in Polen.....	55
 <b>Rezensionen</b>	
Otfried Höffe: Demokratie im Zeitalter der Globalisierung .....	64
Werner Faulstich: Medienkulturen .....	66
Erwin Gatz (Hg.): Kirche und Katholizismus seit 1945. Band 2. Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa.....	68
Magarditsch A. Hatschikjan, Franz-Lothar Altmann (Hg.): Eliten im Wandel. Politische Führung, wirtschaftliche Macht und Meinungsbildung im neuen Osteuropa .....	69
Bohdan Musial: Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939-1944. ....	71
Ansichten: Jahrbuch des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt (10). ....	72
Norbert H. Weber (Hg.): Die Oder überqueren. Deutsch-polnische Begegnungen in Geschichte, Kultur und Lebensalltag. ....	73
Jan-Pieter Barbian, Marek Zybur (Hg.): Erlebte Nachbarschaft. Aspekte der deutsch- polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert.....	75
Helga Schultz, Alan Nothnagle (Hg.): Grenze der Hoffnung. Geschichte und Perspektiven der Grenzregion an der Oder. ....	76
Uta Lieberum: Die Zusammenarbeit von deutschen und polnischen Führungskräften. Eine empirische Untersuchung von deutsch-polnischen Unternehmen in Polen. ....	78
Maciej Łagiewski: Das Pantheon der Breslauer Juden. Der jüdische Friedhof an der Lohestraße in Breslau.....	80
Yves Bizeul (Hg.): Politische Mythen und Rituale in Deutschland, Frankreich und Polen, Ordo Politicus Band 34. ....	81
Angelika Nußberger, Margareta Mommsen (Hg.): Krise in Rußland – Politische und sozialrechtliche Lösungsansätze. ....	83
Wilfried Heller: Innenansichten aus dem postsozialistischen Rumänien. ....	84
 Abschied von Armin Th. Droß .....	 85
Nachruf auf Eckhard Stegmann	

Michael Walter

## Aktuelle Herausforderungen an die Politische Jugendbildung

“Politik geht mir voll am A... vorbei”. Die geneigte Leserschaft möge den etwas drastischen Einstieg in diesen Beitrag verzeihen; wer indes die akademischen und sonstigen Elfenbeintürme verlässt und sich der Realität der außerschulischen politischen Jugendbildung stellt, wird sich unweigerlich permanent mit solchen (und noch weniger zitierfähigen) Äußerungen Jugendlicher konfrontiert sehen. Ebenso verheerend ist der aus dem fehlenden Interesse resultierende Wissensstand, der selbst jüngeren Kollegen in kurzer Zeit das Haar ergrauen lässt. Einige Beispiele aus dem Seminaralltag gefällig? “Polen gehört zu den Mitgliedstaaten der Europäischen Union” (Gymnasiast, LK Sowi, 18 Jahre), “Die Französische Revolution war 1918” (Referendar an einer Berufsschule), “Bismarck war polnischer Außenminister” (Gesamtschüler, 16 Jahre), “Der Bundespräsident wird von einem Gremium gesellschaftlicher Interessengruppen gewählt, dem zum Beispiel die Gewerkschaften angehören” (Politologiestudent im Magisterexamen [!]). Angesichts solcher Irrtümer überrascht es auch nicht sonderlich, wenn jüngst festgestellt wurde, dass lediglich ein Drittel der Deutschen die korrekte Bedeutung des Wortes “relevant” kennt.<sup>1</sup> Selbst die Berichterstattung der Tagesschau kann von vielen nicht mehr verstanden werden.

Da das hier konstatierte mangelnde Interesse an bzw. fehlende Kenntnisse der Politik nicht notwendigerweise repräsentativ sein müssen, bietet es sich aus Gründen der analytischen Seriosität an, einen vergleichenden Blick in aktuelle Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Jugendforschung zu werfen. Laut der im Frühjahr 2000 veröffentlichten 13. Shell-Jugendstudie geht das politische Interesse der Jugendlichen seit 1991 ebenso kontinuierlich wie rapide zurück.<sup>2</sup> Während Anfang der Neunzigerjahre noch 57 Prozent der Befragten angaben, sich für Politik zu interessieren, waren

es 1996 nur noch 47 Prozent und 1999 43 Prozent. Insbesondere in den neuen Bundesländern ist eine dramatische Entwicklung zu beobachten: Hier sind es lediglich 35 Prozent der Jugendlichen, welche die Frage nach einem politischen Interesse positiv beantworteten – 15 Prozent weniger als noch Mitte der Neunzigerjahre.

Sucht man nach den Ursachen, liegt eine Erklärung darin, dass mit dem Ende des Ost-West-Konflikts die großen polarisierenden Konflikte weggefallen sind, die über Jahrzehnte hinweg die politische Kultur der Bundesrepublik mitprägten. Nur ein Beispiel: Als Anfang der Achtzigerjahre neue Raketen in der Bundesrepublik stationiert wurden, gingen an einem einzigen Wochenende zwei Millionen Menschen auf die Straße, um dagegen zu protestieren, darunter hunderttausende Jugendliche. Heute muss es schon die Berliner Love Parade sein, um eine ähnliche Zahl von Jugendlichen auf die Straße zu bringen. Letztlich ist dies eine völlig normale Entwicklung. Wenn wir nämlich untersuchen, welche politischen Probleme Jugendlichen heute wichtig sind, dann ist das eben nicht mehr die kollektive Kriegsangst der No-Future-Generation wie noch vor 15 bis 20 Jahren. Zur Erinnerung: Nach den Ergebnissen der Shell-Jugendstudie von 1981 sahen 58 Prozent der Jugendlichen düster in die Zukunft.<sup>3</sup> Die Hälfte der Befragten glaubte damals, dass die Welt “bestimmt” oder “wahrscheinlich” in einem Atomkrieg untergehen würde.<sup>4</sup> Heute ist es vor allem die individuelle Angst vor der Arbeitslosigkeit, die Jugendliche bewegt. Niemand kann jungen Menschen heute eine Ausbildungs- und Arbeitsplatzgarantie geben. Diese Sorge wird auch in Zukunft ein wichtiges Thema sein und nicht nur bei Jugendlichen. Dabei ist vielen nicht bewusst, dass die von ihnen immer wieder benannten Problemfelder, für die sie Lösungen fordern – neben der Arbeitslosigkeit Lehrstellenmangel, Umwelt-

schutz, Soziale Gerechtigkeit, Bildungssystem, Renten (!) – eminent politische Themen sind.

Wer den zitierten Umfragen skeptisch gegenübersteht, kann vergleichsweise einen Blick auf die Wahlbeteiligung werfen, die in der Altersgruppe der bis 24-Jährigen im bundesweiten Durchschnitt bei lediglich knapp über 40 Prozent liegt. Fast schon überflüssig, zu ergänzen, dass auch die Bereitschaft, einer politischen Partei beizutreten, bei Jugendlichen rapide abnimmt. Nur 1,5 Prozent besitzen ein Parteibuch.<sup>5</sup> Unter 14 Organisationen und Institutionen – von Umweltschutz- und Menschenrechtsgruppen über Polizei und Bundeswehr bis hin zu den demokratischen Verfassungsorganen – genießen die politischen Parteien bei Jugendlichen das geringste Vertrauen.<sup>6</sup>

Man mag über die konkreten Zahlen und vielleicht auch Erhebungsmethoden streiten; wer allerdings die Tendenz anzweifelt, lebt auf einem anderen Planeten (was nicht ganz auszuschließen ist, wenn laut Erkenntnissen der Allensbacher Demoskopien ein Sechstel der Deutschen davon ausgehen, dass ihr Heimatplanet sich nicht um die Sonne dreht<sup>7</sup>). Es gibt aus meiner Erfahrung als wissenschaftlich-pädagogischer Mitarbeiter des Gesamt-europäischen Studienwerks e.V. Vlotho in der außerschulischen politischen Bildung mit Jugendlichen aller Bildungsebenen und Bevölkerungsschichten grundsätzlich nicht den geringsten Grund, die Ergebnisse der Shell-Jugendstudie – die sich im Übrigen mit anderen Untersuchungen decken – anzuzweifeln. Im Gegenteil ist zu beobachten, dass die diversen politischen Affären der vergangenen Monate die Abneigungshaltung noch in hohem Maße verstärken. Wohlgermerkt geht es hier nicht um eine politologische oder juristische Bewertung dieser Vorkommnisse, sondern schlicht um deren Perzeption durch eine Bevölkerungsgruppe, die sich in einer wichtigen Phase ihrer politischen Sozialisation befindet. Die Folgen sind verhängnisvoll: Wer angesichts des CDU-Spendenskandals, der nordrhein-westfälischen (niedersächsischen, baden-württembergischen)

Flugaffären oder der Korruptionsfälle in der EU-Kommission versucht, solche Skandale als medial inszenierte Ausnahmefälle in einem ansonsten gut funktionierenden demokratischen System zu relativieren oder gar für die aktive Teilnahme am politischen Geschehen wirbt, erntet nicht selten nur höhnisches Gelächter. Angewidert wenden sich viele Jugendliche von politischen Entscheidungsträgern in unserem Staat ab.

Statt die finanzielle Unterstützung für die politische Bildung seitens der öffentlichen Hand weiterhin drastisch zu kürzen, wäre es daher angebracht, zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen, um den durch die Affären angerichteten Schaden zumindest ein Stück weit zu beheben. Einen entsprechenden Vorstoß unternahm beispielsweise der Bevölkerungsforscher Klaus Hurrelmann von der Universität Bielefeld: “Durch die Verstöße gegen das Parteiengesetz ist die Bereitschaft von Jugendlichen, sich in den Parteien zu engagieren, weiter gehemmt worden. Als vertrauensbildender Schritt wäre deshalb eine klare Vereinbarung aller Parteien des Deutschen Bundestages, die 41 Millionen Strafgeelder der CDU in eine Stiftung zur Förderung des bürgerlichen Engagements von Kindern und Jugendlichen zu geben, ein hilfreiches Signal.”<sup>8</sup> Mit ähnlicher Absicht rief der Vorstand des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e.V. in einem Brief an Bundestagspräsident Wolfgang Thierse dazu auf, “einen Teil der auf die CDU zukommenden Strafzahlungen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung zukommen zu lassen”.<sup>9</sup> Andere schlossen sich entsprechenden Forderungen an.

Für den politischen Bildner drängt sich heute unweigerlich das Bild des Feuerwehrmanns auf, der den Brand löschen soll, während die Brandstifter ihm den Wasserhahn zudrehen. Dabei scheint deren parteipolitische Zugehörigkeit zweitrangig zu sein. Ob die rot-grüne Regierung in Berlin die Zuschüsse für die Bundeszentrale für politische Bildung kürzt, die baden-württembergische Landesregierung die Landeszentrale für politische Bildung unter

Druck setzt oder die hessische Koalition traditionsreiche Bildungsstätten schließen lässt, ja symptomatischerweise gar darüber diskutiert wird, ob man die Einrichtungen nicht zu einem Jugendgefängnis umfunktionieren könnte: Die Frage, ob die Mehrheit der Jugendlichen überhaupt noch für die politische Bildung und deren Ziel einer partizipativen demokratischen Bewusstseinsbildung gewonnen werden kann, scheinen die Verantwortlichen längst mit einem Nein beantwortet zu haben.

Aus der Sicht der Praxis muss dieser *Rien ne va plus*-Haltung widersprochen werden. Nicht nur das große Interesse an Konfliktschlichtungs- und SV-Seminaren zeigt, dass zumindest ein Teil der Jugendlichen, die schon abgeschrieben zu sein scheinen, trotz ihrer bisweilen aggressiven Anti-Politik-Äußerungen durchaus noch zu erreichen sind. Allerdings nicht mit den von vielen politischen Bildnern in ihrem Universitätsstudium erlernten Methoden Vortrag, Diskussion, Fazit, Schluss. Auch wenn es abgedroschen klingen mag: Man muss die Jugendlichen tatsächlich bei ihren Interessen, ihren stark emotional geprägten Einstellungen und vor allem bei ihren Gewohnheiten der Freizeitgestaltung "abholen".

Um es an zwei konkreten Beispielen zu verdeutlichen: Wie motiviert man Gelsenkirchener Hauptschüler, sich mit dem Thema Europa zu beschäftigen? (Zur Einstellung der Seminarteilnehmer bei Veranstaltungsbeginn s.o.). Folien zur Integrationsgeschichte und zum Institutionengefüge sollten zunächst besser im Ordner bleiben. Stattdessen ließen T-Shirts, Mützen und Gespräche der Teilnehmer vermuten, dass das Thema Fußball eine große Rolle im Alltag der Schüler spielt. Daher bot es sich an, hier anzusetzen. Der Versuch glückte: Anhand der Mannschaftsaufstellung von Schalke 04 – für Fußball-Laien: der Bundesligamannschaft mit dem höchsten Ausländeranteil – entwickelte sich eine lebhaft Diskussion über das Zusammenwachsen Europas, dessen Bedeutung im Alltag und schließlich sogar über die wirtschaftliche Situation in den

Heimatländern der Spieler mittelosteuropäischer Herkunft.

Ein anderes Seminar mit weiblichen Auszubildenden aus verschiedenen thüringischen Betrieben der Textilbranche zum Thema "Deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts" erforderte etwas mehr Vorbereitung. Da ein ausgeprägtes Interesse der Teilnehmerinnen am Thema Mode vorausgesetzt werden konnte, sammelten wir bei Bekannten und auf Flohmärkten Kleidungsstücke vergangener Dekaden, die wir dann in einer großen Wühlkiste präsentierten. Die Jugendlichen erhielten den Auftrag, mittels einer Modenschau einen Streifzug durch die Geschichte zu unternehmen. In einem zweiten Arbeitsschritt wurden die so dargestellten Zeiträume durch Texte sowie visuelle und auditive Informationen zum zeitgeschichtlichen Hintergrund ergänzt. Besonders spannend war dabei der deutsch-deutsche Vergleich, etwa bei der Frage, warum die DDR-Jeans weniger Gramm Stoff pro Quadratmeter hatten oder warum die ansonsten überaus spießigen SED-Gerontokraten zwar den Mini-Rock begrüßten, den Maxi aber verdammtten.<sup>10</sup> Plötzlich herrschte ein reges Interesse an Problemen und Strukturen einer zentralstaatlichen Kommandowirtschaft und deren Nachteilen gegenüber der Marktwirtschaft. Auch das Thema Globalisierung konnte am Beispiel der Textilbranche anschaulich vermittelt werden.<sup>11</sup> Nach Auffassung aller Seminarbeteiligten – Jugendliche, Lehrer und Veranstalter – waren die Veranstaltungen äußerst erfolgreich. Sowohl die Gelsenkirchener als auch die Gothaer Jugendlichen hielten in der Seminauswertung übereinstimmend fest: "Wir wussten gar nicht, dass Politik so interessant sein kann", "Schade, dass die Woche schon vorbei ist" und "Wir wollen wiederkommen".

Ich habe die beiden Beispiele ausgewählt, weil hier gezielt benachteiligte Jugendliche aus sozialen Brennpunkten angesprochen wurden, um die sich die politische Bildung nach Ansicht des zuständigen Bundesministeriums ganz besonders intensiv bemühen soll.<sup>12</sup> Allerdings wird es immer schwieriger, entsprechende

Angebote zu machen, wenn zugleich die signifikante Kürzung der öffentlichen Zuschüsse dazu führt, dass die Teilnehmereigenbeiträge erhöht werden müssen: Für Auszubildende aus existenzgefährdeten Betrieben, die zum Teil seit Monaten keinen Lohn mehr erhalten, sind selbst Seminargebühren von DM 130.- (für eine Woche einschließlich Unterkunft und Verpflegung) unerschwinglich. Daher konzentrieren sich viele freie Träger heute schon auf eine finanzkräftigere (und sicherlich auch bequemere) Klientel – eine angesichts der Rahmenbedingungen ebenso verständliche wie bedauerliche Entwicklung.

## Fazit

Erstens: Wir müssen uns der Realität stellen. Alle Untersuchungen zeigen, dass die Bereitschaft von Jugendlichen, sich in Parteien oder Verbänden zu engagieren, in den letzten Jahren ebenso konstant abnahm wie ihr grundsätzliches politisches Interesse. Eine bemerkenswerte Ausnahme bildete lediglich die Zeit des Kosovo-Konflikts.

Zweitens: Politik und Gesellschaft müssen sich ihrer Verantwortung für die junge Generation stärker bewusst werden und dabei auch die Chancen nutzen, welche die politische Bildung bietet. Indem sie der jungen Generation Orientierungshilfen und Partizipationsmöglichkeiten bei der Gestaltung des demokratischen Gemeinwesens offeriert, kann sie dazu beitragen, die Verantwortungsträger von morgen als Staatsbürgerinnen und -bürger zu sozialisieren und das Überleben des freiheitlich-rechtsstaatlichen Gemeinwesens auch in Krisenzeiten zu sichern.

Drittens: Die Stellenkürzungen im Bereich der politischen Bildung und die zunehmende Verunsicherung bei den hier Beschäftigten führen mittelfristig zu einem Qualitätsverlust. Es besteht die Gefahr, dass zunehmend unzureichend ausgebildete (weil "billigere") Kräfte

eingestellt werden müssen. Bereits heute gibt es Bildungsstätten, die überwiegend mit Honorarkräften arbeiten, denen sie für ihre pädagogische Arbeit nicht mehr als DM 135.- pro Tag bezahlen können. Um dem drohenden Niveauabfall frühzeitig entgegenzuwirken, tragen auch die Hochschulen Verantwortung: Nicht erst im Berufsleben, sondern bereits im Studium muss die erforderliche fachliche und pädagogische Kompetenz erworben werden.

<sup>1</sup> So das Ergebnis einer Untersuchung des Mannheimer Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen lt. Dpa v. 13.4.2000.

<sup>2</sup> Zu den folgenden Angaben: Arthur Fischer, "Jugend und Politik", in: Deutsche Shell (Hrsg.), Jugend 2000, Bd. 1. Opladen 2000, S. 261-282, hier S. 263. Vgl. Wolfgang Gaiser/Martina Gille/Winfried Krüger/Johann de Rijke, "Politikverdrossenheit in Ost und West? Einstellungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen", in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 19/20/2000, S. 12-23.

<sup>3</sup> Jugend '81: Lebensentwürfe, Alltagskulturen, Zukunftsbilder. Studie im Auftrag des Jugendwerks der Deutschen Shell. Opladen 1982, Bd. 1, hier S. 382.

<sup>4</sup> Ebd., S. 384, 392.

<sup>5</sup> Fischer (2000), S. 276.

<sup>6</sup> Ebd., S. 270.

<sup>7</sup> Immerhin ist ein positiver Trend zu verzeichnen: Laut der entsprechenden Untersuchung von 1998 hatte sogar ein Viertel der Bevölkerung keine Ahnung vom Lauf der Gestirne.

<sup>8</sup> Zit. nach: "Gefährliches Gemisch aus Hilflosigkeit und Entfremdung", in: Frankfurter Rundschau vom 7.4.2000.

<sup>9</sup> Der vollständige Text ist abgedruckt in: außerschulische Bildung 1/2000, S. 70.

<sup>10</sup> Vgl. "Mode-Maschen. Die Deutschen und ihre Kleidung", Beitrag zur Reihe 100 Deutsche Jahre des SWR.

<sup>11</sup> Die Probleme der Altkleider-Industrie veranschaulicht z.B. das Spiel "Mupedza Nhamo!", © 1996 Bidule 4 AG, DEZA/DDC/SDC, Bern.

<sup>12</sup> Vgl. z.B. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten. Bonn, 3.9.1999.

Zbigniew Wilkiewicz

## Deutsch-polnische Asymmetrien

Asymmetrie unterstellt eine ungleichmäßige Lage zwischen zwei Gegenständen. Wenn wir den Begriff der Asymmetrie in diesem Kontext auf die beiden Nachbarländer Deutschland und Polen beziehen, ergeben sich hieraus notwendige Differenzierungen, die eine Einengung der zu behandelnden Themenvielfalt erfordern. Dabei soll es in erster Linie um die Zentralkategorien von Zeit, Raum und Mensch gehen, also um historische und aktuelle Prozesse. Aus guten Gründen wollen wir uns dabei allerdings auf die neueste Geschichte nach 1989 beschränken. Diese kurze Epoche der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation hat für die deutsch-polnischen Beziehungen, auf allen nur erdenklichen Ebenen, neue, grundlegende Voraussetzungen geschaffen.

Hinzu kommt, und hier spielt die Komponente des Raums eine dominante Rolle, dass die bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern in einem weiteren, gesamteuropäischen Kontext betrachtet werden müssen. Zumal der Weg Polens in die EU, ob nun wirtschaftlich oder politisch – in der Tat über Deutschland führt. Dass es sich hierbei um eine Interessengemeinschaft, zumindest aber um eine beträchtliche Angleichung der beiderseitigen Interessenlagen, handelt, die sich zusehends versachlicht, ist unbestritten.<sup>1</sup> Insofern spielen beide Länder im Kontext der Reform der EU-Institutionen und der Erweiterung der EU eine prominente Rolle. Das Integrationskonzept der EU überlagert also die bilateralen deutsch-polnischen Beziehungen, wodurch sie internationalisiert werden.

Allerdings sollten wir ebenfalls klar festhalten, dass der unterschiedliche Stellenwert und Status beider Länder im europäischen Einigungsprozess zu berücksichtigen ist. Die klassische wechselseitige deutsch-polnische und polnisch-deutsche Optik muss also um eine europäische ergänzt werden, wobei das deutsche und das

polnische Europa-Bild naturgemäß unterschiedlich ausfallen.

Dies führt uns zur dritten und wichtigsten Zentralkategorie, zum Menschen. Es geht dabei nicht nur um die wechselseitige Wahrnehmung zwischen Deutschen und Polen, die jeweilig unterschiedlich ausfallen muss, sondern ebenfalls um den Versuch, die Bedeutung und den Stellenwert füreinander in adäquater Weise zu objektivieren.

Hierbei genügt es nicht, auf politische Willensbekundungen der höchsten Ebene (deutsch-polnische Vertragswerke 1990 und 1991) einzugehen, sondern es ist ebenfalls notwendig, den Blick darauf zu richten, was sich im Verhältnis der beiden Länder in den letzten zehn Jahren tatsächlich verändert hat.

Mit dieser komplexen Fragestellung hat sich Ende der 90er Jahre u. a. ein deutsch-polnisches Forscherteam beschäftigt, das aus 18 polnischen und 11 deutschen Wissenschaftlern bestand. Beteiligt waren polnischerseits die folgenden Universitäten und Institute: das West-Institut in Poznań, das Schlesische Institut in Opole, die Universitäten Wrocław, Warszawa und Poznań nebst der Wirtschaftsakademie sowie die Pädagogische Hochschule in Zielona Góra. Auf deutscher Seite das Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln, die Universität Bremen, das Deutsche Polen-Institut in Darmstadt, die „Märkische Oderzeitung“ aus Frankfurt/Oder, der Tagesspiegel aus Berlin, die Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation in Strausberg sowie die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin. Die Forschungsergebnisse dieses Teams wurden Mitte Oktober 1998 auf einer Tagung in Krzyżowa/Kreisau vorgestellt, ein zusammenfassender Bericht in polnischer Sprache wurde von Krzysztof Malinowski 1999 veröffentlicht.<sup>2</sup>

Schließlich muss die bilaterale Staats- und Länderebene verlassen und die Frage gestellt werden, was sich im Bereich der partnerschaftlichen Beziehungen (Regionen, Städte, Institutionen) getan und verändert hat, wobei dem deutsch-polnischen Grenzbereich, und den dort entstandenen Euro-Regionen, ein besonderes Augenmerk zukommen sollte.<sup>3</sup>

Unterschiede und Asymmetrien lassen sich in der Regel durch Angleichung der Verhältnisse überwinden. Andererseits funktionieren zahlreiche Beziehungen nur deshalb, weil es entsprechende Unterschiede gibt. Die gilt vor allem für den ökonomischen Bereich, wo Konkurrenz und Preisunterschiede überhaupt erst den Anreiz dafür schaffen, dass miteinander kommuniziert und gemeinsam gehandelt wird. Die gänzliche Nivellierung der Unterschiede (Asymmetrien) käme in diesem Kontext einem Stillstand gleich, der wenig förderlich wäre. Gemeinhin wird behauptet, dass die Hebung des Lebensstandards in Polen und die allmähliche Angleichung des BIP an die Durchschnittswerte der EU-Mitglieder eine notwendige Voraussetzung für eine gelungene EU-Integration des Landes darstelle. Es ist unbestritten, dass das Wohlstandsgefälle zwischen Deutschland und Polen weiterhin erheblich ist. Es ist ebenfalls unumstritten, dass es zahlreiche Gruppen in Deutschland und Polen gibt, die gerade von diesem Wohlstandsgefälle, also z. B. den niedrigen Lohnkosten in Polen für deutsche Unternehmen, aber auch von den relativ hohen Löhnen für polnische Arbeitnehmer in Deutschland profitieren. Ebenso klar ist, dass die wechselseitigen Beziehungen von Interessengruppen getragen werden, die in erster Linie an ihrem eigenen Vorteil (Profit) orientiert sind. Es ist eine Binsenweisheit, dass der hehre Anspruch, dass sich alle am europäischen Einigungsprozess Beteiligten auf der Gewinnerstraße befinden, einen eher apellativen Charakter hat. Hierzu ist die Ausgangslage der einzelnen Länder zu unterschiedlich.<sup>4</sup> Hinzu kommt, dass es keine hinreichende Zielperspektive gibt, da weiterhin ungewiss bleibt, wohin die globalen und nationalen Trans-

formationsprozesse führen werden.<sup>5</sup> Der Mangel an politischer Teleologie, die nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus glücklich überwunden scheint, setzt somit ein hohes Potenzial an politischer und existentieller Unsicherheit frei. Angesichts einer so vagen Situation muss die Vorstellung von der Angleichung der Verhältnisse relativiert und prozessual betrachtet werden. Die auf dem präsumptiven EU-Beitritt Polens basierenden systemischen Angleichungsprozesse im Verhältnis zwischen Deutschland und Polen, die nach 1989 in gewissen Bereichen Fortschritte gemacht haben, werden sich in der ersten Dekade des dritten Jahrtausends mit Sicherheit fortsetzen. Von einer Überwindung dieser Asymmetrien kann freilich auch mittelfristig nicht ausgegangen werden. Dies gilt in erster Linie für die beiderseitigen ökonomischen Beziehungen, auf die wir an dieser Stelle näher eingehen wollen.

### **Das deutsch-polnische Grenzgebiet**

In den letzten Jahren sind erhebliche Forschungsanstrengungen unternommen worden, um die Problematik des deutsch-polnischen Grenzgebietes aufzuhellen. Dabei handelte es sich in erster Linie um empirische Forschungen, die auf Befragungen in diesem Grenzraum basierten. Hervorzuheben sind dabei die Ergebnisse eines Projekts, das auf zwei Jahre ausgelegt war und vom Westinstitut und der Wirtschaftsakademie in Poznań sowie der Adam Mickiewicz Universität durchgeführt wurde. Das Projekt stand unter der Leitung von Stanisław Lisiecki und hatte einen interdisziplinären Charakter: beteiligt waren Volkswirtschaftler, Demographen, Ethnologen, Historiker und Soziologen. Die Umfragen wurden in den Grenzstädten Frankfurt und Słubice sowie Guben und Gubin durchgeführt. Allgemein betrachtet kam man zu folgenden Ergebnissen:

- auf beiden Seiten der Grenze wächst die Zahl derjenigen, die die Grenzöffnung positiv beurteilen.



- Die Ansichten und Bewertungen bezüglich der Wohnsituation im Grenzraum verändern sich. Die Attraktivität von Słubice und Gubin sowie von Frankfurt und Guben ist gestiegen. Eine immer größere Zahl von jungen Deutschen erklärt, in diesen Grenzstädten wohnen bleiben zu wollen, obwohl die jüngsten Trends wieder in eine andere Richtung zu verweisen scheinen.<sup>6</sup>
- Auch die Ansichten und Wertungen ändern sich. Zwar bleiben Stereotype und Vorurteile erhalten, wonach die Polen stehlen, schmuggeln und „schlimmer als die Juden sind“, die Deutschen weiterhin überheblich und arrogant auftreten, allerdings wird ebenfalls festgestellt, dass man bei den Grenznachbarn auch „Offenheit“ und „Hilfsbereitschaft“ feststellen könne.<sup>7</sup>

Bekanntlich zeichnen sich Grenzregionen durch eine gewisse Ambivalenz aus: sie können sowohl Sphären der Abschottung als auch Sphären des Kontakts sein. Das europäische Programm der regionalen Entwicklung hat in den letzten Jahrzehnten viel dazu beigetragen, dass die nationalen Grenzen im Westen Europas durchlässiger geworden sind und Voraussetzungen für eine grenzüberschreitende, integrierte Regionalentwicklung geschaffen wurden. Dabei ging es im Zusammenhang mit der Vervollendung des Binnenmarktes darum, die Barrieren hinsichtlich der Freizügigkeit von Personen, Arbeitskräften, Waren und Kapital abzubauen.

Betrachtet man nun das deutsch-polnische Grenzgebiet, so muss beachtet werden, dass wir es mit einer Region zu tun haben, die nach 1945, aufgrund der neuen Grenzziehung und den Bevölkerungsverschiebungen sowie der langen Ära des Kalten Krieges, ganz besonderen Entwicklungsbedingungen unterlag.<sup>8</sup> Nach 1989 sind die Regionen auf beiden Seiten der Oder einem tiefgreifenden Transformationsprozess ausgesetzt. Dies gilt sowohl für die neuen Bundesländer als auch die westlichen Woiwodschaften Polens. Beide Gebiete haben mit starker Deindustrialisierung und hoher Arbeitslosigkeit

zu kämpfen. Zusätzlich haben wir es mit einer Grenze zu tun, an der ein hohes Wohlstandsgefälle herrscht. So betrachtet ist die mittel- und langfristige Entwicklung nur schwer abzuschätzen, negative, aber auch positive Szenarien sind durchaus denkbar.<sup>9</sup> Dabei geht es in erster Linie um den Widerspruch zwischen der Erwartung einer möglichst selbstständigen Entwicklung auf hohem Niveau und dem Angebot, ein Arbeitskräftereservoir für die reicheren Nachbarregionen, zum Beispiel Berlin und Brandenburg zu bleiben. Die schwächeren Teile der Regionen werden entweder zu Sonderwirtschaftszonen, die mit global tätigen Unternehmen aus anderen Regionen kooperieren, oder sie werden zu integrierten regionalen Zentren für bestimmte Branchen oder Betriebe. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass bei fortschreitender EU-Integration das Risiko steigt, dass die Entwicklung der bisherigen Grenzregionen gehemmt werden könnte. Da es zwischen den polnischen und deutschen Regionen, die an den Regionalisierungsprogrammen teilnehmen, zu Interessenkonflikten kommt, die denen zwischen Poznań und Gorzów oder Berlin und Brandenburg ähneln, sollte es idealtypisch zu einer föderalen Zusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten und Gesellschaften kommen.<sup>10</sup>

Unabhängig von diesen weiterreichenden Vorstellungen, auf die wir im Zusammenhang mit dem Entwicklungspotenzial der polnischen Woiwodschaften zurückkommen wollen, werden in der modernen wirtschaftsgeographischen Forschung, neben den traditionellen Kategorien der Raumausstattung und der Standortfaktoren, vor allem drei Voraussetzungen genannt, die eine grenzüberschreitende Regionalpolitik fördern können:

1. Branchen-Mix und eine Vielfalt selbstständiger Unternehmen
2. Kooperative Beziehungen und Verhandlungsstrukturen
3. Informelle Kommunikationskanäle und ein Netz an Einrichtungen zur Förderung von Innovation und Wissenstransfer.

Hinsichtlich des Punktes 1 ist man auf die Deskription einzelner regionaler oder kommunaler Einheiten angewiesen, da es eine diesbezügliche strategische Planung oder Gesamtstatistik für beide Grenzregionen nicht gibt. Nach dem Niedergang zahlreicher Industriezweige und Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften, war es in den polnischen Westgebieten recht schwierig, neue Wirtschaftsstrukturen herauszubilden, da es an investivem Kapital fehlte. Allerdings entwickelte sich ein Phänomen, das man als Grenzrente bezeichnet.<sup>11</sup> Aufgrund der hohen Preisunterschiede im Bereich des Versorgungssektors blühte der halblegale deutsch-polnische Straßenhandel auf den sog. „Deutschenmärkten“ und ein ausgeprägter Einkaufstourismus.<sup>12</sup> Die nicht versteuerten Einnahmen aus diesem grenznahen Handel warfen bis Mitte der 90er Jahre mehrere Mrd. DM jährlich ab und schufen einen Ausgleich hinsichtlich der sich verschlechternden polnischen Außenhandelsbilanz.<sup>13</sup> Dieser Grenzhandel war sowohl für die Deutschen als auch die polnischen Grenzbewohner so lange vorteilhaft, wie es entsprechend große Preisunterschiede gab. Die fortschreitende Preisangleichung hinsichtlich zahlreicher Konsumartikel hat den Einkaufstourismus allerdings reduziert. Für ganz Polen, die polnische Ostgrenze mit einbezogen, schätzt man, dass die sich aus ihm ergebenden Deviseneinnahmen von 7,7 Mrd. Dollar im Jahre 1995 auf 5,9 Mrd. Dollar im Jahre 1998 zurückgegangen sind. Die Basare auf polnischer Seite werden sukzessive durch Supermärkte und Großhandelsketten ersetzt, es stellt sich allmählich eine Normalisierung ein, die vor allem auch ein Ergebnis der Beitrittsverhandlungen Polens mit der EU ist.<sup>14</sup>

Von strategischer Wirtschaftsplanung in der Region, die auf einen erfolgversprechenden Branchen-Mix hätte zielen können, konnte in der Anfangsphase der Transformation nicht die Rede sein. Die wichtigste Voraussetzung für die Wirtschaftstätigkeit der polnischen Grenzregionen und -gemeinden war, neben einer nur äußerst schwer realisierbaren adäquaten Kapital-

ausstattung der Gebietskörperschaften durch Steuereinnahmen, die Ansiedlung privater Unternehmen. Da sich der Privatisierungsprozess der einst staatlichen Unternehmen aber nur schleppend vollzog, weil hierfür die rechtlichen Grundlagen erst geschaffen werden mussten, war man von Beginn an auf das Engagement von ausländischem Kapital angewiesen. Um ausländische (deutsche) Investoren zu gewinnen, muss man allerdings entsprechende Anreize schaffen. Dies versucht man polnischerseits über die Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen zu realisieren, aber auch dadurch, dass einzelne Gemeinden und Städte vermehrt Investitionsangebote ausschreiben, die besonders auch an kapitalstarke ausländische (deutsche) Firmen und Gesellschaften adressiert sind.<sup>15</sup> Entsprechende Angebote und Ausschreibungen findet man anlässlich deutsch-polnischer Wirtschaftstagungen, aber auch im Internet sehr häufig. Als Beispiel sei hier auf die Stadt Żary in der Woiwodschaft Lubuskie hingewiesen, die entsprechende Investitionsangebote macht, wobei die Steuererleichterungen für interessierte in- und ausländische Unternehmen erheblich sind.<sup>16</sup> Eine ähnliche Strategie verfolgt bereits seit Jahren die Stadt Gorzów Wielkopolski, der es mittlerweile gelungen ist, potente ausländische Investoren zu attrahieren. Hierbei sei nur an „Stilon SA“ und „Volkswagen Elektro-Systeme“ erinnert, Unternehmen, die, was ihre Umsätze und die Schaffung neuer Arbeitsplätze angeht, eine führende Position in der Woiwodschaft behaupten.<sup>17</sup>

Seit 1993 sind in Polen Agenturen für Regionalentwicklung aktiv, die sich zum Ziel gesetzt haben, neue, für die Region wichtige Wirtschaftszweige zu fördern, ausländische Investoren zu beraten, kleinere und mittlere Unternehmen zu aktivieren, Marktforschung und Marktanalysen zu betreiben und entsprechende Fortbildungsprogramme aufzulegen. In der Woiwodschaft Lubuskie haben die Agenturen ihren Sitz in Zielona Góra und Gorzów Wielkopolski.<sup>18</sup> In Gorzów findet sich ebenfalls der Sitz der Polnisch-Deutschen Gesellschaft zur

Unterstützung der Wirtschaft, die auf Initiative der polnischen und deutschen Regierung entstanden ist, und die besonders im deutsch-polnischen Grenzraum aktiv ist. Die Gesellschaft berät polnische und deutsche Unternehmer im Zusammenhang mit gemeinsamen Geschäfts- und Investitionsvorhaben. Auch organisiert sie beiderseits der Grenze Begegnungen zwischen deutschen und polnischen Unternehmern.<sup>19</sup>

Im grenznahen Raum spielt natürlich auch die direkte Kooperation der Doppelstädte Görlitz/Zgorzelec, Gubin/Guben oder Frankfurt/Oder/Ślubice eine entsprechende Rolle, zumal man polnischerseits hier auch auf EU-Mittel aus dem Phare-Programm sowie die Hilfe der deutschen Partner rechnen kann. Es ist zum Beispiel unbestritten, dass die Gründung des Collegium Polonicum in Ślubice und die Suche nach weiteren Investoren, die, durch den Aufbau entsprechender Fakultäten, die Humanressourcen auf polnischer Seite noch stärker fördern können, eine immense Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung und das Image dieser polnischen Kleinstadt in peripherer Lage hatte.<sup>20</sup>

Auch gibt es im Rahmen der Euroregion Spree-Neisse-Bober/Sprowa-Nysa-Bóbr polnischerseits beachtliche Initiativen, die sich auf kommunaler Ebene vollziehen und aus den Zielsetzungen entsprechender kommunaler Partnerschaftsverträge mit deutschen Gemeinden resultieren. Die Mittel für die Umsetzung dieser Projekte kommen beiderseits der Grenze aus kommunalen bzw. regionalen Kassen oder werden von Sponsoren (Banken) bereitgestellt.<sup>21</sup>

Hinsichtlich der Punkte 2 und 3 hat es in den deutsch-polnischen Beziehungen, aber auch auf dem gesamteuropäischen Hintergrund im letzten Jahrzehnt erhebliche Anstrengungen gegeben. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang an die Bildung der Euroregionen sowie an Wissenschaftsinitiativen, wie die Begründung der „Viadrina“ in Frankfurt/Oder und Ślubice. Die Prognosen der Euroregion Pro Europa gehen dabei davon aus, dass es besonders die günstige

Verkehrslage Frankfurts/Oder – an der Ost-West-Verkehrsachse Berlin-Warschau-Moskau sei, die ein beträchtliches Entwicklungspotential berge. Auch erhofft man sich gerade deshalb, dass Frankfurt/Oder durch die grenzüberschreitende Kooperation mit Polen zu einer „Brücke zum europäischen Osten“ werden könne.<sup>22</sup> Dass es sich hierbei bisher noch um recht visionäre Vorstellungen handelt, die die Entwicklungsmöglichkeiten peripherer Regionen womöglich weit überschätzen, wurde oben angesprochen.<sup>23</sup> Bekanntlich wirken auf polnischem Territorium dreizehn Euroregionen, wovon alleine vier im deutsch-polnischen Grenzraum situiert sind:

- Neiß/Nisa/Nysa: Kommunen des Bundeslandes Sachsen, Kommunen der neu gebildeten Woiwodschaften Dolnośląskie und Lubuskie sowie das Gebiet um Liberec, Jablonec, Česká Lipa und Děčín (21. Dezember 1991).
- Spree-Neiß-Bober/Sprowa-Nysa-Bóbr: Kommunalgesellschaft Cottbus, Guben, Forst und Spremberg, Kommunen der neu gebildeten Woiwodschaften Lubuskie und Wielkopolskie (21. September 1993).
- Pro Europa Viadrina: Verein Mittlere Oder e.V. mit den Städten Frankfurt (Oder), Eisenhüttenstadt und den Landkreisen Märkisch Oder Land und Oder Spree, Verein der Lubuser Gemeinden sowie Verband der Gorzower Gemeinden in der Woiwodschaft Lubuskie sowie einige Gemeinden der Woiwodschaft Zachodniopomorskie (21. Dezember 1993).
- Pomerania: Städte und Kreise des Landes Mecklenburg-Vorpommern und des nördlichen Brandenburg, Grenzkommunen der Woiwodschaft Zachodniopomorskie (ehemals Szczecin), schwedische Gemeinden (21. Dezember 1993).

Da diese polnischen Regionen an einen EU-Staat angrenzen und gewöhnlich auf Initiative einzelner Gemeinden oder Gemeindeverbände entstanden sind, konnten und können sie mit Mitteln aus dem Phare-Programm rechnen.<sup>24</sup>

Polen hat bis Ende 1999 etwa 2 Mrd. Ecu aus dem Phare-Programm erhalten, zu den wichtigsten und größten Programmen aus Phare gehörten STRUDER (zur strategischen Entwicklung der Infrastruktur in ausgesuchten Regionen) sowie RAPID (zur Entwicklung der Infrastruktur in ländlichen Gebieten). Struder kam in folgenden ehemaligen Woiwodschaften zum Einsatz; Łódź, Katowice, Wałbrzych, Rzeszów, Suwałki, Olsztyn, Koszalin, Elbląg, Zamość. RAPID in Łódź, Katowice, Wałbrzych, Rzeszów, Suwałki, Olsztyn, Krosno, Nowy Sącz, Piotrków und Sieradz. Für die westlichen Grenzwoiwodschaften Polens, die sich an den Euroregionen beteiligen, hatten allerdings die grenzüberschreitende Programme INTERREG II (ab 1994) und PHARE CBC (Cross Border) die größte Bedeutung.<sup>25</sup>

Die Dimensionierung der Euroregionen ist recht unterschiedlich ausgefallen. Um sich einen ungefähren Überblick zu verschaffen, nennen wir hier einige Eckdaten, die sich auf Fläche und Bevölkerungszahl beziehen:

Der polnische Anteil an der ältesten deutsch-polnisch-tschechischen Euroregion Neiße/Nisa/Nysa beträgt 4124 qkm, wobei 3842 qkm auf die Woiwodschaft Dolnośląskie (19,3 Prozent ihrer Gesamtfläche) und 282 qkm auf die Woiwodschaft Lubuskie entfallen, was 2,0 Prozent ihrer Gesamtfläche ausmacht. Der tschechische Anteil macht eine Fläche von 3545 qkm aus, der deutsche verfügt über eine Fläche von 4525 qkm. Insgesamt hat die Euroregion eine Gesamtfläche von 12.193 qkm und eine Gesamtbevölkerungszahl von 1.759.000 Menschen, die sich wie folgt verteilen: 720.000 Deutsche, 556.000 Polen und 483.000 Tschechen. Polnischerseits sind 43 Gemeinden in die Euroregion Neiße/Nisa/Nysa eingebunden.

Die Euroregion Spree-Neiße-Bober verfügt über eine Gesamtfläche von 9656 qkm. Davon entfallen 7844 qkm auf den polnischen, aber nur 1812 qkm auf den deutschen Teil. Bei einer Gesamtbevölkerung von 908.000 Menschen gehören 632.000 zum polnischen Anteil und

276.000 zum deutschen. Die Woiwodschaft Lubuskie ist flächenmäßig mit 7595 qkm (54,3 Prozent ihrer Gesamtfläche) und 50 Gemeinden beteiligt, während auf die Woiwodschaft Wielkopolskie nur 250 qkm (0,8 Prozent ihrer Gesamtfläche) und nur eine einzige Gemeinde entfallen.

An der Euroregion Pro Europa Viadrina sind zwei polnische Woiwodschaften beteiligt: Lubuskie mit 5387 qkm (38,5 Prozent ihrer Gesamtfläche) und Zachodniopomorskie mit 1741 qkm (7,6 Prozent ihrer Gesamtfläche). Diesen polnischen Anteil der Euroregion bewohnen 447.000 Menschen. Auf den deutschen Anteil entfallen bei einer Gesamtfläche von 11.645 qkm und einer Gesamtbevölkerung von 895.000 Menschen, jeweils 4517 qkm und 448.000 Bewohner. Polnischerseits sind 33 Gemeinden an der Euroregion Pro Europa Viadrina beteiligt.

Die Euroregion Pomerania verfügt über eine Fläche von 31.108 qkm, wovon auf Schweden 11.000 qkm, auf Deutschland 11.317 und auf Polen 8791 entfallen. Bei einer Gesamtbevölkerung von 2.966.000 Menschen sind 111.200 Schweden, 840.000 Deutsche und 1.014.000 Polen einbezogen. Der polnische Anteil macht 38,4 Prozent der Gesamtfläche der Woiwodschaft Zachodniopomorskie aus, in ihm sind 47 Gemeinden aktiv.<sup>26</sup>

Was die einzelnen, in den Grenzregionen umgesetzten Programme angeht, so wollen wir uns an dieser Stelle auf die Entwicklung in der Woiwodschaft Lubuskie beschränken, die – wie oben dargestellt, an zwei Euroregionen beteiligt ist und partnerschaftliche Kontakte zu folgenden europäischen Regionen unterhält: Brandenburg und Sachsen (D), Elsass (F), Abruzzo (I) und dem Departement Lot (F). Seit 1994 wird die heutige Woiwodschaft Lubuskie durch das Programm Phare CBC unterstützt, zwischen 1994 und 1998 sind etwa 70 Prozent dieses im deutsch-polnischen Grenzgebiet aufgelegten Programms in dieser Region verausgabt worden (etwa 135 Mio. Ecu). Bekanntlich dient dieses Programm dem Ausbau der Grenz-Infrastruktur

(Terminals und Zufahrtswege), dem Ausbau der Verkehrswege (Umgehungsstraßen) und dem Umweltschutz (Kläranlagen, Mülldeponien). Zwischen 1994 und 1998 wurden zahlreiche solcher Projekte realisiert. Zu den wichtigsten gehörten in der einstigen Woiwodschaft Zielona Góra der Ausbau des Zollabfertigungsterminals am Grenzdurchgang Olszyna (Forst), der Bau eines neuen Grenzübergangs bei Gubinek, der Ausbau von Umgehungsstraßen bei Wolsztyn, Żary, Jasień, Szprotawy sowie der Bau von Kläranlagen in Zielona Góra, Gubin, Nowa Sól, Żagań und Krosno Odrzańskie.

In der ehemaligen Woiwodschaft Gorzów entstand mit Hilfe von Phare-Mitteln der Zollabfertigungsterminal in Świecko. Ausgebaut wurde die Straßenverbindung zwischen dem Grenzübergang Kostrzyn und Gorzów, auch kam es zu einer Kofinanzierung der Europäischen Universität Viadrina. Die zur Verfügung gestellten 16 Mio. Ecu haben es erlaubt, das Studentenwohnheim des Collegium Polonicum in Słubice sowie das Hauptgebäude und die Bibliothek der Hochschule zu errichten.<sup>27</sup> Aufgrund der seit dem 1. Januar 1999 formal abgeschlossenen Verwaltungsreform in Polen sind alle 16 polnischen Woiwodschaften gehalten, Entwicklungsstrategien zu erarbeiten, die auf einen Zeitraum von zehn Jahren ausgelegt sind und die mit den untergeordneten Gebietskörperschaften (Kreise, Städte und Gemeinden) abgestimmt werden müssen. Das Marschallamt der Woiwodschaft Lubuskie hatte bis Juli 1999 eine erste Version vorgelegt, wobei das Hauptziel wie folgt definiert wurde: Wachstum des zivilisatorischen Niveaus und Sicherung einer nachhaltigen Konkurrenzfähigkeit der Region durch die Nutzung der Grenzlage, der Vorzüge der natürlichen Umgebung sowie des Prozesses der europäischen Integration. Dieses Programm bildet die Grundlage für den Abschluss eines Vertrags zwischen der polnischen Regierung und der jeweiligen Woiwodschaft, in dem die Höhe der aus dem Staatshaushalt bewilligten Mittel (unter Einbeziehung der zentral verwalteten und verausgabten Mittel aus den EU-

Programmen) festgesetzt wird. Dabei spielt die Einbeziehung der grenzüberschreitenden Kooperation, angesichts der Tatsache, dass wir es mittelfristig mit einem gemeinsamen Wirtschaftsraum Ostbrandenburg- Lubuskie zu tun haben werden, eine entscheidende Rolle.<sup>28</sup> In der Tat handelt es sich bei dem oben erwähnten Dokument um die erste, in Polen entwickelte, grenzüberschreitende regionale Entwicklungsstrategie. Auf ostbrandenburgischer Seite gibt es ebenfalls einen Programmentwurf, in dem auf die Möglichkeiten eines gemeinsamen Marketings und der Akquisition von Investoren verwiesen wird.<sup>29</sup>

Trotz aller Fortschritte sind beide Grenzregionen – mit den darin gebildeten Euroregionen – weiterhin doppelt beeinträchtigt: Im nationalstaatlichen Regionalsystem zählen sie zu den peripheren Regionen und sind von den ökonomischen und politischen Zentren weitgehend isoliert. Hinzu kommt, dass sie über eine nur mangelnde Infrastruktur verfügen. Überdies werden Grenzräume aufgrund ihrer peripheren Lage traditionell als Konflikträume apostrophiert, was auf die national jeweils unterschiedlichen politischen und ökonomischen Zielsetzungen, die unterschiedlichen Sozialsysteme, Sprachen und Kulturen (Mentalitäten) zurückgeführt wird.

Empirisch betrachtet bildet der deutsch-polnische Grenzraum weiterhin einen solchen Konfliktraum, da er – besonders von deutscher Seite – mit den Phänomenen verstärkter Grenzkriminalität (Schmuggel), Schwarzarbeit (Export von Arbeitskräften), Diebstahl und Prostitution konnotiert wird. Für den deutsch-polnischen Kontext läßt sich füglich sagen, dass die Asymmetrien hinsichtlich der gegenseitigen sprachlichen und kulturellen Durchdringung weiterhin immens sind. Gerade im deutschen Grenzraum gibt es nur wenige Ansätze, die polnische Sprache aufzuwerten. Auch sind die Kenntnisse der deutschen Bevölkerung im Hinblick auf die polnische Geschichte und Kultur minimal.<sup>30</sup> Umgekehrt spielt die deutsche Sprache, vor allem als ökonomische Ressource, in Polen sowie im polnischen Grenzraum eine

bedeutende Rolle, auch setzt man sich in Polen intensiver mit den aktuellen politischen und kulturellen Ereignissen im westlichen Nachbarland auseinander als umgekehrt.

Im Vergleich mit den westeuropäischen Grenzregionen gibt es weiterhin gravierende Grenzbarrieren, die in erster Linie auf die Tatsache zurückzuführen sind, dass die polnische Westgrenze eine Außengrenze der EU bildet, die Grenzübergänge noch immer auf einen weiteren Ausbau warten und es auf beiden Seiten noch immer hohe Einfuhrzölle und sonstige Abgaben gibt.

Insgesamt lässt sich deshalb sagen, dass die Perspektive für die Entwicklung einer Grenzregion von vier Faktoren bestimmt wird:

1. Die Bedeutung der Randlage, die die verkehrsgeographische Lage bestimmt, und dafür sorgt, dass sich die Grenzbarrieren als entwicklungshemmend auswirken. Wobei von besonderen Gegebenheiten ausgegangen werden muss, wenn ein starkes Gefälle von Einkommen, Wirtschaftskraft und Wohlstand vorliegt.
2. Der Grad der Durchlässigkeit einer Grenze, der sowohl von den politisch-administrativen Rahmenbedingungen als auch von der materiellen Infrastruktur der Grenzregion abhängig ist.
3. Das Netz an Kooperationsstrukturen, das aufgrund der unterschiedlichen rechtlichen und politischen Regulationssysteme im Grenzraum aufgebaut werden muss, um die kommunale Kooperation in den Bereichen Infrastruktur, Planung, Umweltschutz sowie Akquisition von Fördermitteln der EU voranzubringen.
4. Die Produktionsstrukturen in der Grenzregion, die die Voraussetzung für eine mögliche Integration von Produktionsstandorten bilden. Dabei ist zu beachten, dass in Grenzregionen mit einem starken Gefälle von Wirtschaftskraft und Einkommen eine statische Orientierung auf komparative Vorteile der jeweiligen Nachbarregion droht. Dies geschieht in der Regel auf Kosten

innovativer Produktionsstrukturen und verhindert eine höhere technische Kompetenz auf beiden Seiten der Region.<sup>31</sup>

Stefan Krätke kommt in seiner Studie, die der deutsch-polnischen Grenzregion am Beispiel der Euroregion Pro Europa Viadrina gewidmet ist, deshalb zum Ergebnis, dass die Entwicklungsperspektiven des deutsch-polnischen Grenzraums weiterhin offen bleiben, und dass es sich dabei zukünftig weder um einen „Austrocknungsraum am Rande der Europäischen Union“ wird handeln müssen noch um eine „Tiger-Region mit hohem Besatz von Lohnveredelungsindustrie“.<sup>32</sup> Entscheidend bleiben weiterhin die Dichte und die Qualität der wechselseitigen Kommunikation und Kooperation, die im wirtschaftlichen Bereich natürlich jeweils geschäfts- und interessengesteuert sind, aber auch die oben erwähnten grenzüberschreitenden kommunalen und regionalen Initiativen, die nicht unbedingt an die Vergabe von EU-Programmen und – Mitteln gekoppelt sein müssen. Mit Sicherheit eröffnet die neue Verwaltungsstruktur Polens, die eine intensivere, auch internationale Wirtschaftstätigkeit der selbständigen Gebietskörperschaften mit sich bringt, mittelfristig neue Chancen für grenzüberschreitende Projekte. Dies heißt aber nicht, dass sich auch nur langfristig ein transnationales, grenzüberschreitendes Regionalbewusstsein bei der deutschen und polnischen Bevölkerung herausbilden wird. Dies scheinen Studien, die sich mit schon seit Jahrzehnten in Westeuropa bestehenden Euroregionen beschäftigt haben, zu bestätigen.<sup>33</sup>

## Deutsche Investitionen in Polen

Unabhängig von der hier exemplarisch behandelten deutsch-polnischen Grenzlandproblematik sollten die in Polen getätigten Direktinvestitionen Erwähnung finden, stellen sie doch weiterhin eine wichtige Kategorie in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beider Länder dar. Gleichzeitig handelt es sich hierbei im wahrsten Sinne des Wortes um Interessengemeinschaften, denn die deutsche

Wirtschaft profitiert nachhaltig vom Polengeschäft, während sich für die polnische Wirtschaft aus einem so gearteten Kapitaltransfer mittelfristig weitere Entwicklungschancen ergeben.

Die Analyse der Auslandsinvestitionen in Polen birgt gewisse Schwierigkeiten in sich, da es keine Statistik gibt, die die Gesamtheit der Investitionen ausweist. Die von der Staatlichen Agentur für Auslandsinvestitionen (Państwowa Agencja Inwestycji Zagranicznych, PAIZ) veröffentlichten Daten sind unvollständig und erfassen lediglich Investitionen, die über 1 Mio. Dollar liegen. Andererseits erfasst das polnische Hauptamt für Statistik zwar die Gesamtzahl von Firmen mit Auslandsbeteiligungen, aber es legt weder die Herkunft dieses Kapitals noch die Branchen offen, in die investiert wird.<sup>34</sup> Der PAIZ-Bericht vom Januar 1996 notierte ein erhebliches Ansteigen der Auslandsinvestitionen in Polen, die bis Ende 1995 eine Summe von 6,832 Mrd. Dollar erreichten. Diese Investitionen wurden von insgesamt 362 Firmen getätigt. Gleichzeitig erklärten die gleichen Investoren, dass sie mittel- oder langfristig weitere 5,250 Mrd. Dollar anlegen würden. Nach einem schwachen Jahr 1994 erhöhte sich die Attraktivität Polens im Jahre 1995 erheblich, denn damals kam es mit 2,45 Mrd. Dollar zu einem Investitionsrekord und im Vergleich zum Jahr 1994 zu einer Steigerung um 55 Prozent.

Auf Grundlage der Daten von PAIZ lässt sich feststellen, dass bis 1996 63 Prozent der Investitionen in den industriellen Sektor gingen, 21,5 Prozent auf Dienstleistungen entfielen und in die Landwirtschaft nur 0,1 Prozent investiert wurde. Die wichtigste Investitionsbranche war die Lebensmittelindustrie, hier wurden 20 Prozent der Gesamtinvestitionen loziert. Auf Dienstleistungen und den Finanzsektor, besonders die Banken, entfielen 18,7 Prozent der Investitionen, auf Handel und Vertrieb nur 5,3 Prozent, obschon man in diesem Bereich die größte Zahl von Operationen verzeichnete. Folgt man der statistischen Systematik von PAIZ, so waren bis 1996 die USA mit 1,698 Mrd. Dollar, also rund 25 Prozent der Gesamtsumme, der

größte Investor in Polen. Auf den zweiten Platz fanden sich solche internationalen Konzerne wie BRED und IFC sowie ABB, Cimentiers Belges und CEAC. Es folgten Deutschland (10 Prozent), Frankreich (8,4 Prozent), dann Italien, Holland, Großbritannien, Australien, Österreich, die Schweiz und Schweden. Im Oktober 1995 existierten in Polen 22.940 Unternehmen mit Auslandskapital. Bezogen auf die Großstädte Polens verteilten sie sich prozentual wie folgt: Warschau 34,8, Posen 6,6, Danzig 6,5, Kattowitz 6,4, Stettin 5,3, Breslau 5,1, Krakau 3,8 und Lodz 3,5 Prozent.

Obwohl sich die deutschen Investitionen 1996 auf dem dritten Platz befanden, gehörten die deutschen Firmen, die sich in der Regel in der Nähe der großen Industriezentren Polens niederließen, nicht zu den größten Unternehmen. Die deutschen Investitionen stiegen besonders im Zweiten Halbjahr 1995 an, was in erster Linie auf das Engagement kleinerer und mittlerer Betriebe, insgesamt waren es 79, zurückging. Deutscherseits wird weiterhin v.a. in und um Warschau sowie in den polnischen Nord- und Westregionen, aber auch im Westen und Süden des Landes investiert, wobei die Städte Posen, Stettin, Danzig, Breslau und Kattowitz bevorzugt werden. Deren Attraktivität ergibt sich aus ihrem hohen Industriepotential und einer guten Infrastruktur. Wie aus empirischen Untersuchungen polnischer Forschungseinrichtungen hervorgeht, investiert deutsches Kapital aus folgenden Gründen in Polen: geographische Nähe, niedrige Lohnkosten, Größe des Absatzmarktes und günstige Lage in Europa. Über die Lokalisierung der deutschen Investitionen in den angrenzenden polnischen Woiwodschaften entscheidet vor allem die Grenznähe, das Reservoir qualifizierter Arbeitskräfte sowie der Standort der polnischen Partnerfirma. Bis 1996 wurde deutscherseits relativ wenig investiert, wobei sich folgende Faktoren als hemmend erwiesen: die noch immer hohe Inflationsrate (erst ab 1998 einstellig), das Zoll- und Rechtssystem, die Besteuerung sowie das (umständliche) Verfahren beim Kauf von Immobilien. In den

Grenzregionen floss deutsches Kapital vornehmlich in Industrie und Handel, wobei die sozio-ökonomischen Effekte eher bescheiden ausfielen. Zwar konnte bei der Mehrzahl der befragten Betriebe ein Anstieg der Beschäftigung festgestellt werden, aber angesichts der geringen Investitionssummen hatte dies keinen größeren Einfluss auf den Arbeitsmarkt der polnischen Grenz-Woiwodschaften. Um diese Situation zu verbessern, müsse – so Piotr Kalka in seinem 1996 veröffentlichten Forschungsbericht – das Investitionsklima in Polen verbessert werden.<sup>35</sup>

Dieser Aufgabe widmet sich die schon genannte PAIZ, die die Rechtsform einer Aktiengesellschaft hat und sich sowohl um die Vermittlung von Einzelunternehmen als auch von Gesellschaften bemüht. Nach eigenen Angaben hat sie bis Ende Juli 1996 insgesamt 429 ausländische Firmen dabei unterstützt, 10,155 Mrd. Dollar in Form von Anteilen und Darlehen in Polen zu investieren. Eine ähnliche Funktion erfüllt die Polnische Wirtschaftskammer mit Hauptsitz in Warschau, die über 160 Organisationen vereint, die sich zum Ziel gesetzt haben, die wirtschaftliche Entwicklung in Polen zu unterstützen. In der Regel sind dies regionale, in einer bestimmten Woiwodschaft tätige, aber auch branchenorientierte und bilaterale Kammern.

Die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Auslandsinvestitionen in Polen, wie sie sich nach entsprechenden Gesetzesänderungen und Reformen, besonders nach den Parlamentswahlen des Jahres 1997, einstellte, brachte eine erhebliche Erhöhung der Direktinvestitionen, wobei Deutschland eine dominierende Rolle einzunehmen begann. Bereits im Jahre 1997 rückten deutsche Unternehmen mit 2,105 Mrd. Dollar realisierter Investitionen und Investitionszusagen in Höhe von 1,037 Mrd. Dollar auf den zweiten Rang vor, verdrängten die Multinationals auf Platz drei, während der erste Platz in diesem Jahr noch von den USA gehalten wurde.<sup>36</sup> Im Jahre 1998, in dem etwa 10 Mrd. Dollar in Polen loziert wurden, kam es zu einem Investitionsboom, der auch mit sich brachte,

dass deutsches Kapital mit einem Anteil von 18,8 Prozent an den Gesamtinvestitionen den ersten Platz übernahm, gefolgt von den USA mit 18,0 Prozent. Die größten Investoren in 1998 waren die russische Gazprom mit insgesamt 938 Mio. Dollar, die Hypo Vereinsbank, die sich mit 604 Mio. Dollar an Bank Przemysłowo-Handlowy beteiligte, sodann die deutsche Metro AG mit 398 Mio. Dollar für den Bau von Supermärkten. Dieser Trend setzte sich im Jahre 1999, vor allem im Bereich des Banken- und Versicherungswesens fort, was polnischerseits nicht unkritisch betrachtet wurde. PAIZ schätzte das Gesamtvolumen der ADI bis zum 30. Juni 1999 auf 35,5 Mrd. Dollar. Davon entfielen auf Investitionen über 1 Mio. Dollar fast 32 Mrd. Dollar. In ersten Halbjahr 1999 wurde die Gesamthöhe der ADI auf 4,8 Mrd. Dollar geschätzt. Die Zahl der Investoren stieg bis zu diesem Zeitraum auf 750 an, wobei Deutschland mit insgesamt 171 vor der USA (119) liegt, gefolgt von Italien (67), Frankreich (63) und den Niederlanden (45). Die deutschen Investitionen beliefen sich seit 1989 auf ein Gesamtvolumen von 6,07 Mrd. Dollar, was einen Anteil von fast 19 Prozent aller bei einer Mio. Dollar und mehr liegenden ADI ausmacht.<sup>37</sup>

Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass beim Engagement deutscher Unternehmen in Polen die Marktmotive im Vordergrund stehen, weniger das Argument billiger Arbeitskräfte, da dieses angesichts allmählich ansteigender Reallöhne in Polen auch nur für einen begrenzten Zeitraum Gültigkeit besitzen kann. Im Unterschied zu den in der Fachliteratur postulierten theoretischen Annahmen gibt es für deutsche Führungskräfte in Polen keine längeren vorbereitenden Maßnahmen, vielmehr wird auf Spontaneität gesetzt, wobei die Übertragung der deutschen Unternehmensstruktur ebenfalls keiner abgestimmten Systematik folgt. Die auf der Führungsebene bestehenden Kommunikationsprobleme werden ebenfalls nicht gesondert aufgearbeitet. Auffällig ist auch die eindeutige Sprachasymmetrie, denn nur von den polnischen Führungskräften wird gefordert, dass sie die deutsche Sprache beherrschen sollen,



während man den deutschen Managern nicht abverlangt, dass sie Polnisch können.<sup>38</sup> Auch werden keine kulturspezifischen Vorbereitungsseminare für Polen angeboten. Trotz dieser empirisch festgestellten Defizite im Hinblick auf ein adäquates Training für den Auslandseinsatz in Polen scheint es keine gravierenden Probleme bei der Kooperation zwischen deutschen und polnischen Führungskräften zu geben. Dies ist mit Sicherheit auch auf den Umstand zurückzuführen, dass wir es bislang mit einem recht eindeutigen und einseitigen Transfer von West nach Ost zu tun hatten. Sollte sich dieses Ungleichgewicht allerdings mittelfristig verringern, dann müssten in den „Handlungsempfehlungen für die Praxis“ all jene Faktoren berücksichtigt werden, die bisher weitgehend vernachlässigt wurden, inklusive des Polnischunterrichts für deutsche Manager.<sup>39</sup> Die allmähliche Überwindung weiterhin bestehender Informations- und Wissensdefizite macht nicht nur den Auslandseinsatz von Führungskräften effizienter, sondern kann bei der Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen insgesamt einen wichtigen Faktor darstellen. Hierbei können die bereits seit langen Jahren bestehenden regionalen und Städtepartnerschaften sicherlich als nachahmenswertes Beispiel dienen.

### **Regionale Zusammenarbeit Niedersachsen – Wielkopolska**

Ungeachtet der deutschen Direktinvestitionen, die, wie oben dargestellt, in erheblichem Maße zugenommen haben, gibt es zwischen einzelnen deutschen und polnischen Regionen Partnerschaften, die zum Teil schon seit Jahren funktionieren und ihrerseits zum Abbau von materiellen und mentalen Hindernissen beigetragen haben. Als Beispiel sei die Kooperation des Landes Niedersachsen mit der neu geschaffenen Woiwodschaft Wielkopolska herausgegriffen. Dies bietet sich schon deshalb an, weil es hier eine recht lange währende Tradition gibt.<sup>40</sup> Das Land Niedersachsen und die ehemalige Woiwodschaft Poznań verfügen

seit dem 23. April 1993 über einen Partnerschaftsvertrag, der seit dieser Zeit intensiv mit Leben erfüllt wird. Polnischerseits wird dieser Vertrag und seine Erfüllung hoch bewertet, was auch damit im Zusammenhang stehen dürfte, dass es in den vergangenen Jahren einen entsprechenden West-Ost-Transfer an Know-how und materiellen Ressourcen gegeben hat. Dazu gehört der Erfahrungsaustausch im Bereich regionaler und städtischer Verwaltungen, auf dem Gebiet der Landwirtschaft, aber auch die intensive Zusammenarbeit im Umweltschutz. Außerdem gab es einen regen Austausch von Lehrern und Schülern, wurden Schulen in Poznań mit Einrichtungen ausgestattet, die für die praktische Berufsausbildung unerlässlich sind. Eine sehr aktive Kooperation erfolgte auch auf dem Sektor sozialer Einrichtungen, unter anderem wurde das Gehörlosenzentrum in Poznań deutscherseits mit Gerätschaften zur Rehabilitation ausgestattet. Gut entwickelt haben sich auch die direkten Kontakte zwischen deutschen und polnischen Gemeinden.<sup>41</sup>

Im Auftrag der niedersächsischen Landesregierung hat es die Ostakademie in Lüneburg übernommen, Seminare mit Mitarbeitern der Stadtverwaltung Poznań sowie der Woiwodschaftsverwaltung durchzuführen. Neben dem Erfahrungsaustausch in Sachen städtischer und regionaler Verwaltung rückte dabei auch die Frage des Beitritts Polens zur EU immer stärker in den Vordergrund. Dieser Entwicklung wird in den angebotenen Seminaren Rechnung getragen, indem Themen wie Europarecht, Formen der europäischen Integration sowie die Erweiterung der EU angeboten werden. Diese Thematik hat seit der ab dem 1. Januar 1999 in Polen gültigen Verwaltungsreform, durch die Dezentralisierung und kommunale Eigenverantwortung eingefordert werden, an Bedeutung zugenommen, wobei die Problembereiche der Regionalpolitik und der Raumentwicklung (in Verbindung mit dem EU-Förderprogramm Interreg III) für die Woiwodschaft Wielkopolskie besondere Berücksichtigung finden.

Diese Formen partnerschaftlicher Kooperation beziehen ebenfalls andere Institutionen, wie Hochschulen, Schulen und Verbände, mit ein. Dabei ist unverkennbar, dass es gerade diese Art der nicht unmittelbar und ausschließlich an Wirtschaftsinteressen orientierten Zusammenarbeit ist, die transnationale und transregionale Initiativen in besonderem Maße begünstigt.

Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang auch die seit über zwanzig Jahren aktive Deutsch-Polnische Gesellschaft, die 1979 auf Vorschlag mehrerer niedersächsischer Landtagsabgeordneter in Hannover gegründet wurde. Ihre breit gefächerten Aktivitäten haben zu Vertrauensbildung und partnerschaftlicher Kooperation mit polnischen Institutionen und Einzelpersonlichkeiten geführt, die nach 1989 stetig fortgesetzt wurde, wobei sich allerdings immer deutlicher abzeichnet, dass nach neuen Inhalten und Formen der Zusammenarbeit gesucht werden sollte. Traditionell spielen neben Kulturveranstaltungen Fragen der Friedenssicherung und Völkerverständigung<sup>42</sup>, die Praxis des Schüler- und Jugendaustauschs vor dem Hintergrund der Erweiterung der EU<sup>43</sup> sowie die zentralen Herausforderungen für die parlamentarische Demokratie in diesen Programmen eine gewichtige Rolle.<sup>44</sup> Die Bemühungen um gegenseitiges Verständnis auf Grundlage von Informationsaustausch und persönlicher Begegnung sind also erheblich. Ob die darin enthaltene Ladung an kultureller Kompetenz (Sprache, Literatur, Empathie für das jeweils Fremde) eine fundamentale Voraussetzung für eine verbesserte Wahrnehmung der Partnerregion darstellt, ist freilich nur dann von Bedeutung, wenn man tatsächlich ein partnerschaftliches, emanzipiertes Verhältnis anstrebt, in dem Gleichrangigkeit per se postuliert wird. Das bedeutet aber auch, dass die Beschäftigung mit der Nachbarkultur so etwas wie interesselose Neugier zur Voraussetzung haben muss, dass das (noch) fremde Gegenüber nicht alleine aus der Warte seiner materiellen Potenz und Effizienz wahrgenommen wird. Je größer die wirtschaftlichen Asymmetrien sind, desto schwieriger

dürfte dies zu realisieren sein. Aber auch im Falle nivellierter wirtschaftlicher Asymmetrien ist diesbezüglich immer noch Skepsis angebracht, wie dies aus einer empirischen Studie zur deutsch-niederländischen Euroregion Rhein-Ems-Ijssel hervorgeht. In ihr wurde die Effektivität von gemeinsamer Kommunalpolitik, aber auch von grenzüberschreitenden Kulturaktivitäten stark relativiert. Absolut dominant blieb allerdings – wie nicht anders zu erwarten – das Interesse an der Förderung der privaten Wirtschaft beiderseits der Grenze.<sup>45</sup>

Als vorläufiges Ergebnis lässt sich demnach für die Problematik der Asymmetrien im deutsch-polnischen Verhältnis festhalten, dass in vielen, hier nur cursorisch behandelten Bereichen weiterhin das Prinzip der Hoffnung vorherrscht. Damit kommt man zu dem wohl realistischen, wenn auch etwas desillusionierenden Ergebnis, dass der Abbau wirtschaftlicher und mentaler Barrieren zwischen der deutschen und der polnischen Gesellschaft trotz aller spektakulären Teilerfolge, noch viel Zeit in Anspruch nehmen wird. Insofern steht auf beiden Seiten neben dem Prinzip Hoffnung auch die Tugend der Geduld und ein Denken in längerfristigen Zeiträumen auf der Tagesordnung.

<sup>1</sup> Mieczysław Stolarczyk: Wokół formuły: „Polsko-niemiecka wspólnota interesów”. In: Przegląd Zachodni, 1 (1998), S. 51-72.

<sup>2</sup> Krzysztof Malinowski: Niemcy i Polacy na drodze do partnerskiego sąsiedztwa. Próba bilansu dziesięciolecia 1989-1998. In: Przegląd Zachodni, 2 (1999), S. 182-185.

<sup>3</sup> Dietmar M. Woesler: Städtepartnerschaften in der Praxis. Handbuch für Städte- und Schulpartnerschaften. Bonn 1998.

<sup>4</sup> Dominika Pszczołkowska: Kto zyska, kto straci. Rządowy raport o kosztach integracji europejskiej. in: Gazeta Wyborcza, 26. 7. 2000, S. 20.

<sup>5</sup> Michael Dauderstädt: Die wirtschaftlichen Folgen der EU-Integration für die Beitrittskandidaten. in: Friedrich Ebert Stiftung (Hg.): Politikinformation Osteuropa, 84 (März 2000).

<sup>6</sup> Jerzy Haszczyński: Nadzieja w dybuku. in: Rzeczpospolita, 25. 7. 2000, S. A6.

- <sup>7</sup> Stanisław Lisiecki: Opinie i oceny mieszkańców pogranicza zachodniego na temat współpracy transgranicznej (na podstawie badań przeprowadzonych w Słubicach, Frankfurcie, Gubinie i Guben). In: Polska Akademia Nauk. Instytut Geografii i przestrzennego zagospodarowania. Biuletyn nr. 11 (1995), część II, S. 12-16, S. 15
- <sup>8</sup> Cezary Trosiak: Procesy kształtujące pogranicze polsko-niemieckie po drugiej wojnie światowej. In: Przegląd Zachodni, 3 (1998), S. 82-109.
- <sup>9</sup> Krätke, Stefan: Probleme und Perspektiven der deutsch-polnischen Grenzregion. In: Helga Schultz, Alan Nothnagle (Hg.): Grenze der Hoffnung. Geschichte und Perspektiven der Grenzregion an der Oder. 2. Aufl. Berlin 1999, S. 193-238, S. 194.
- <sup>10</sup> Hermann Schwengel: Regiony przygraniczne. Tekst wygłoszony na sesji „Francja, Niemcy, Polska, Ukraina wobec wyzwań europejskich w Poznaniu 20.-21. listopada 1998. In: Przegląd Zachodni, 3 (1999), S. 160-164, S. 163-164.
- <sup>11</sup> Andrzej Dębowski: Strategia rozwoju województwa lubuskiego – misja, cele, priorytety. In: 40 lat Polskiego Towarzystwa Ekonomicznego na Ziemi Lubuskiej. Zielona Góra 1999, S. 65-77, S. 69.
- <sup>12</sup> Henryk J. Spak: Erfolgreiche Transformationsökonomie. Aspekte und Bestimmungsgründe am Beispiel der Systemtransformation in Polen. 2. Aufl. Berlin 1999, S. 41
- <sup>13</sup> Marcin Mróz: Co się stało z handlem przygranicznym? In: The Poland Library, Juni 1999, Nr, 1377; [www.masterpage.com.pl](http://www.masterpage.com.pl).
- <sup>14</sup> Przemysław Borowiecki: Sto tysięcy metrów hipermarktu. In: Rzeczpospolita, 6. 10. 1998; [www.rzeczpospolita.pl/PI-iso/dodatki/regiony](http://www.rzeczpospolita.pl/PI-iso/dodatki/regiony).
- <sup>15</sup> Woiwodschaft Szczecin (Hg.): Handbuch für Investoren. Szczecin 1998. PAIZ (Hg.): Informationen für Investoren. Warszawa 1998.
- <sup>16</sup> [www.zary.pl/oferty](http://www.zary.pl/oferty)
- <sup>17</sup> Ewa Puchała: 20 największych firm. Alkohol, przędza i drewno. In: Rzeczpospolita, 2. 10. 1998; [www.rzeczpospolita.pl/PI-iso/dodatki/regiony](http://www.rzeczpospolita.pl/PI-iso/dodatki/regiony)
- <sup>18</sup> Agencje Rozwoju Regionalnego; [www.region.zgora.pl/region/agencje](http://www.region.zgora.pl/region/agencje)
- <sup>19</sup> Białowas, Marek: Fachowa pomoc. In: Rzeczpospolita, 2.10.1998; [www.rzeczpospolita.pl/PI-iso/dodatki/regiony](http://www.rzeczpospolita.pl/PI-iso/dodatki/regiony).
- <sup>20</sup> Beata Bielicka: Z bazaru na wykłady. In: Rzeczpospolita, 2.10.1998; [www.rzeczpospolita.pl/PI-iso/dodatki/regiony](http://www.rzeczpospolita.pl/PI-iso/dodatki/regiony).
- <sup>21</sup> Czesław Fiedorowicz, Vorsitzender des Konvents der Gesellschaft der Gemeinden der Republik Polen innerhalb der Euroregion „Sprewa-Nysa-Bóbr”. In: Sprawozdanie z przebiegu uroczystości 40-lecia działalności Polskiego Towarzystwa Ekonomicznego na Ziemi Lubuskiej. Zielona Góra, 8-9 października 1999 r., S. 30-31, S.31.
- <sup>22</sup> Software-Union: Entwicklungs- und Handlungskonzept der Euroregion Pro Europa Viadrina, S. 109.
- <sup>23</sup> Kristof Daschner: Frankfurt (Oder) – Stadt an der Peripherie? In: Helga Schultz, op. cit., S. 173-192, S. 182-187.
- <sup>24</sup> Stephanie Zloch: Polens neue Regionen auf dem Weg in die Europäische Union. In: Osteuropa, 4 (2000), S. 367-381, S. 370.
- <sup>25</sup> Janusz Meissner: Współpraca Wielkopolski z zagranicą. In: Przegląd Zachodni, 4 (1999), S. 89-109, S. 96-97.
- <sup>26</sup> [www.us.wroc.pl/euroreg/](http://www.us.wroc.pl/euroreg/)
- <sup>27</sup> Marek Białowas: Pomoc zagraniczna. In: Rzeczpospolita, 2.10.1998; [www.rzeczpospolita.pl/PI-iso/dodatki/regiony](http://www.rzeczpospolita.pl/PI-iso/dodatki/regiony).
- <sup>28</sup> Dębowski, op. cit., S. 70
- <sup>29</sup> Marian Eckert, Mitglied des Wissenschaftsrats der PTE in Warschau. In: Sprawozdanie, op. cit., S. 17-18, S. 18.
- <sup>30</sup> Beata Ociepka: Polska-Niemcy: Dialog między kulturami. In: Przegląd Zachodni, 1 (1998), S. 35-50, S. 40-43.
- <sup>31</sup> Krätke, op. cit., S. 203.
- <sup>32</sup> Ibidem, S. 238.
- <sup>33</sup> Werner Voß: Grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Beispiel der Euroregion Rhein-Ems-Ijssel, in: Schultz, op. cit., S.239-258.
- <sup>34</sup> Katharina Kaluza: Polityka władz państwowych i regionalnych w Polsce wobec inwestycji niemieckich. In: Przegląd Zachodni, 4 (1996), S. 139-144, S. 139.
- <sup>35</sup> Piotr Kalka: Raport. Gospodarczo-społeczne i prawne aspekty inwestycji niemieckich w zachodnich województwach przygranicznych. In: Przegląd Zachodni, 4 (1996), S. 145-158, S. 157-158.
- <sup>36</sup> Spak, op. cit., S. 67.
- <sup>37</sup> Mike Oborski: Foreign Investments in Poland. In: The Poland Library, November 1999; [www.masterpage.com.pl/outlook/foreign](http://www.masterpage.com.pl/outlook/foreign).
- <sup>38</sup> Uta Lieberum: Die Zusammenarbeit von deutschen und polnischen Führungskräften. Eine empirische Untersuchung von deutsch-polnischen Unternehmen in Polen. Berlin 1999, S. 268-277.
- <sup>39</sup> ibd., S. 277-281.
- <sup>40</sup> Landtag Niedersachsen (Hg.): Niedersachsen im deutsch-polnischen Verständigungsprozess. Niedersächsischer Landtag 1999.

- <sup>41</sup> Janusz Meissner: Współpraca Wielkopolski z zagranicą. in: Przegląd Zachodni, 4 (1999), S. 79-109, S. 90-91.
- <sup>42</sup> Albert Riechers: Völkerverständigung als gesellschaftspolitische Aufgabe, zum Beispiel die Deutsch-Polnische Gesellschaft Hannover e.V. in: Landtag Niedersachsen (Hg.), op. cit., S.77-87.
- <sup>43</sup> Horst Lahmann: Deutsch-polnische Gesellschaften und europäischer Schüler- und Jugendaustausch mit dem Nachbarland Polen. in: Landtag Niedersachsen (Hg.), op. cit., S. 88-91.
- <sup>44</sup> Lothar Nettelmann: Das Wirken für Demokratie und Zivilität. Zur politischen Dimension „unpolitischer“ Vereinigungen. in: Landtag (Hg.), op. cit., S. 92-96.
- <sup>45</sup> Werner Voß, op. cit., siehe Anm. 23.

*Gerhard Schüsselbauer, Viktor Seliktar*

## **Bulgariens schwieriger Übergang zu Demokratie und Marktwirtschaft – Kommunismus, Stagnation und Einleitung der Reformen in den Neunzigerjahren**

Im Laufe der Zeit brachte die wechselvolle, mehr als 1300 Jahre alte bulgarische Geschichte sowohl positive als auch negative Entwicklungen für Bulgarien, einem Kernland auf der Balkanhalbinsel. Ein großer Teil des bulgarischen Volkes litt unter der fünf Jahrhunderte dauernden Herrschaft der Türken sowie des Kommunismus nach dem Zweiten Weltkrieg und leidet jetzt unter der schwierigen Übergangsperiode zwischen dem Kommunismus und einem marktwirtschaftlichen System.

In der Zeit des Kommunismus waren alle Menschen per Definition „gleich“, sie hatten das gleiche Einkommen, sie waren „gleich klug“, „gleich begabt“, alle hatten „gleiche“ Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung – nämlich praktisch keine. Die Marktwirtschaft hingegen bringt Unterschiede zutage, die vorher in einem künstlichen System lediglich verdeckt waren. Das ist auch der Grund vieler Anpassungsprobleme, vor denen Bulgarien nach der Wende steht. Marktakteure handeln unter „normalen“, marktmäßigen Bedingungen wie der „ökonomische Mensch“ von Adam Smith; sie streben nach Reichtum und Wohlstand für sich und ihre Familien. Das Selbstinteresse steht im Zentrum wirtschaftlicher Aktivität. So werden jene, die mehr unternehmerisch aktiv sind und ein mitunter hohes Marktrisiko in Kauf nehmen und die

Marktmöglichkeiten rasch ergreifen, höhere Einkommen erzielen. Auf der Seite der Verlierer des Umgestaltungsprozesses stehen hingegen jene, die diese Möglichkeiten nicht realisieren können. Sie finden sich am unteren Ende der Einkommenskala, wenn der Staat keine wirksame Umverteilungspolitik betreibt. In Bulgarien findet man daher eine besonders heikle Situation vor, die im Folgenden eingehender untersucht werden soll.

In der Periode von 1990 bis 1996, nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems in Osteuropa, hat der Umwandlungsprozess in Bulgarien zuerst zur Herausbildung mafiotischer Strukturen geführt. Die kommunistischen Eliten, dominierend in der politischen Landschaft des Landes, ergriffen sehr schnell und unkontrolliert die Macht in praktisch allen wirtschaftlichen Bereichen und Sektoren. Diese im Laufe der Zeit langsam Gestalt gewinnende Machttransformation, die marktwirtschaftliche Reformen in Bulgarien verhinderte, vollzog sich unter tatkräftiger Mithilfe ehemaliger Geheimdienstler aus unterschiedlichen Abteilungen der Staatssicherheit. Sie entfesselte enorme kriminelle Energien, die für die bulgarische Gesellschaft bis zum heutigen Tage das größte Problem darstellen. Ihre Nebenerscheinungen – mafia-ähnliche Strukturen, allseits grassierende Kor-

ruption, Wirtschaftskriminalität, illegale Einflussnahme in der Politik – prägen das gesamte gesellschaftliche Leben in Bulgarien und sind, trotz der Bemühungen des heutigen Kabinetts, nicht von heute auf morgen aus der Welt zu schaffen. Höchst problematisch ist, dass mittlerweile die Mehrheit der Bevölkerung diese illegalen Aktivitäten als etwas Normales akzeptiert, da bislang noch die Furcht vorherrschte, die die Bulgaren aus der Zeit des Kommunismus geerbt hatten. Dies ermöglichte der “Partei-Nomenklatura”, den kommunistischen Geheimdienstlern und ihren Helfershelfern, sich später reibungslos und ohne Aufsehen in Geschäftsleute zu verwandeln, um einen Teil des bulgarischen Nationalvermögens für sich zu “privatisieren”. Aus staatlichen Monopolen bildeten sich so einige private Monopole.

Das System scheint auf den ersten Blick chaotisch und undurchsichtig zu sein, doch in letzter Zeit kommen immer mehr Einzelheiten ans Tageslicht, welche die Abläufe aus den Achtzigerjahren und damit auch die Entstehung der mafiaähnlichen Strukturen, die Hintergründe der Bankenzusammenbrüche und die diversen Wirtschaftsaffären in den Neunzigerjahren zumindest einigermaßen übersichtlich machen. Die aus der Nomenklatura und aus den Geheimdiensten neu entstandenen Wirtschafts- und Finanzeliten wollten in Bulgarien nur eine “quasi freie” Marktwirtschaft etablieren, das heißt das Wirtschaftsleben (genau wie unter dem alten Regime) monopolisieren, den freien Wettbewerb noch im Ansatz ersticken sowie ausländische Unternehmer und inländische Mittelständler verängstigen und somit von Investitionen abbringen. Unter diesen unsicheren Investitionsbedingungen steigt das Risikopremium für jede Art von langfristigen Investitionen stark an. Unsicherheit, Gesetzlosigkeit und eine ausufernde Kriminalität dominieren Geschäfts- und Investitionsklima. Der Teufelskreis lässt sich auf drei Ebenen beschreiben:

- Erste Ebene: Die Entstehung mächtiger krimineller Gruppierungen, die einerseits illegale Geschäfte betrieben, andererseits aber die

Absicht hatten, ein gesundes Wirtschaftsleben im Keim zu ersticken.

- Zweite Ebene: Die Gründung dubioser Wirtschafts- und Finanzgruppierungen, die zum Teil auch in kriminelle Machenschaften verstrickt waren, zum Teil aber sich als legale Unternehmer präsentierten. Ihre unternehmerische Tätigkeit war nicht auf Erhöhung ihrer Produktion oder auf Senkung der Produktionskosten ausgerichtet, sondern auf die heimliche Privatisierung von Staatsfirmen durch unlautere Geschäftspraktiken. Die Mehrheit dieser Gruppierungen hat ihre Gewinne nicht reinvestiert, sondern das Geld in privaten Bankkonten im Ausland angelegt. Dies führte zu einem realen Geldkapitalexport mit äußerst negativen Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes.
- Die dritte Ebene umfasst die Einflussnahme in der Politik. Durch Lobbyismus im Parlament, in der Politik und in der staatlichen Administration sorgte die neu entstandene Wirtschafts- und Finanzelite für Protektionismus, indem sie jahrelang die marktwirtschaftliche Gesetzgebung, eine echte Privatisierung und letztendlich den fairen Wettbewerb blockierte. Die unausweichliche und leicht nachvollziehbare Folge davon war das Aufblühen der Korruption in den höheren Etagen der Macht in Bulgarien.

### **Wirtschaftliche Folgen des Übergangs bis Ende 1996 und die Entwicklung während der Regierungszeit Ivan Kostovs ab 1997**

Die neue bulgarische Regierung hat bereits einige wichtige Maßnahmen ergriffen, um die oben angesprochenen Schwierigkeiten zu bewältigen. Sie wird zwar für einige ihrer Maßnahmen und politischen Instrumente, insbesondere bei der Privatisierung, angegriffen, aber die Maßnahmen gegen die Kriminalität zur Stärkung einer transparenten Finanz- und Wirtschaftspolitik lassen zumindest Hoffnung aufkommen.

Im Jahre 1996 hat die bulgarische Wirtschaft eine tiefe Währungs- und Bankenkrise durchlebt, die zu einer beispiellosen Destabilisierung der Währung und dramatischen Senkung der Wirtschaftsaktivität führte. Das ökonomische Programm, das Mitte 1996 mit Hilfe einer Vereinbarung mit dem IWF auf den Weg gebracht worden war, konnte vor allem wegen des Ausbleibens echter, tiefgreifender struktureller Reformen im Staatssektor keine Früchte tragen und musste daher misslingen. Folgende Entwicklung der Indikatoren reflektiert die Tiefe der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahre 1996:

- Das reale BIP sank um ca. 9% im Vergleich zum Vorjahr
- Das reale Außenhandelsvolumen verringerte sich um 12% im Vergleich zum Vorjahr
- Der bulgarische Lew entwertete sich um den Faktor 6,9 (betrug der Wechselkurs 71 Lewa für einen US\$ Ende 1995, so sprang dieses relative Preisverhältnis für den Kauf einer Einheit einer Fremdwährung Ende 1996 auf 487 Lewa/US\$)
- Heftige Verschiebungen des Preisniveaus führten zu einem Anstieg der durchschnittlichen Inflationsrate von 62% im Jahre 1995 auf 122% im Jahr 1996
- Eine geradezu explodierende Kapitalflucht sowie der Ausbruch einer Hysterie in der Bevölkerung, nachdem 15 Banken unter Aufsicht gestellt worden waren, verursachte ein dramatisches Schwinden der Währungsreserven (ohne Gold) von 1,2 Mrd. US\$ auf 0,5 Mrd. US\$.

Durch die galoppierende Geldentwertung, die während einer kurzen Periode zu Beginn des Jahres 1997 in eine Hyperinflation mündete, gerieten die Banken und die Unternehmen in einen "Teufelskreis". Viele staatliche Unternehmen erhielten von 1993 bis 1995 über die Regierung direkt oder indirekt zinsgünstige, "weiche" Kredite vom staatlichen Bankensektor, um ihren Verbindlichkeiten nachzukommen. Als sich im Laufe der Zeit aber der Zinssatz enorm erhöhte, gerieten beide Seiten – Gläubigerbanken und Schuldner aus dem Unternehmens-

sektor – in große Schwierigkeiten. Die Kreditnehmer konnten ihren Tilgungs- und Zinszahlungen nicht nachkommen, und Kreditversicherungen waren nicht vorhanden. Die Geschäftsbanken mussten diese Kredite als notleidend einstufen. Dies führte unweigerlich zu einer Entkapitalisierung einiger Banken und somit zu einer schweren Krise des unterentwickelten Banken- und Finanzsystems.

Ende 1996 und zu Beginn des Jahres 1997 mündete die Wirtschaftskrise beinahe in eine ökonomische und gesellschaftliche Katastrophe. In weniger als zwei Monaten wurde die nationale Währung um mehr als 600% abgewertet, der Wechselkurs betrug 3000 Lewa/US\$, und die bulgarische Wirtschaft stand am Rande einer totalen Dollarisierung (Währungssubstitution). Als Folge der Währungsabwertung und der Massenflucht aus dem Lew ist die Inflationsrate (243% im Februar 1997) enorm angewachsen und der Lebensstandard besonders für ärmere, sozial benachteiligte Gruppen dramatisch gesunken. Die Löhne im staatlichen Sektor fielen real unter 10 US\$ monatlich, während der reale Wert der Renten gerade noch 5 US\$ ausmachte.

Die Lösung der politischen Krise und die Politik der neuen Regierung haben es ermöglicht, dass der Wechselkurs auf ca. 1500 Lewa/US\$ sank und dass Bedingungen für eine teilweise Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Aktivitäten zur Anhebung des realen Einkommensniveaus geschaffen werden konnten. Die oben angeführten Indikatoren unterstreichen die außerordentlich schweren Ausgangsbedingungen für die Durchführung des mittelfristigen Regierungsprogramms. Der Wahl eines Stabilisierungsprogramms, einschließlich der Einführung eines Währungsrates als monetäre Institution (Currency Board), waren gravierende Instabilitäten auf den Finanzmärkten und der Zusammenbruch des Vertrauens in diese Institutionen vorausgegangen. Die Einführung eines Währungsrates bedeutet, dass die Regierung sich einer Wirtschaftspolitik verpflichtet, die folgende Hauptkomponenten umfasst:

- eine Geld- und Fiskalpolitik, die die Kreditfinanzierung des Haushaltsdefizits über die Aktivseite der Zentralbank nicht zulässt
- Reformen im Finanz- und Bankensektor, die das Vertrauen im Bankensystem wiederherstellen und seine Stabilität garantieren
- Reformen im realen Sektor, die die Einhaltung strikter Budgetrestriktionen aller Marktakteure im staatlichen und privaten Sektor gewährleisten
- Reformen im Gesundheitswesen und im öffentlichen Haushaltswesen
- andere strukturelle Reformen, die die Beschleunigung der Landreform, Preis- und Außenhandelsliberalisierung und speziell die Landwirtschaft beinhalten; darüber hinaus die Beseitigung von Hemmnissen, die die Entwicklung des Marktmechanismus und ausländischer Investitionen massiv behindern.

Die Privatisierungseinnahmen und eine restriktive Fiskalpolitik würden daher im Regierungsprogramm die allmähliche Senkung der Staatsverschuldung erlauben. Diese war stark angewachsen, da strukturelle Reformen im Finanzsektor verzögert wurden und die Finanzdisziplin in der gesamten Wirtschaft stark nachgelassen hatte. Um den Trend eines ständig wachsenden Defizits des Staatshaushalts zu brechen, wurde die exekutive und legislative Politik allein auf dieses Ziel hin ausgerichtet. Somit konnte die bis dahin gängige Praxis abgeschafft werden, die Verluste und die Defizite aus dem realen Produktionssektor in eine immer höhere Staatsverschuldung zu transformieren.

Die neue Regierung hat trotz der immensen Schwierigkeiten der wirtschaftlichen und politischen Transformation, die ein Resultat der hohen sozialen Kosten der Reformen und der ungünstigen außenpolitischen Lage sowie der internationalen Konjunkturlage darstellen, den Weg rascher und radikaler Wirtschaftsreformen eingeschlagen. Der 1997 ins Leben gerufene Währungsrat (die Anbindung der bulgarischen Währung an die Deutsche Mark) bewirkte eine radikale Verringerung der Inflationsrate, eine

Stabilisierung des Außenwertes des Lew und eine Stärkung des inländischen Finanzsystems. Die jährliche Inflationsrate konnte innerhalb eines Jahres erfolgreich von 242% (Februar 1997) auf 2,1% (Januar 1998) gesenkt werden.

Trotz der ungünstigen internationalen Konjunktur war die makroökonomische Entwicklung in Bulgarien seit Mitte 1998 weiterhin weitgehend positiv. In Verbindung mit der Durchführung des mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbarten Wirtschafts- und Struktur-Reformprogramms dürften die politische Unterstützung der Strukturreformen und die Schaffung stabiler Richtlinien dem bulgarischen Staat eine gewisse makroökonomische Stabilität bringen. Die in den Europa-Abkommen vorgesehene gute Zusammenarbeit zwischen der EU und Bulgarien in den Bereichen Industrie, Investitionen, Gesetzgebung und Bewertung der Konformität mit den Gemeinschaftsvorschriften ist ebenfalls ein guter Gradmesser dafür, dass die Entwicklung der Wirtschaftspolitik in Richtung stabilitätsorientierter Geld- und Fiskalpolitik geht.

Die Wirtschaftsbelebung im Jahr 1998 führte zu einem realen BIP-Wachstum von 3,4% nach einem drastischen Rückgang der realen Wertschöpfung in der Volkswirtschaft von insgesamt 17% in den Jahren 1996 bis 1997. Dabei konzentrierte sich der Wachstumsschub vor allem auf die erste Hälfte des Jahres 1998. Das langsamere BIP-Wachstum in der zweiten Jahreshälfte ist sowohl auf die Auswirkungen des weltweiten Konjunkturabschwungs als auch auf die derzeitige Umstrukturierung in der Industrie zurückzuführen. Die Wirtschaftsentwicklung wurde 1998 vor allem durch den starken Rückgang der Industrieproduktion beeinflusst. Der geringe Absatz der Industrie und die negative Entwicklung der Zahlungsbilanz in den ersten Monaten des Jahres 1999 führten zu einer Verringerung des Wachstums in diesem Jahr. Maßgeblich bestimmten der private Verbrauch und die Investitionen das BIP-Wachstum im Jahr 1998. Im Laufe des Jahres wurden die Verbraucherausgaben durch den raschen Anstieg der Realeinkommen und der

Verbraucherkredite gefördert. Die Zunahme der Beschäftigung in einzelnen Sektoren erhöhte ebenfalls das Vertrauen der Nachfrageseite. Dennoch stieg die Arbeitslosigkeit nach Definition der ILO im Jahr 1998 auf 16% gegenüber 15% 1997. Dies ist auf die veränderten, harten Anpassungslasten im Rahmen der finanziellen, organisatorischen und technologischen Umstrukturierungen, die während des Beginn der Systemtransformation ausblieben, zurückzuführen. Dabei sind hinsichtlich der Arbeitslosenrate in Bulgarien sowohl enorme regionale als strukturelle Unterschiede auszumachen.

schriften. Dementsprechend ist das Bankensystem nach der gefährlichen Krise Mitte der Neunzigerjahre relativ gesund und verfügt über eine solide Kapitalausstattung. Dennoch leidet der Bankensektor nach wie vor unter hohen Betriebskosten und einer geringen Rentabilität. Auch die Leistungsfähigkeit der Institutionen muss in vielen Punkten verbessert werden. Hier stehen die Geschwindigkeit und die Zuverlässigkeit der Transaktionen, die Einführung neuer Finanzierungsinstrumente, die Börsenentwicklung sowie die Aufsichtsfunktionen der Banken im Verhältnis zu den kreditempfangen-

#### *Entwicklung wichtiger Wirtschaftsindikatoren in Bulgarien*

	1995	1996	1997	1998	1999
<b>Reales Wachstum des BIP</b> in %	2,9	-10,1	-6,9	3,4	2,4
<b>BIP pro Kopf</b> in US\$	--	1.176	1.224	1.491	1.505
<b>Inflationsrate</b>					
- Jahresdurchschnitt in %	62,1	123	1082,3	22,3	6,2
- Dezembervergleich in %	32,9	310,8	578,6	1,0	1,3
<b>Arbeitslosenrate (zum Jahresende)</b>					
- gemäß ILO-Definition in %	14,7	13,7	15,0	16,0	12,2
<b>Saldo des öffentlichen Haushalts</b> (in % des BIP)	-5,1	-10,4	-3,1	+1,4	-1,0
<b>Leistungsbilanz</b>					
in % des BIP	-0,2	0,2	4,2	-5,3	-5,3
in Mrd. US\$	--	0,1	0,4	-0,6	-0,7
<b>Auslandsverschuldung</b>					
- Schulden-Export-Relation in %	151	158	155	184	200
- Bruttoauslandsschulden in Mrd. €	7,7	7,7	8,8	8,8	9,2
<b>Ausländische Direktinvestitionen</b>					
- Nettozufluss in % des BIP	0,6	1	4,9	3,3	5,8
- Nettozufluss in Mio. US\$ (gerund.)	--	100	500	400	700

*Quellen:* Offizielle bulgarische Statistiken, Bulgarische Nationalbank, European Bank for Reconstruction and Development EBRD, Deutsche Bank Research, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (2000).

Im Bankensektor wurden Maßnahmen zur Stärkung der Bankenaufsicht und zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit getroffen. So wurde im Januar 1999 ein selbstfinanziertes Einlagensicherungssystem eingeführt. Die Vorschriften über die Bankenaufsicht wurden verstärkt, und mit dem 1997 verabschiedeten Bankengesetz erhielt die Zentralbank größere Befugnisse zur Durchsetzung dieser Vor-

den Unternehmen im Vordergrund. Das Bankenkonsolidierungsprogramm Bulgariens soll die finanziellen Grundlagen der Geschäftsbanken sanieren. Weitere einschneidende Maßnahmen, die Bulgarien schon in diesem Bereich getroffen hat, umfassen die Privatisierung der großen Banken und eine verbesserte Qualität der Finanzdienstleistungen.



## Privatisierung staatlicher Unternehmen

Es herrscht in der Öffentlichkeit Bulgariens Einigkeit darüber, dass die Privatisierung möglichst schnell voranschreiten muss, damit ein Kernelement der Marktwirtschaft verwirklicht werden kann, d.h. private Eigentumsrechte und private Anreizmechanismen für wirtschaftliche Aktivitäten. Aber zehn Jahre nach der Wende befinden sich noch immer weite Teile der Unternehmen in staatlichen Händen. Die Eigentumsübertragung (Privatisierung im engeren Sinne) konnte noch nicht zu Ende geführt werden, trotz aller Versprechen der verschiedenen Regierungen.

Wie hat sich die Privatisierung in Bulgarien entwickelt? Seit dem Jahre 1989 besteht die Privatisierung in Bulgarien aus drei Hauptformen:

- Restitution landwirtschaftlicher Flächen und des Eigentums der Kommunen
- Direkte Methoden der Veräußerung von Anteilen des Staatsvermögens
- Programm zur Massenprivatisierung staatlicher Unternehmen

Die Restitution landwirtschaftlicher Flächen und des Eigentums der Kommunen beruht auf vier „Restitutionsgesetzen“ aus den Jahren 1992 und 1998 sowie auf dem Gesetz über das Eigentum und die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen aus dem Jahre 1991. Der existierende Gesetzesrahmen erlaubt es dem Staat, dass er 5% des Staatsvermögens für die Befriedigung der Restitutionsklagen und die Entschädigung einbehalten darf. Es gibt keine Privatisierungsmethode, aus der Erfahrung anderer, insbesondere ostmitteleuropäischer Länder, herrührend, die nicht angewandt wurde. Am Ende des zweiten Jahres (1998) des Mandats der Regierung Kostovs sind 68,6% der der Privatisierung unterliegenden Unternehmen privatisiert, d.h. für 687 Unternehmen konnten über verschiedene Methoden der Eigentumsübertragung neue Eigentümer gefunden werden (385 davon sind Mehrheitsbeteiligungen, 115

Minderheitsbeteiligungen und 187 gemischte Beteiligungsformen). Um eine größere Transparenz im Privatisierungsprozess zu gewährleisten, kamen verschiedene Methoden zur Anwendung:

- direkte Verhandlungen mit Investoren (424 Unternehmen)
- Ausschreibung/Tender (119 Unternehmen)
- Auktion (45 Unternehmen), Vermittlung von Investoren (25 Unternehmen)
- andere Methoden (129 Unternehmen)

Um die Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen des Käufers (Investitionen und Beschäftigung) zu überprüfen, musste ein effizientes Prüfsystem eingeführt werden. Als Ergebnis der Privatisierung sind heute 88% der Aktiva der Unternehmen in der Leichtindustrie, 68% in der Elektronikbranche, 82% in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, 60% in der Chemie sowie 48% im Maschinenbau bereits privatisiert. Für fast alle Unternehmen der Erzgewinnung, Metallurgie und Militärindustrie wurden Verfahren der Privatisierung eröffnet. Daher lässt sich festhalten, dass die bulgarische Privatisierung kurz vor ihrer Beendigung steht, auch wenn noch harte Umstrukturierungsmaßnahmen umgesetzt werden müssen. Bis Ende 1999 konnten Verkäufe von über zwei Dritteln der Vermögensaktiva, die im Privatisierungsplan vorgesehen waren (ohne natürliche Monopolbetriebe, Telekommunikation, Eisenbahn), realisiert werden.

## Ausländische Direktinvestitionen

Eine notwendige Voraussetzung für die effiziente Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft besteht darin, ausländische Investoren anzuziehen. Dafür hat Bulgarien ein spezielles Programm entwickelt. Es umfasst die Öffnung für und den freien Eintritt jedes Investoren, der in den bulgarischen Wirtschaftssektoren investieren möchte. Ein höherer Beschäftigungsgrad, die Steigerung der Effizienz, der Transfer von Know-how, Technologien und Managementpraktiken sowie die Verbesserung der Infra-

strukturen stellen dabei vorrangige Ziele dar. Unter den Projekten stehen an erster Stelle die Errichtung einer neuen Donaubrücke, Investitionen in den Flughafenausbau, im Grenzsystem und in der Telekommunikation. Im Hinblick auf einen möglichen und in Aussicht gestellten Beitritt zur EU müssen industrielle Sektoren sowie der Binnenmarkt darauf eingestellt werden, dem Wettbewerbsdruck standzuhalten. Ein weiterer Schwerpunkt sind rechtliche Garantien für freizügige Geschäftsgründung und -tätigkeiten. Das Regierungsprogramm umfasst daher Ansätze, um durch den Aufbau des privaten klein- und mittelständischen Sektors Arbeitsplätze zu schaffen und den Produktionsprozess auf eine neue und effiziente Grundlage zu stellen.

### **Sektor der klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU-Sektor)**

Der KMU-Sektor hat eine wesentliche Bedeutung als Rückgrat in einer Marktwirtschaft und einer pluralistischen Eigentümergesellschaft und trägt im Kern zur Herausbildung einer Mittelklasse bei. Die intensive Entwicklung der KMU ist ein besonders herausragendes Element der strukturellen Reformen. Ein gut entwickelter Sektor der KMU forciert maßgeblich die Entwicklung des Wettbewerbs und erhöht die Investitionsressourcen erhöhen. Ein verstärkter Wettbewerb fördert die Verbesserung der Qualität der Waren und Dienstleistungen ("product upgrading"), die Innovationstätigkeit und den Technologietransfer und trägt so zu einer optimalen Nutzung der Ressourcen bei. Langfristig werden neue Arbeitsplätze entstehen, die Sphäre der "grauen" Wirtschaft kann zurückgedrängt und allgemeine, reale Einkommensverbesserungen erzielt werden.

Seit dem Beginn der Reformen im Jahre 1990 ist die Zahl der kleinen und mittleren Unternehmen in Bulgarien rasch angestiegen. Sie stellen heute deutlich über 90% aller registrierten Wirtschaftseinheiten. Die überwiegende Mehrheit sind Kleinstunternehmen des Einzelhandels mit weniger als fünf Beschäftigten. Der Anteil der

KMU an der Gesamtbeschäftigung ist allerdings mit etwa 41% niedrig, verglichen mit dem EU-Durchschnitt. Dies ist auf die weiterhin enorme Bedeutung großer staatlicher Betriebe, die zum Teil mehrere Tausend Beschäftigte aufweisen, zurückzuführen. Darin verbirgt sich wegen eines zu erwartenden Beschäftigungsabbaus der bestehenden Überbeschäftigung ein großes Konfliktpotential bei der zukünftigen Umstrukturierung vieler Industriesektoren.

Die Gesamtbeschäftigung im Sektor der KMU beläuft sich auf mehr als 1,6 Mio. Beschäftigte. Ein bulgarisches Unternehmen sichert durchschnittlich Arbeitsplätze für neun Beschäftigte, während entsprechende Unternehmen in der EU lediglich sechs Arbeitsplätze sichern. Kleinstunternehmen in der EU weisen jedoch eine höhere Beschäftigung auf als bulgarische.

Es zeichnen sich in der gegenwärtigen Analyse eine Reihe von signifikanten Problemen ab, vor denen sowohl Unternehmen als auch der Staatshaushalt stehen. Diese Probleme beruhen vorwiegend auf der Rolle des "grauen" Sektors der Wirtschaft, dessen Anteil nur äußerst schwer zu schätzen ist. Unabhängige Analysen und Schätzungen gehen, je nach Methode und Ansatz, von einem Umfang von 30 bis 50% der gesamten Wertschöpfungstätigkeit, gemessen am BIP, aus. Worin besteht der graue Sektor? Dem bulgarischen Rechtssystem entsprechend muss jedes Unternehmen mit einem jährlichen Umsatz von über 75.000 DM nach dem Gesetz zur Umsatzsteuer registriert und veranlagt werden, mit der Folge, dass viele dieser Unternehmen unter Zahlungsschwierigkeiten beim Abführen der Steuerverbindlichkeiten leiden. Die Gewinnsteuer beträgt 20% vom Nettogewinn (an den zentralen Staatshaushalt abgeführt), während 10% des Nettogewinns an die Gemeinde gehen, in der das Unternehmen registriert ist (vergleichbar dem deutschen Gewerbesteuersystem). Darüber hinaus werden die Unternehmen noch durch weitere Abgabenformen belastet, so dass der gesamte Steuersatz für ein Unternehmen bis zu 50% seines Nettogewinns ausmacht. Für ein kleines oder sogar mittleres bulgarisches Unternehmen könnte das

in vielen Fällen bedrohlich sein, weil somit die Möglichkeiten zur Reinvestierung des Gewinnes stark beschränkt werden. Die Unternehmen benötigen jedoch eine finanzielle Basis auf der Grundlage eines positiven Cash flows, um reinvestieren zu können, da sie typischerweise über eine veraltete technologische Produktionsbasis verfügen. Dadurch wird direkt ihre Konkurrenzfähigkeit betroffen, zumal die Wettbewerbsfähigkeit auf ausländischen Märkten weitgehend fehlt. Zudem wird auf dem Binnenmarkt die Produktion durch hohe Zölle und andere Formen des Handelsprotektionismus abgeschottet. Deshalb reagieren die Unternehmen auf die Erhöhung ihres Gewinnes durch eine fiktive Umstrukturierung, wobei GmbHs aufgespalten werden, so dass sie vom Gesetz als voneinander unabhängige Objekte der Besteuerung behandelt werden. Darunter leidet andererseits das System der Staatseinnahmen bzw. die Umverteilung des Einkommens durch staatliche Verteilungspolitik. Der Regierung ist sich dessen bewusst; sie ist aber durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) gezwungen, diese hohen Steuersätze aufrechtzuerhalten, um die Staatseinnahmen sichern zu können. Bei den letzten Verhandlungen zwischen den beiden Institutionen wurde eine Verringerung des Steuersatzes um 5 Prozentpunkte erreicht, die Anfang 2001 in Kraft treten wird. Dadurch werden verbesserte steuerliche Anreizmechanismen zu erwarten sein.

Betrachtet man den Grausektor der Wirtschaft genauer, so bleibt festzuhalten, dass dieser aufgrund seiner ökonomischen Aktivitäten tatsächlich zur Wohlstandsmehrung sowohl für Teile der Arbeitnehmerschaft als auch für den Unternehmenssektor beiträgt. Eine sehr verbreitete Praxis ist darin zu erkennen, dass in den Arbeitsverträgen mit den Privat- und sogar einigen Staatsunternehmen lediglich Minimallöhne festgelegt werden, d.h. abhängig Beschäftigte werden nur aufgrund dieser Entlohnung besteuert, erhalten aber tatsächlich eine wesentlich höhere Entlohnung, die nicht nachzuweisen ist. Arbeitgeber profitieren ebenso von dieser Regelung. Die Haushaltseinkommen und

somit auch die Ausgaben liegen daher wesentlich höher als die "legal" angegebenen Einkommen, und auch höher als die Realeinkommen, wenn letztere besteuert worden wären. Regional differenziert lässt sich beobachten, dass davon in der Regel Bürger in den großen und mittleren Städten betroffen sind. Auf dem Lande und in den kleineren Städten spielt die Selbstversorgung im Rahmen der Subsistenzwirtschaft mit Nahrungsmitteln und Heizmaterial eine ungleich wichtigere Rolle. Nach inoffiziellen Angaben betragen diese Ausgaben bis zu 80 bis 90% der Haushaltsausgaben.

## Landwirtschaft

Das schwierig zu erreichende Ziel hinsichtlich des bulgarischen Agrarsektors liegt darin, diesen Wirtschaftsbereich in ein wettbewerbsfähiges, exportorientiertes und an den EU-Zielen der Umweltpolitik und Nachhaltigkeit orientiertes und überlebensfähiges System umzuwandeln. Bei der Rückgabe landwirtschaftlich nutzbarer Flächen und Hofstellen wurden zwar Fortschritte erzielt, aber es sind noch weitere Maßnahmen erforderlich, damit der Bodenmarkt attraktiver und transparenter gemacht wird und ein gemeinsames Kataster und Grundbuchamt geschaffen werden können.

Die vielfältigen Probleme in der Landwirtschaft sind auch im Zusammenhang mit der Zersplitterung der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen, die einem Ausnutzen von Skalenerträgen im Wege steht, und der völlig veralteten Bearbeitungstechnik zu sehen. Die Privatunternehmen, die im Agrarsektor tätig sind, sehen sich ähnlichen Problemen wie andere klein- und mittelständische Unternehmen gegenüber. Die Schaffung landwirtschaftlicher Kooperativen erscheint als sehr schwierig, da viele Landeigentümer nicht damit einverstanden sind, es aufzugeben, ihre Grundstücke selbst zu bearbeiten. Zudem fehlt ein funktionsfähiges genossenschaftliches Netz, das die Anschaffung von gemeinsamen landwirtschaftlichen Geräten erleichtern würde. Der Zustand der vergleichsweise primitiven Produktionstechnik und das

Ausbleiben durchgreifender struktureller Agrarreformen beeinträchtigen grundlegend die Effizienz in der bulgarischen Landwirtschaft, einem Haupterwerbszweig der Bevölkerung.

### **Politik und Konjunktur: Lobbyismus und Interessenlagen**

Nach dem Ende der Kommunismus bildeten sich Gruppierungen heraus, deren Kapitalbasis aus Mittel der Kommunistischen Partei herrührte. Strukturell betrachtet bestehen diese Gruppierungen aus Firmen, die in höchst unterschiedlichen Branchen tätig sind. Deren Ziel war aber nicht die gesamtgesellschaftliche Entwicklung der Wirtschaftssektoren, sondern die Veruntreuung staatlicher Finanzmittel zu ihren Gunsten. Das alte Parteikapital sollte durch diese Firmen „gewaschen“ und auf Privatkonten in Auslandsbanken angelegt werden. Nach den ersten freien Wahlen und dem Gewinn der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) bekamen die Gruppierungen die Möglichkeit, mehr Kapital von den staatlichen Unternehmen abzuziehen. Das führte zu einem folgenschweren „asset stripping“ (umgangssprachlich: „Sich-unter-den-Nagel-Reißen“ von Teilen des Anlage- und Umlaufvermögens von Unternehmen) und kam durch den immer größeren Einfluss ihrer Lobbys in der Machtzentrale, in den Parteien (am stärksten in der BSP) und auch auf der Ebene der Unternehmensführung zustande. Anfang der Neunzigerjahre ist es diesen Nomenklatura-Kreisen sehr gut gelungen, diese Vorteile auszunutzen, da die alte Bulgarische Kommunistische (ab dem Jahr 1990 Sozialistische) Partei weiterhin an der Macht war und sich die Regierungsmentalität nicht geändert hatte.

Im Jahr 1991 war zwar für neun Monate eine Regierung der Union der Demokratischen Kräfte (UDK) an der Macht, sie wurde jedoch durch eine Koalition der Parlamentskräfte der BSP und der Bewegung für Rechte und Freiheiten (mit Parteiführer Ahmed Dogan) abgesetzt. Danach wurde eine Koalitionsregierung unter der Führung des neuen Ministerpräsidenten Liuben

Berov gebildet. Während der Zeit dieser Regierung wurden keine einschneidenden Reformen durchgeführt, die Kontrolle über die wirtschaftlichen Aktivitäten verschiedener Gruppierungen wurde sogar abgeschwächt. Zudem wurden über die staatlichen Geschäftsbanken viele Kredite an Unternehmen vergeben, die später zu „faulen“, notleidenden Darlehen wurden und das Bankensystem erheblich belasteten. Die Zentralbank setzte ihre Politik zur Refinanzierung der Geschäftsbanken fort. Zur Zeit der Regierung Jean Videnovs wurde das so genannte „asset stripping“ einiger staatlicher Unternehmen fortgesetzt. Da die Rechtslage höchst unklar war, konnte wegen dieser Eigentums- und Betrugsdelikte keine Anklage gegen Beteiligte erhoben werden. Die eigentliche Privatisierung wurde verzögert, die Bedingungen für ausländische Investoren waren extrem ungünstig. Zur Zeit der Regierung Videnovs bestimmten noch einzelne weitere Skandale und höchst dubiose Verstrickungen das öffentliche Leben Bulgariens, was dazu führte, dass dem Land bis zum endgültigen Wechsel hin zu einer demokratisch legitimierten und zu einem konsequent marktwirtschaftlichen Kurs verpflichteten Regierung Anfang 1997 im Ausland ein sehr negatives Image anhaftete.

Aber auch die neue Regierung unter Kostov, seit 1997 im Amt, blieb nicht von Skandalen und Versuchen verschont, deren Arbeit zu diskreditieren und die Person des Ministerpräsidenten zu beschädigen, indem ihm Korruption und wiederholt Amtsmissbrauch vorgeworfen wurde. Kostov wurden vermehrt Beziehungen zu undurchsichtigen Holdings und Wirtschaftskreisen (z. B. dem Kreis „Orion“ in einer Getreideaffäre) nachgesagt. Damit zeigt sich eindeutig, dass die politische Szenerie Bulgariens aufgrund der ererbten intransparenten und lobbyistischen Strukturen noch lange nicht konsolidiert ist. Im Gegenteil, die Notwendigkeit durchgreifender Anti-Korruptionskampagnen und wirksamer Schritte zur Eindämmung des Einflusses mächtiger Interessengruppierungen der „Grausphäre“ wird zunehmend bedeutsamer.

Die Folge der so genannten Anti-Korruptionskampagne war der Rücktritt des Verhandlungsführers bei den Beitrittsverhandlungen mit der EU. Alexander Bozkov wurde angeklagt, es habe im Industrieministerium während seiner Amtszeit als Minister Missbräuche im Zusammenhang mit Kompensationsvorschriften gegeben, die zur Entschädigung der ehemaligen Besitzer von nicht restituierbarem Eigentum dienten. In den Medien wurde aber diskutiert, dass Bozkov, als „Mister Zehn Prozent“ deshalb bezeichnet, weil er in mehreren Unternehmen einen Anteil von zehn Prozent halte, jetzt die Rolle eines Bauernopfers erfülle, die in Wirklichkeit anderen Personen aus der innerparteilichen Opposition der UDK zugeordnet sei.

Durch ihren Lobbyismus und ihre starken informellen Kanäle im Parlament, in der Regierung, in den Parteien und in anderen Institutionen gelingt es den Gruppierungen ihre partikulären Interessen zu verteidigen und ihre Besitzstände zu wahren. Das Hauptproblem liegt daher in der Implementierung und Anwendung des gesetzlichen Rahmens und Rechtssystems, da die rechtliche Kontrolle äußerst schwach ausgeprägt ist. Angaben der in Berlin ansässigen Anti-Korruptions-Organisation „Transparency International“ zeigen, dass die Korruption zwischen den staatlichen Angestellten und den Kontrollorganen sehr verbreitet ist. Ein weiteres wichtiges Problem des Übergangs ist die Ausbildung der Eliten. Bulgarische Universitäten bieten in vielen Bereichen eine Ausbildung an, die den geforderten Standards der Europäischen Union nicht entspricht. Das hängt sowohl mit der Umqualifizierung der Professoren und Dozenten als auch mit deren Entlohnung zusammen. Es fehlt zum einen ein durchgreifender Reformplan zum Aufbau und zur Ausbildung einer leistungsfähigen Bildungselite. Zum anderen konkurriert das Bildungssystem, insbesondere die Hochschulen, mit den Beschäftigungsmöglichkeiten in der Privatwirtschaft, in der Fachleute ein Vielfaches der Vergütung im staatlichen Bildungswesen verdienen können.

## **Bulgarien und die Erweiterung der Europäischen Union**

Bulgarien hat zweifellos seit 1997 weitere Fortschritte im Aufbau einer funktionierenden Marktwirtschaft gemacht, denn dank einer soliden Finanz- und Einkommenspolitik auf der Grundlage des Währungsrats konnte eine gesamtwirtschaftliche Stabilität erzielt werden. Trotz der schwierigen äußeren Rahmenbedingungen und der Isolation des Balkans während und auch nach dem Kosovo-Krieg 1999 hat die Regierung ihr ehrgeiziges Reformvorhaben weiter vorangetrieben. Die Verabschiedung des Beamtengesetzes ist ein erfreuliches Zeichen dafür, dass die Regierung ihre Bemühungen zur Stärkung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung fortsetzt.

Das langfristige Ziel Bulgariens besteht darin, als ein zukünftiges Mitglied der EU eine funktionsfähige Marktwirtschaft zu schaffen. Wie in der Agenda 2000 dargelegt wird, setzt eine funktionsfähige Marktwirtschaft voraus, dass Preise und Handel liberalisiert sind und ein Rechtssystem mit einklagbaren Rechten, unter anderem Eigentums- und Vertragsrechten, besteht. Die Leistung einer Marktwirtschaft wird durch die makroökonomische Stabilität, die Glaubwürdigkeit der Reformvorhaben und den Konsens über die Wirtschaftspolitik verstärkt. Ein gut entwickelter Finanzsektor und das Fehlen größerer Marktzutritts- oder Austrittsschranken verbessern die Effizienz der Wirtschaft. Die Existenz stabiler wirtschaftlicher und monetärer Rahmenbedingungen wird als Hauptaufgabe angesehen. Die Reformen, die in diesem Bereich gemacht werden, schließen den Umbau und die Umstrukturierung des realen Sektors in einem funktionierenden Marktsystem ein. Privateigentum, freier Wettbewerb sowie der ungehinderte Zustrom von ausländischen Direktinvestitionen im Hinblick auf eine vertiefte reale Integration in die EU stellen dabei Kernbestandteile der Anpassungsbemühungen dar.

Doch der langwierige Prozess des Beitritts zur EU umfasst keineswegs nur die Erfüllung öko-

nomischer Kriterien. Von mindestens ebenso großer Bedeutung sind rechtsstaatliche Grundlagen zur Übernahme des umfangreichen „acquis communautaire“, des gemeinschaftlichen Besitzstandes der Union, und die volle Anerkennung und Respektierung der Menschen- und Minderheitenrechte.

Zusammenfassend lassen sich die Beziehungen Bulgariens zur EU und die wichtigsten Erfordernisse im Hinblick auf die Aufnahme Bulgariens folgendermaßen umreißen:

- Bulgarien erfüllt zwar mittlerweile hinreichend die politischen Kriterien von Kopenhagen zum Beitritt zur EU. Enorme Anstrengungen bei der Bekämpfung der Korruption und bei der Reform des Justiz- und Verwaltungswesens sind jedoch zwingend erforderlich. Im mittelfristig angelegten Reformprogramm der Regierung („Nationales Programm zur Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes“) werden denn auch weitere konkrete Schritte zur Integration der Roma und zur Konsolidierung des Schutzes der persönlichen Freiheit angeht.
- Transparente Regelungen für die Eigentumsübertragung sowie die Privatisierung im weiteren Sinne stellen ebenso wesentliche Reformbestandteile dar wie die Schaffung von effizienten Aufsichtsstrukturen für den

Finanzdienstleistungssektor. Die Rechtsangleichung bezüglich bestimmter Binnenmarktregelungen (Schutz geistigen Eigentums, Datenschutz, öffentliches Auftragswesen sowie Normung und Zertifizierung) muss als Kernelement der Übernahme des „acquis“ im Regierungsprogramm stärker verankert werden.

- Bedenken bestehen weiterhin hinsichtlich der vorgeschlagenen Zeiträume für die Abschaltung der Blöcke 1-4 des Kernkraftwerks Kosloduj sowie der unrealistisch hohen Elektrizitätsbedarfsprognosen. Darüber hinaus bedürfen Umweltüberwachung und Umweltverträglichkeitsprüfungen auf nationaler und regionaler Ebene ebenfalls eines verstärkten Einsatzes der Regierung. Mittelfristig müssen beträchtliche Anstrengungen zur Durchführung einer effizienten Migrationspolitik unternommen werden.
- Als entscheidende Größe bei erfolgreichen Beitrittsverhandlungen muss zweifelsohne die Glaubwürdigkeit und der Reformwille der gegenwärtigen Regierung angesehen werden. Die Umsetzung des Nationalen Programms zur Übernahme der EU-Verpflichtungen wird das Land auch künftig vor eine ernsthafte Belastungsprobe stellen, auch wenn die Zustimmungquote der Bevölkerung zum EU-Beitritt weiterhin hoch liegt.

*Michael Walter*

## **Musterländle in den Alpen? – Slowenien im zehnten Jahr nach der Unabhängigkeitserklärung**

Es hätte ein großer Tag in der noch jungen Geschichte der kleinen Republik „auf der Sonnenseite der Alpen“ werden können: 3:0 stand es bereits im Spiel der Fußball-Europameisterschaft 2000 zwischen den Spielern Sloweniens und denen Jugoslawiens – als letztere das Blatt binnen Minuten doch noch einmal wenden konnten und das Endresultat schließlich 3:3 lautete. Obwohl sich alle Betei-

ligten bemühten, die sportliche Relevanz des Treffens in den Vordergrund der Analysen zu rücken, ließ sich die politische Brisanz der Begegnung nicht leugnen. Dies gilt umso mehr, als sportliche Erfolge – etwa im Nationalsport Skifahren – das Nationalgefühl der Slowenen stärken und der übrigen Welt zeigen, dass Spitzenleistungen durchaus auch in Maribor, Kranjska Gora, Planica oder auf der Pokljuka zu

beobachten sind. Auch im wirtschaftlichen Bereich braucht sich Slowenien nicht zu verstecken. Im Gegenteil: Im Schatten der bevölkerungsstärkeren EU-Beitrittskandidaten entwickelte sich Slowenien mit seinen rund zwei Millionen Einwohnern dank eindrucksvoller makroökonomischer Daten binnen weniger Jahre zum "Musterländle"<sup>1</sup> unter den östlichen EU-Aspiranten.

Dennoch stehen die Slowenen noch immer vor einem grundsätzlichen Problem, das ein Journalist treffend beschrieb:

"Haben Sie Reiseführer über Slowenien?", hatte ich die Verkäuferin der Buchhandlung gefragt. 'Slowenien?' – sie legt die Stirn angestrengt in Falten, dann versichert sie forsch: 'Selbstverständlich!' Sie führt mich an einer Flucht von Regalen vorbei, für fast jedes Land war ein Bord reserviert. 'Slowenien gibt es nicht', sagte sie irritiert, 'aber ich könnte mal nachschauen bei der Slowakei.' Und tatsächlich entdeckte sie dort einen Band, den sie mir erleichtert in die Hand drückte."<sup>2</sup>

Ähnliche Geschichten weiß auch der slowenische Botschafter in der Bundesrepublik zu berichten. Nicht selten laute nach seinen Vorträgen über das Land zwischen Untersteiermark, der Krain, Istrien und Pannonien die erste Frage aus dem Publikum: "Und wie kommt man am schnellsten nach Bratislava?"<sup>3</sup> Mit anderen Worten: "Auch wenn Slowenien heute international anerkannt ist, hat es doch nach wie vor Schwierigkeiten, sich im Bewusstsein der Weltöffentlichkeit zu verankern"<sup>4</sup> Dass die verbreitete Ignoranz auch Konsequenzen für die Akzeptanz eines möglichen EU-Beitritts Sloweniens in der Bevölkerung der jetzigen Mitgliedstaaten hat, belegen die Umfrageergebnisse des "Eurobarometers" vom April 2000. Danach rangiert Slowenien im Beliebtheits-Ranking aller Kandidaten lediglich auf dem vorletzten Platz. Nur 34 Prozent der Befragten würden den Beitritt des Landes begrüßen, 41 Prozent lehnen ihn ab.<sup>5</sup> Sollte sich der im Brüsseler Sommerloch geäußerte Vorschlag durchsetzen, wonach die EU-Bürger in Volksabstimmungen über die

Osterweiterung zu entscheiden hätten, bliebe Ljubljana der Beitritt wohl verwehrt.

## Ein Streifzug durch die Geschichte

Wer also sind die Slowenen? Die gängige, wenn auch nicht unbestrittene Version der Geschichtsschreibung besagt, dass die Wurzeln des slowenischen Volkes mindestens bis zum Ende des sechsten Jahrhunderts zurückreichen.<sup>6</sup> Waren die Sloveni zunächst noch den awarischen Khans zu Gehorsam und Tribut verpflichtet, so gründeten sie nach dem Sieg des Kaisers Herakleios über die asiatischen Nomaden um das Jahr 620 das slawische Fürstentum Karantanien. Zentrum dieses selbständigen Reiches, das sich vom Flussbett der Save bis nach Leipzig erstreckte, war die Karnburg nördlich von Klagenfurt. Nach der Unterwerfung des Gebietes durch Karl den Großen im achten Jahrhundert erfolgte eine gezielte Germanisierung der Führungsschicht sowie die Christianisierung der Bevölkerung. Anfang des 13. Jahrhunderts fiel die Herrschaft über das Siedlungsgebiet der Slowenen an Ottokar II. von Böhmen und im Jahr 1282 schließlich an Rudolf I., den Stammvater der Habsburger.

Trotz der insgesamt mehr als tausend Jahre währenden Fremdherrschaft konnten die Slowenen die eigene kulturelle Identität bewahren. Nach dem Zerfall der Habsburger Monarchie erklärte der slowenische Nationalrat die Lösung aus dem bisherigen Staatsverband und beschloss am 27. Oktober 1918, sich mit den slawischen Nachbarvölkern zum neuen Staat der Serben, Kroaten und Slowenen zu vereinigen. Dieses Gebilde hatte jedoch angesichts der imperialistischen Gelüste seiner Nachbarn keine Überlebenschance. Die Führer des SHS-Staates suchten daher Zuflucht bei der serbischen Krone. Im Königreich Jugoslawien dominierten allerdings die Serben; aus Slowenien wurde Banat Drau, und größere Autonomierechte wurden den Slowenen von Belgrad erst mit dem Beginn des Zweiten Weltkriegs zugesagt. Zwei Jahre später teilten die deutschen Nationalsozialisten, die italienischen Faschisten und die

ungarischen Nationalisten das slowenische Territorium untereinander auf.

Auch nach dem Krieg war den Slowenen keine Unabhängigkeit vergönnt. Zwar besaß man im kommunistischen Jugoslawien eine relativ große kulturelle und verwaltungsmäßige Selbstständigkeit; die politische und militärische Macht konzentrierte sich jedoch in Belgrad.

## Demokratie und Unabhängigkeit

Nach dem Tod Titos gewannen in Slowenien allmählich die reformorientierten Kräfte innerhalb der kommunistischen Partei den Machtkampf mit den Orthodoxen, während sich in der Öffentlichkeit Kulturschaffende für die Demokratisierung stark machten. Die Situation eskalierte im Juli 1988, als in der Tito-Kaserne in Ljubljana ein Militärprozess wegen angeblichen Geheimnisverrats geführt wurde. Angeklagt waren drei junge Journalisten der kritischen Jugendzeitschrift "Mladina" sowie ein Unteroffizier, der sie mit militärischen Informationen über Truppenstationierungen der Jugoslawischen Volksarmee für eine angeblich geplante Intervention in Slowenien versorgt hatte.<sup>7</sup> Aus der Solidarisierung insbesondere vieler junger Menschen mit den Angeklagten und der Forderung nach Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit, nach Kontrolle der Staatspolizei und des Militärs wurde rasch eine Massenbewegung für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und schließlich Unabhängigkeit. "Slowenien den Slowenen" lautete die Parole der Demonstranten, mit der man zunächst vordergründig dagegen protestierte, dass der Militärprozess in serbokroatischer Sprache geführt wurde. Letztendlich aber wollte man die staatliche Selbständigkeit.

Im September 1989 forcierte das slowenische Parlament den Abspaltungsprozess durch die Verabschiedung einiger Verfassungszusätze, die auf die Souveränität zielten. Durch den Wahlsieg des Parteienbündnisses DEMOS im April 1990 und die Wahl des reformorientierten ehemaligen KP-Chefs Milan Kučans zum ersten

Präsidenten der Republik zeigte die Bevölkerung, dass sie diesen Kurs begrüßte. Die Belgrader Hardliner reagierten dagegen mit der Drohung, den Ausnahmezustand auszurufen. Daraufhin erklärte sich die Republik Slowenien für unabhängig. Mehr als 88 Prozent der slowenischen Wähler unterstützten am 23. Dezember 1990 diesen Schritt in einem Referendum. Am 25. Juni 1991 wurde die Verfassungsurkunde über die Unabhängigkeit verabschiedet. Die Errichtung eigener Grenzkontrollstellen führte tags darauf zu ersten blutigen Zusammenstößen zwischen slowenischen Grenzposten und Truppen der "Volksarmee". Am 27. Juni erhielt die slowenische Territorialverteidigung Schießbefehl. Die jugoslawische Luftwaffe bombardierte den Flughafen von Ljubljana und griff zivile Fahrzeuge an der Grenze an, wobei mehrere Menschen getötet wurden. Jugoslawische Militärflugzeuge überflogen dabei auch kurzzeitig österreichisches Hoheitsgebiet, was zusätzliche Sorge in den westeuropäischen Staaten auslöste. Nach einem zehntägigen Krieg war der Machtkampf zwischen Ljubljana und Belgrad entschieden. Die Bundesarmee zog sich zurück. Die "neue" Bundesrepublik Jugoslawien bestätigte die Unabhängigkeit des früheren Teilstaates, so dass am 23. Dezember 1991 die slowenische Verfassung in Kraft treten konnte.

## Die Anerkennung der Souveränität – ein Fehler?

Die Frage der zunächst auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft umstrittenen Anerkennung der slowenischen wie auch der kroatischen Souveränitätserklärungen ist bis heute Gegenstand erbitterter Kontroversen. Insbesondere dem damaligen Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher wird vorgeworfen, er habe mit einem Drängen auf die Unterstützung der Unabhängigkeitsansprüche Ljubljanas und Zagrebs erheblich zu einer Eskalation des Balkankonflikts beigetragen. Wer dies behauptet, ignoriert allerdings die Appelle Genschers in Gesprächen mit slowenischen Politikern im Frühjahr 1991, "die Dinge nicht zu übereilen,



vor allem keine einseitigen Schritte zu unternehmen, sondern nach Möglichkeiten zu suchen, wie man die Föderation in anderer verfassungsrechtlicher Form zusammenhalten könne.”<sup>8</sup> Vor allem aber scheint bei vielen Kritikern heute die Chronologie der Ereignisse durcheinander geraten zu sein: Tatsächlich erfolgte die Anerkennungserklärung der EG-Außenminister am 16. Dezember 1991, die der Bundesregierung drei Tage später, also lange nach Beendigung der Kampfhandlungen in Slowenien und erst zu einem Zeitpunkt, zu dem kroatische Städte wie Vukovar bereits in Schutt und Asche lagen. Am 9. Januar 1992 erklärte der jugoslawische Präsident Milošević den Krieg in und gegen Kroatien für beendet. Insofern spricht einiges dafür, dass “die Entscheidung vom 16. Dezember 1991 das Ende der Kampfhandlungen in Kroatien und das Ende der fortdauernden Bedrohung Sloweniens erreichte.”<sup>9</sup> Vermutlich wäre ohne diesen Schritt der in Kroatien geführte Krieg wesentlich verlängert worden und die Region hätte ein ähnliches Schicksal erfahren wie Bosnien-Herzegowina.

Aus Sicht der damaligen und der heutigen politischen Akteure auf slowenischer Seite war es ohnehin – unabhängig von der Haltung des Westens – unvermeidlich, vom “Recht auf Loslösung” vom Gesamtstaat Gebrauch zu machen, wie es in der Verfassung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien vom 21. Februar 1974 verankert war. Beispielhaft sei hier auf die lesenswerten Erinnerungen von Janez Drnovšek verwiesen.<sup>10</sup> Drnovšek war Vertreter der slowenischen Teilrepublik im nach dem Tode Titos geschaffenen Belgrader Staatspräsidium, unmittelbar vor dem Zerfall Jugoslawiens Vorsitzender dieses Gremiums und später Ministerpräsident Sloweniens. Wie er in seinen Aufzeichnungen festhielt, akzeptierte die Belgrader Führung das Ausscheiden Sloweniens aus der Föderation ebenso wie den Austritt Kroatiens – allerdings unter Vorbehalt einer Regelung für die Krajina-Frage. Dass es dennoch zur militärischen Intervention der Serben kam, begründet Drnovšek u.a. damit, dass diese die Verhandlungen stets als Mischung von Gesprä-

chen und militärischen Drohungen geführt hätten. Die Armeeführung habe ihren gesamtjugoslawischen Auftrag bewahren wollen und nicht zuletzt habe eine “Kultur des Kompromisses” gefehlt.

Eine wesentliche Rolle für den Unabhängigkeitswunsch der Slowenen und der Kroaten spielte der schon damals schwelende Kosovo-Konflikt: Man sah mit Sorge, wie die albanischen Bevölkerungsteile unter Verletzung der Menschenrechte und der Verfassung unterdrückt wurden und fürchtete, ein ähnliches Schicksal zu erleiden. Auch der Ausschluss Sloweniens und Kroatiens aus dem Geldverkehr seitens der Jugoslawischen Nationalbank erhöhte den Druck auf Ljubljana, eigene Wege zu gehen.<sup>11</sup> Grundsätzlich waren aber wohl die Bestandteile des Vielvölkerstaates zu verschieden, als dass es eine realistische Chance auf eine gemeinsame Zukunft nach dem Ende der zentralistischen Bindungskräfte zunächst durch die Monarchie und dann durch die Kommunistische Partei gegeben hätte.

### **Slowenien heute: Das politische System**

Seit der Unabhängigkeitserklärung hat sich in Slowenien ein funktionierendes demokratisches System entwickelt, dessen gewaltenteilige Staatsordnung durch Kapitel IV der durch Volksentscheid legitimierten Verfassung der Republik Slowenien vom 23. Dezember 1991 festgelegt wird.<sup>12</sup>

Nachdem das slowenische Parlament unmittelbar nach der Abspaltung von Belgrad zunächst noch aus drei Kammern gebildet wurde, die sich in der politischen Praxis gegenseitig blockierten, besteht die Legislative seit den Wahlen vom Dezember 1992 aus zwei Kammern, der Staatsversammlung und dem Staatsrat. Das oberste Organ der Gesetzgebung ist die auf vier Jahre gewählte Staatsversammlung (Državni Zbor). Von ihren 90 Mitgliedern werden 88 über Parteilisten in acht Elf-Mandats-Wahlkreisen nach dem Verhältniswahlrecht direkt gewählt.

Zwei weitere Abgeordnete werden als Vertreter der ungarischen bzw. der italienischen Minderheit in Ein-Mandats-Wahlkreisen nach dem Mehrheitswahlrecht bestimmt. Die zweite Kammer, der Staatsrat (Državni Svet), ist nach Artikel 96 der Verfassung "die Vertretung von Trägern der sozialen, wirtschaftlichen, beruflichen und örtlichen Interessen" und fungiert vor allem als beratende Körperschaft sowie als Kontrollorgan. Der alle fünf Jahre zur Wahl stehende Staatsrat setzt sich aus 40 Mitgliedern zusammen, von denen je vier die Arbeitgeber, die Arbeitnehmer sowie die Landwirte, Gewerbetreibenden und freien Berufe vertreten, sechs Mitglieder nichtwirtschaftliche Tätigkeiten und 22 Mitglieder lokale Interessen.

Staatsoberhaupt der Republik Slowenien ist der für die Dauer von fünf Jahren (bei Möglichkeit der einmaligen Wiederwahl) direkt gewählte Präsident. Er vertritt die Republik und ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Seit 1990/92 steht der parteilose Milan Kučan an der Spitze des Staates.

Oberstes Organ der vollziehenden Gewalt ist die Regierung, die vom Ministerpräsidenten und den Ministern gebildet wird. Der Ministerpräsident wird im Normalfall auf Vorschlag des Staatspräsidenten mit der Mehrheit der Stimmen aller Abgeordneten gewählt. Die Minister werden von der Staatsversammlung auf Vorschlag des Regierungschefs ernannt und entlassen.

Als judikative Kontrollinstanz fungiert der Oberste Gerichtshof, dessen Richter auf unbegrenzte Zeit auf Vorschlag eines Richterrates von der Staatsversammlung gewählt werden.

Das Parteienspektrum Sloweniens entspricht in seinen pluralistischen Grundzügen weitgehend dem westlichen Muster, zeichnet sich insgesamt aber noch immer durch eine gewisse Instabilität aus. Ähnlich wie in anderen Transformationsstaaten fungierte auch in Slowenien die DEMOS-Koalition in erster Linie als Sammlungsbewegung der reformorientierten Kräfte zur Ablösung des alten Regimes. Mit dem Sieg bei den ersten demokratischen Wahlen im Jahr 1990 hatte das heterogene Bündnis sein

prioritäres Ziel erreicht. Nun konnte sich das Parteienspektrum ausdifferenzieren, wobei ein stets auf fragile Koalitionsbildungen angewiesenes Multiparteiensystem aus Zusammenschlüssen ehemaliger Kommunisten auf der einen und Gruppierungen der ehemaligen Opposition auf der anderen Seite entstand. Zu ersteren zählen die aus dem Kommunistischen Parteijugendverband hervorgegangenen Liberaldemokraten (Liberalna demokracija Slovenije, LDS), die reformkommunistische Vereinigte Liste der Sozialdemokraten Sloweniens (Združena lista socialnih demokratov, ZLSD, hervorgegangen aus dem Zusammenschluss der Arbeiterpartei Sloweniens mit zwei linken Oppositionsparteien), die Demokratische Partei der Rentner Sloweniens (Demokratska stranka upokojencev Slovenije, DeSUS) und die nationalrevolutionäre Slowenische Nationalpartei (Slovenska nacionalna stranka, SNS). Als "Frühlingsparteien" bezeichnete man dagegen die aus der Opposition hervorgegangene Slowenische Volkspartei (Slovenska ljudska stranka, SLS, eine christlich-nationale Partei mit Rückhalt in der ländlichen Bevölkerung), die dem rechten Flügel des Parteienspektrums zuzuordnende Sozialdemokratische Partei von Slowenien (Socialdemokratska stranka Slovenije, SDS), die Slowenischen Christdemokraten (Slovenski krščanski demokrati, SKD), die Demokratische Partei (DS) und die Grünen Sloweniens.

Die meisten Stimmen bei den Parlamentswahlen im Dezember 1992 erhielten die Liberaldemokraten, gefolgt von den Christdemokraten, der Nationalpartei, der Volkspartei, der Demokratischen Partei, den Grünen und den Sozialdemokraten. Den Auftrag zur Regierungsbildung bekam der LDS-Vorsitzende Janez Drnovšek, der eine Koalition, bestehend aus LDS, Christdemokraten und Vereinigter Liste aushandelte.

Trotz großer Kritik am Wahlsystem von 1992, das auch Splitterparteien den Einzug in das Parlament ermöglichte, hielt man bei den Neuwahlen zur Staatsversammlung im November 1996 daran fest. Daher repräsentierte das

Parlament weiterhin ein breites parteipolitisches Spektrum, allerdings veränderten sich nun die Kräfteverhältnisse. Zwar behielten die Liberaldemokraten mit 25 Sitzen ihre Führungsposition, auf den zweiten Platz gelangte nun jedoch die Volkspartei mit 19 Sitzen, vor den erstarkten Sozialdemokraten (16 Sitze), den Christdemokraten (10), der ZLSD (9), DeSUS (5) und der Nationalpartei (4). Die Demokratische Partei war mittlerweile trotz ihrer großen Verdienste um die Unabhängigkeit zerbrochen, während den Grünen lediglich auf kommunaler Ebene nennenswerte Erfolge blieben.

Obwohl nun eine aus SLS, SDS und SKD gegen die "Systemparteien" LDS, DeSUS, ZLSD und SNS gebildete informelle Koalition das Amt des Ministerpräsidenten für ihren Kandidaten, den SLS-Präsidenten Marjan Podobnik beansprucht hatte, entschied sich Staatspräsident Kučan dafür, dem Parlament abermals den bisherigen Ministerpräsidenten vorzuschlagen. Tatsächlich erhielt Drnovšek nach turbulenter Sitzung mit einer Stimme Mehrheit die erforderliche Unterstützung. Nach langen und schwierigen Verhandlungen einigten sich LDS und SLS auf die Bildung einer Mitte-Links-Koalition, die auch von der Rentnerpartei und den beiden Vertretern der nationalen Minderheiten unterstützt wurde.

### **Neuere Entwicklungen: Der Regierungswechsel im Frühjahr 2000**

Damit war allerdings die Transformationsphase des Parteiensystems noch immer nicht abgeschlossen. Ein Blick auf die Entwicklungen in der Slowakei und in Ungarn zeigte, dass Parteifusionen ein erfolgversprechender Weg waren, die bislang zersplitterte Rechte an die Regierungsmacht zu führen. Als richtungweisend für eine Neugewichtung der politischen Kräfteverhältnisse zu Gunsten des rechten Lagers erwies sich daher auch in Slowenien der Zusammenschluss der Volkspartei und der Christlichdemokraten zur "(SLS+ SKD) Slowenischen Volkspartei" am 15. April 2000.<sup>13</sup>

Mit insgesamt 29 Mandaten bildete die SLS+SKD nach Fraktionsstärke nunmehr die bedeutendste politische Kraft im Parlament, was bei einer Zusammenarbeit mit den ebenfalls zur Rechten zählenden Sozialdemokraten die Chance bot, die amtierende Koalition unter Führung der Liberaldemokraten abzulösen. Vertragsgemäß zog die neu gegründete Partei Mitte April die SLS-Minister aus der Regierung zurück, womit dem verbliebenen Kabinett Drnovšek die Mehrheit im Parlament fehlte. Die "Frühlingsparteien" verständigten sich darauf, als "Koalition Slowenien" gemeinsam den Machtwechsel herbeizuführen. Ein Misstrauensantrag gegen den langjährigen Premier Drnovšek fand die Unterstützung von 55 der 90 Abgeordneten. Gemäß der Verfassung blieben 30 Tage Zeit, eine Parlamentsmehrheit für Andrej Bajuk, den SLS+SKD-Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten, zu gewinnen. Nun zeigte sich aber die mangelnde Planung des Wendemanövers: Für die Übernahme der Regierungsgeschäfte benötigte man über die insgesamt 44 Abgeordneten der Volkspartei und der Sozialdemokraten hinaus zwei zusätzliche Stimmen aus den Reihen der Parlamentarier. Diese fehlten jedoch in den ersten beiden Wahlgängen am 20. und am 26. April. Während bereits über die Ausschreibung von Neuwahlen – für die auch Staatspräsident Kučan plädierte – spekuliert wurde, gelang es Bajuk, im dritten und letztmöglichen Anlauf am 3. Mai doch noch die erforderliche Stimmenzahl auf sich zu vereinen. Bei dieser dritten Abstimmung hätte die relative Mehrheit der anwesenden Abgeordneten ausgereicht; überraschenderweise votierten aber sogar 46 Volksvertreter für Bajuk.<sup>14</sup>

Der designierte Ministerpräsident hatte nun zwei Wochen Zeit zur Kabinettsbildung. Wie von der Verfassung vorgeschrieben, mussten sich die Kandidaten für ein Ministeramt einer Anhörung in den zuständigen Ausschüssen des Staatsrates stellen, bevor für das gesamte Schattenkabinett eine Vertrauensabstimmung im Parlament stattfand.<sup>15</sup> Abermals zeigte sich, dass die neue Regierung nicht auf eine stabile Basis im

Parlament bauen konnte. So scheiterte die Ministerliste im ersten Anlauf, als es lediglich zu einer Pattsituation von 45 zu 45 Stimmen kam. Beim zweiten Wahlgang am 7. Juni kam die Mehrheit dadurch zustande, dass zwei ehemals den Fraktionen der Nationalpartei bzw. der Partei der Rentner angehörende Parlamentarierinnen nun ebenfalls für Bajuk und seine Regierungsmannschaft votierten.<sup>16</sup>

Durch die Annahme des neuen Kabinetts waren zumindest vorgezogene Neuwahlen vorerst abgewendet worden, viel mehr aber nicht gewonnen. Die neue Regierung, der erstmals keine KP-Nachfolgeparteien angehörten, konnte sich lediglich als Übergangskabinetts bis zu den Wahlen im Oktober verstehen. Die ihr angehörenden Parteien mussten bis dahin in eine günstige Ausgangsposition für den Urnengang gelangen. Inhaltliche Schwerpunkte setzte das Kabinetts in den Bereichen Verwaltungsumbau, Rechts- und Privatisierungsfragen sowie bei der beschleunigten Annäherung slowenischer Gesetze an die EU-Normen. Hierzu gehörten etwa 50 Vorhaben, die – mit Hilfe einer konstruktiven Haltung der Opposition – als “Europa-Gesetze” noch vor den Wahlen auf den Weg gebracht werden sollten.<sup>17</sup> Eine personelle Profilierung strebte man u.a. dadurch an, dass dem neuen Kabinetts neben sechs Ministern der Volkspartei und fünf der Sozialdemokraten auch fünf parteilose Experten angehörten. So signalisierte Bajuk durch die Nominierung eines ehemaligen Verfassungsrichters und einer Sonderstaatsanwältin Reformwillen im noch immer unzureichend erneuerten Justizbereich.<sup>18</sup> Kontinuität – nicht zuletzt in der Europapolitik – versprach die Besetzung des Außenministeriums durch den angesehenen früheren Ministerpräsidenten und ehemaligen Vorsitzenden der Christlichdemokraten, Lojze Peterle.

### Kein Ende der Turbulenzen

Im Gegensatz zu Peterle war der neue Ministerpräsident bis zu seiner Wahl einer breiteren Öffentlichkeit unbekannt geblieben. Der 56jährige Wirtschafts- und Bankfachmann

Bajuk hatte als Zweijähriger mit seiner Familie das Land verlassen, wuchs in Argentinien auf und studierte in den USA. Zuletzt war er Repräsentant der Interamerikanischen Entwicklungsbank in Paris.<sup>19</sup> Für den weltgewandten Auslandsslowenen sprachen nicht nur seine guten Kontakte zur westlichen Wirtschaft, sondern auch sein unverbraucht und offen wirkendes Auftreten, mit dem er besonders die große Zahl der Politikverdrossenen ansprach.<sup>20</sup> Als problematisch erwies sich andererseits seine familiäre Abstammung von “Domobranzen”, also “Heimwehrlern” oder “Schutzbündlern”, die im Zweiten Weltkrieg mit italienischen und deutschen Faschisten kollaborierten. So lebte mit dem Amtsantritt Bajuks eine Debatte über die nie aufgearbeitete Vergangenheit (einschließlich der Massaker an den von den Briten ausgelieferten Heimattreuen<sup>21</sup>) wieder auf, die aktuelle politische Fragen zu überlagern drohte. Ministerpräsident Bajuk, der stellvertretende Ministerpräsident und Verteidigungsminister Janez Janša sowie der Laibacher Erzbischof Franc Rode wurden wegen ihrer Domobranzen-Abstammung attackiert; das von Bajuk geführte Kabinetts von selbst ernannten “Antifaschisten” gar als “klerikal-revanchistisch” diffamiert.<sup>22</sup>

Als entscheidendes politisches Hindernis für die Stabilisierung der neuen Regierung erwies sich jedoch die seit längerem diskutierte Frage des Wahlrechts. Die Sozialdemokraten bestanden unter Androhung eines Wahlboykotts auf der Einführung des Mehrheitswahlrechts bereits zu den nächsten Parlamentswahlen, da man sich dadurch einen Vorteil gegenüber den Liberaldemokraten erhoffte. Sie konnten dabei auf ein vor vier Jahren durchgeführtes Referendum verweisen, in dem sich eine Mehrheit für die Einführung des Mehrheitswahlrechts ausgesprochen hatte. Das Verfassungsgericht hatte dieses Ergebnis 1998 trotz einer äußerst schwachen Abstimmungsbeteiligung bestätigt. Dagegen hielt die Volkspartei am bisherigen Verhältniswahlrecht fest. Mitte Juli stimmte ihre Fraktion im zuständigen Parlamentsausschuss gemeinsam mit den Liberaldemokraten und der Vereinigten Liste der Sozialdemokraten für den

Vorschlag, das Verhältniswahlrecht grundsätzlich beizubehalten, den Verfassungsartikel 80 aber dahingehend zu überarbeiten, dass die Hürde für die Zulassung von Parteien zum Parlament auf vier Prozent erhöht und nationale Parteilisten abgeschafft werden sollten.<sup>23</sup> Diese Vorlage fand wenig später auch die notwendige Zweidrittelmehrheit im Plenum. Für die Verfassungsänderung stimmte die Fraktion der Volkspartei zusammen mit den Abgeordneten der Opposition, während die Sozialdemokraten ebenso wie die SNS-Abgeordneten der Abstimmung fern blieben.<sup>24</sup> Dem Beschluss war bemerkenswerter Weise eine Regierungserklärung vorausgegangen, die den Straßburger Europarat um eine Prüfung ersuchte, ob Slowenien überhaupt ein gültiges Wahlrecht habe.<sup>25</sup>

Der Wahlrechtsstreit sollte weit reichende Folgen haben: Nicht nur der SDS-Vorsitzende Janša warf dem Koalitionspartner (zu Recht) den Bruch des Regierungsabkommens vor. Selbst Regierungschef Bajuk und Außenminister Peterle, beide immerhin Vizepräsidenten der SLS+SKD, kritisierten das Abstimmungsverhalten, legten aus Protest ihre Parteiämter nieder und gaben schließlich ihre Parteibücher zurück.<sup>26</sup> Bereits am 5./6. August gründeten sie eine neue Partei mit dem Namen "Neues Slowenien – Christliche Volkspartei" (NSKLS), der sich u.a. etwa 80 bisherige Mitglieder der Volkspartei anschlossen. Vorsitzender der neuen Gruppierung wurde erwartungsgemäß Bajuk, Stellvertreter Peterle.<sup>27</sup>

## Slowenien und die Europäische Union

Auch wenn die anhaltenden politischen Turbulenzen in Ljubljana am Bild des "Musterländles" kratzen, steht zehn Jahre nach der demokratischen Überwindung des Kommunismus das grundsätzlich positive Verdikt der EU-Kommission von 1998, dass Slowenien "über stabile Institutionen verfügt, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gewährleisten"<sup>28</sup>, sicherlich nicht in Frage. Da mit Ausnahme der

Nationalisten alle politischen Gruppierungen Sloweniens am Ziel des EU-Beitritts festhalten, konnte auch der für Erweiterungsfragen zuständige Kommissar Günter Verheugen bei seinem Treffen mit Vertretern der neuen Regierung im Juli Vermutungen widersprechen, die Kommission sei wegen des Regierungswechsels in Ljubljana konsterniert gewesen. In den Beitrittsverhandlungen habe es jedenfalls keine Unterbrechung gegeben.<sup>29</sup> Der Erweiterungskommissar bescheinigte den Slowenen sogar, sie befänden sich in der "besten Startposition" für den EU-Beitritt und versicherte seinen Gastgebern: "Ich zweifle nicht daran, dass Slowenien unter den ersten Ländern sein wird, die in die EU aufgenommen werden, vorausgesetzt, dass es mit der Strukturreform und der Gesetzangleichung an EU-Normen fortfährt und der politische Wille und Konsens im Lande nach den bevorstehenden Wahlen erhalten bleibt."<sup>30</sup>

Mindestens ebenso bemerkenswert wie diese klare Stellungnahme war das angesichts der innenpolitischen Probleme in Laibach überraschend anmutende Selbstbewusstsein, mit dem die neue slowenische Führung bei Verheugens Besuch auftrat. So beschwerte sich Ministerpräsident Bajuk über Beitrittsverzögerungen, für die man Slowenien nicht verantwortlich machen könne. Obwohl sein Land bald alle Aufnahmebedingungen erfüllen werde, rücke das Beitrittsdatum wegen der Probleme anderer Kandidaten – gemeint war insbesondere Polen – immer weiter in die Ferne. Außenminister Peterle wurde sogar mit dem Satz "Wir wollen keine Geiseln sein" zitiert, was ebenfalls die Forderung implizierte, von der bisherigen Planung abzurücken, nicht einzelne Länder, sondern eine Gruppe von etwa fünf Staaten in die Union aufzunehmen.<sup>31</sup> Zuvor hatte bereits Präsident Kučan als Ehrengast des Europäischen Parlaments in Straßburg vor einer Verzögerung bei der Erweiterung gewarnt und der EU überdies vorgeworfen, sie nehme Schwierigkeiten in anderen Kandidatenländern als Vorwand, ihre eigenen Reformen hinauszuzögern. Slowenien jedenfalls sei bereit, der Union Ende des Jahres 2002 beizutreten.<sup>32</sup>

Auch wenn der Tonfall nicht immer den diplomatischen Gepflogenheiten entspricht, ist das Drängen der Slowenen nur konsequent. Nachdem sie bislang keinen Erfolg mit ihrem Wunsch hatten, der NATO beizutreten, stellt der EU-Beitritt das wichtigste außenpolitische Ziel des Landes dar: "Für Slowenien bedeutet die Mitgliedschaft in der EU die Sicherung eines stabilen politischen und wirtschaftlichen Umfeldes, in dem eine allgemeine gesellschaftliche Entwicklung, eine größere nationale Sicherheit und ein neues Ansehen Sloweniens geschaffen werden."<sup>33</sup> Der entsprechende Beitrittsantrag wurde am 13. Juli 1992 gestellt, im Juni 1996 das Assoziierungsabkommen unterzeichnet und im März 1998 eine Beitrittspartnerschaft geschlossen. Im gleichen Monat wurde das erste staatliche Programm für die Übernahme der EU-Rechtsordnung vorbereitet, das im Februar 1999 durch ein neues Programm für den Zeitraum 1999 bis 2002 ersetzt wurde. Ende 2002 soll nach slowenischer Planung der Harmonisierungsprozess abgeschlossen sein.<sup>34</sup> Die bisher erzielten Fortschritte Sloweniens auf dem Weg in die EU sind in der Tat beachtlich, wie auch von der EU-Kommission in ihren Berichten bestätigt wurde.

### Politische Kriterien

Die Kommission der Europäischen Union wertete den politischen Transformationsprozess Sloweniens bislang grundsätzlich positiv. Allerdings gebe es bei den wegen der instabilen Koalitionsverhältnisse schleppend verlaufenden Parlamentsverfahren noch Handlungsbedarf. Auch im Bereich der Justiz, und hier besonders bei den lokalen Gerichten, verliefen die Verfahren noch zu schwerfällig. In der Frage der Eigentumsrechte von EU-Bürgern und beim Problem der Staatenlosen sei Slowenien zwar etwas vorangekommen, Schwierigkeiten gebe es aber noch bei der Eigentumsrückgabe an Personen, die während der kommunistischen Herrschaft enteignet wurden. So wurden bis Ende 1999 nur gut ein Drittel der von Alteigentümern beanspruchten Vermögenswerte, 34 Prozent des

Agrarlandes, rund 55 Prozent der Waldflächen, etwas mehr als die Hälfte der Unternehmen, 58 Prozent der Wohnungen und 63 Prozent der Geschäftsflächen zurückgegeben.<sup>35</sup> Dies ist auch im Vergleich mit anderen Reformstaaten eher wenig. Man muss sich andererseits vergegenwärtigen, was die EU hier im Sinne des Schutzes von Privateigentum verlangt. Immerhin handelt es sich bei einer geschätzten Gesamtsumme von fünf bis sechs Milliarden DM um ein Fünftel des slowenischen Volksvermögens, wobei dieses Eigentum in der früheren Form oft gar nicht mehr vorhanden ist.<sup>36</sup> Dennoch hatte das slowenische Parlament bereits im November 1991 mit klarer Mehrheit die Rückgabe in natura allen zwischen 1945 und 1963 verstaatlichten Eigentums beschlossen, sofern der Enteignete zum damaligen Zeitpunkt Staatsbürger Jugoslawiens war. Für Ausländer sollten Regelungen bilateraler Verträge gelten. Durch Sonderregelungen wurden auch die in Slowenien lebenden nationalen Minderheiten sowie die Kirchen und Glaubensgemeinschaften berücksichtigt. Die sich ändernden politischen Kräfteverhältnisse in Verbindung mit der schleppend verlaufenden Gerichts- und Verwaltungsreform hatten indes zur Folge, dass dieses zunächst vorbildliche Restitutionsgesetz nicht zu den intendierten Maßnahmen führte. Abhilfe soll nun das im März 1999 geschaffene Amt für Eigentumsrückgabe schaffen.

Wesentlich erfolgreicher zeigt sich Slowenien im Bereich der Menschenrechte und des Minderheitenschutzes. Eine besondere Relevanz hat nach den Kriegen, Massenhorden und Vertreibungen in Folge des Zerfalls Jugoslawiens selbstverständlich die Frage des Umgangs mit Minderheiten. Grundsätzlich besitzt die Alpenrepublik im Vergleich zu den übrigen Nachfolgestaaten Jugoslawiens eine ethnisch sehr homogene Bevölkerung. Rund 91 Prozent der Einwohner sind Slowenen, nur etwa sechs Prozent Kroaten, Serben und Bosnier. Dazu kommen kleine italienische, ungarische, deutschsprachige und Roma-Minderheiten.

Einen geradezu vorbildlichen Schutz räumt die Landesverfassung den etwa drei- bis fünftausend

Angehörigen der im slowenischen Küstenland bei Triest und Koper lebenden italienischen und der rund zehn- bis zwölftausend Personen umfassenden ungarischen Minderheit im Nordosten ein. Diesen seit Jahrhunderten in der Region lebenden autochthonen Volksgruppen werden explizit "alle Rechte aus der Verfassung der Republik Slowenien und den geltenden völkerrechtlichen Verträgen" gewährt.<sup>37</sup> Darüber hinaus gewährt Artikel 64 umfassende Sonderrechte. Dazu zählen die Vertretung der beiden Minderheiten in der Staatsversammlung und in den Verwaltungsorganen der lokalen Selbstverwaltung, das Recht auf eigenen muttersprachlichen Unterricht u.v.m.<sup>38</sup> Die weitreichenden Zugeständnisse trugen auch dazu bei, das in der Vergangenheit belastete Verhältnis zu Italien zu entspannen und eine Hürde auf dem Weg in die EU zu beseitigen. Immerhin waren ungeklärte Eigentums- und Minderheitenfragen im Hinterland von Triest verantwortlich dafür, dass Italien lange Zeit die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zwischen der Europäischen Union und Slowenien blockierte.

Auch die Roma werden in der Verfassung erwähnt, allerdings lediglich mit der Ankündigung "Die Rechtsstellung und die Sonderrechte der in Slowenien lebenden Gemeinschaft der Roma werden durch Gesetz geregelt."<sup>39</sup> Bis 1999 war dieses Gesetz noch nicht ausgearbeitet, was von der EU-Kommission in ihrem letzten Bericht kritisiert wurde. Dennoch wird der Schutz der etwa 6.000 bis 7.000 Roma in sektoralen Rechtsakten garantiert. So besitzen sie bspw. das Recht, ihre Interessen in den politischen Gremien der lokalen Selbstverwaltung zu vertreten.<sup>40</sup> Eine eigens eingerichtete Regierungskommission, der auch Vertreter von Roma-Organisationen angehören, bemüht sich darüber hinaus um Fördermaßnahmen für die Angehörigen der Minderheit. Als Erfolg eines speziellen Sonderprogramms wird die Zunahme des Kindergarten- und Schulbesuchs durch Roma-Kinder gewertet.<sup>41</sup>

Dass die slowenische Regierung mittlerweile auch eine deutschsprachige Minderheit aner-

kennt, kommt einer kleinen Sensation gleich. Die Existenz einer deutschen Volksgruppe war nämlich bisher stets geleugnet worden. Ein zwischen Ljubljana und Wien ausgehandeltes "Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kultur, der Bildung und der Wissenschaft" gestand 1999 jedoch auch "den Angehörigen der deutschsprachigen Volksgruppe die in Artikel 61 der slowenischen Verfassung enthaltenen Rechte".<sup>42</sup>

Der großzügige Umgang mit den genannten Minderheiten erklärt sich natürlich nicht zuletzt aus der Tatsache, dass von ihnen keine ernsthaften Bedrohungen für die Mehrheitsbevölkerung ausgehen. Im Gegenteil scheinen die Minoritäten angesichts ihres rudimentären Status nicht einmal die vorhandenen Möglichkeiten ausschöpfen zu können. Ein anderes Bild ergibt sich im Blick auf die insgesamt etwa 170.000 Kroaten, bosnische Muslime und Serben in Slowenien. Diesen Minderheiten gewährt der slowenische Staat keinen auch nur annähernd vergleichbaren Schutz. Gründe dafür liegen zum einen darin, dass diese Personengruppen weder geschlossene Volksgruppen bilden, noch traditionell in bestimmten Regionen leben. Zum anderen wäre es sicherlich nicht sonderlich klug gewesen, durch die Anerkennung einer serbischen Volksgruppe den eigenen Staat möglicherweise von innen zu destabilisieren und nach außen eine Angriffsfläche für die aggressive Politik des Belgrader Regimes zu bieten. Stattdessen ermöglichte Slowenien den im Land lebenden Angehörigen der anderen ex-jugoslawischen Völker eine rasche Annahme des slowenischen Bürgerrechts.<sup>43</sup>

## Wirtschaftliche Kriterien

Die Grundlagen für den Aufbau eines marktwirtschaftlichen Systems wurden bereits gelegt, als Slowenien noch in den jugoslawischen Staat eingebunden war. Mit einem Bevölkerungsanteil von nur acht Prozent hatte man rund ein Viertel des gesamten jugoslawischen Exports abgewickelt und 17 Prozent des Bruttosozialproduktes erwirtschaftet.<sup>44</sup> Aller-

dings verlor Slowenien mit dem Zerfall Jugoslawiens wichtige bisherige Absatzmärkte, während im neuen internationalen Wettbewerb schärfere Bedingungen herrschen, insbesondere was Qualitätsstandards betrifft. Entsprechende Transformationsprobleme äußerten sich zunächst in einem wachsenden Handelsbilanzdefizit, einem hohen Inflationsdruck sowie einer steigenden Arbeitslosenquote, vor allem unter der jungen Bevölkerung. So gab es nach der Unabhängigkeit bei einer Gesamtzahl von 850.000 arbeitsfähigen Menschen unter den zwei Millionen Einwohnern Sloweniens etwa 100.000 Arbeitslose.

Umso erfreulicher ist es, dass die Arbeitslosenquote in den letzten Jahren etwas gefallen ist, von 14,5 Prozent 1998 auf 13,6 Prozent 1999 und geschätzte 13,2 Prozent in diesem Jahr.<sup>45</sup> Umgekehrt wuchs das Bruttoinlandsprodukt 1998 um 3,9 Prozent, 1999 um 4,9 Prozent und 2000 vermutlich um 4,8 Prozent.<sup>46</sup> Das BIP pro Einwohner entspricht heute etwa 70 Prozent des EU-Durchschnitts, gemessen an Kaufkraftparitäten. Damit liegen die Slowenen zehn Prozentpunkte vor den nächstplatzierten Tschechen; unter den Beitrittsaspiranten präsentiert sich lediglich Zypern stärker. Bis zum Beitritt dürfte Slowenien sogar die EU-Mitglieder Griechenland und Portugal überholt haben.<sup>47</sup>

Enorme Erfolge verzeichnete Slowenien auch bei der Bekämpfung des Budgetdefizits, das Mitte 2000 bei unter einem Prozent (gemessen am Bruttoinlandsprodukt) lag, und zunächst auch bei der Inflationsbekämpfung. So fiel die durchschnittliche Inflationsrate von 21 Prozent 1994 auf 9,9 Prozent 1996 und 4,3 Prozent 1999.<sup>48</sup> Nach der Einführung der Mehrwertsteuer zum 1. Juli 1999 kletterte die Inflation wieder auf rund 9 Prozent.<sup>49</sup>

Besondere Beachtung verdient die Außenhandelsbilanz. Mit Ausnahme des Jahres 1995 verzeichnete die Leistungsbilanz zwischen 1992 und 1997 stets einen Überschuss, und auch 1998 war sie trotz der Asien- und der Russland-Krise noch ausgeglichen. Dagegen lag die Bilanz 1999 bei -3,0 (Saldo in % des BIP), 2000 bei

prognostizierten -1,2.<sup>50</sup> Negativeffekte ergeben sich hierbei aus den steigenden Lohnstückkosten, dem überproportionalen Anstieg der Löhne und Gehälter um zuletzt 3,3 Prozent sowie der sinkenden internationalen Wettbewerbsfähigkeit Sloweniens.<sup>51</sup> Heute wickelt das Land mehr als zwei Drittel des Handels mit der EU ab, vor allem mit Deutschland, hier vor allem mit Bayern, sowie mit Österreich und Italien.<sup>52</sup> Dabei finden sich unter den wichtigsten Exportgütern Maschinen und elektrische Geräte (22% der Gesamtausfuhren), Erzeugnisse des Fahrzeugbaus (16%) sowie Textilien (13%).<sup>53</sup>

Da insgesamt weitaus mehr Licht als Schatten auf die slowenische Wirtschaft fällt und das Land bereits zwei der vier Maastrichter Konvergenzkriterien erfüllt, fiel beispielsweise die Bilanz des monatlichen Konjunkturspiegels der renommierten Neuen Zürcher Zeitung Ende August 2000 sehr positiv aus: "Eine ausnehmend dynamische und stetige Entwicklung ist in Slowenien, dem vielleicht erfolgreichsten Transformationsland, zu beobachten. Sein Lebensstandard lässt sich bereits jetzt mit denen der schwächeren südeuropäischen EU-Länder messen." In der Tendenz ähnlich, aber politisch wichtiger ist die Stellungnahme der EU-Kommission: "Slowenien kann als funktionsfähige Marktwirtschaft eingestuft werden. Es dürfte in der Lage sein, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften in der Union mittelfristig standzuhalten, sofern die Strukturreformen weiter vorankommen."<sup>54</sup> Letztere betreffen insbesondere den Privatisierungs- und Deregulierungsprozess, wie auch Günther Verheugen bei seinem Besuch in Ljubljana unterstrich.<sup>55</sup>

## Die Angleichung an den Acquis

Das dritte im Europäischen Rat von Kopenhagen formulierte Beitrittskriterium verlangt von den Kandidaten die Fähigkeit, die aus einer EU-Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen zu übernehmen. Seit der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen im März 1998 nahm Slowenien an mehreren entsprechenden Verhandlungsrunden auf Ministerebene teil. Im Rahmen



dieser Verhandlungen wurden elf Kapitel vorläufig abgeschlossen (Gesellschaftsrecht, Fischerei, Wirtschafts- und Währungsunion, Statistik, Industriepolitik, Kleine und mittlere Unternehmen, Wissenschaft und Forschung, Bildung und Ausbildung, Telekommunikation, Verbraucher- und Gesundheitsschutz, Außen- und Sicherheitspolitik). Eröffnet wurden die Kapitel Freier Warenverkehr, Freier Personenverkehr, Freier Dienstleistungsverkehr, Freier Kapitalverkehr, Wettbewerbspolitik, Verkehr, Steuern, Sozial- und Beschäftigungspolitik, Energie, Kultur/Audiovisuelles, Regionalpolitik, Umwelt, Justiz/Inneres, Zollunion, Außenbeziehungen und Haushalt. Das Kapitel Finanzkontrolle soll beim Luxemburger Gipfel abgeschlossen, das Kapitel Landwirtschaft zum selben Zeitpunkt eröffnet werden.<sup>56</sup>

Während die Landwirtschaft in einigen Ländern das Haupthindernis für einen EU-Beitritt bildet, können die Slowenen den entsprechenden Verhandlungen relativ zuversichtlich entgegen sehen. Auf die Landwirtschaft entfallen in Slowenien weniger als 4 Prozent des BIP bei 5,6 Prozent aller Erwerbstätigen. Im Durchschnitt der Jahre 1996 bis 1998 lag die Wertschöpfung je Arbeitnehmer in der Landwirtschaft bei 6.116 Dollar, womit Sloweniens Landwirtschaft unter Produktivitätsaspekten mit weitem Abstand an der Spitze der Beitrittskandidaten steht. Zum Vergleich: Ungarn kommt auf 4.770 Dollar, Estland auf 3.519 Dollar und Polen gerade mal auf 1.752 Dollar.<sup>57</sup> Im Gegensatz zu den EU-Gepflogenheiten wurde die slowenische Landwirtschaft nur geringfügig subventioniert. Bei der Integration Sloweniens dürften daher trotz geringer Fortschritte bei der Strukturreform und bei der Anpassung an den verstärkten Wettbewerb keine nennenswerten Mehrbelastungen im Bereich des Agrarmarktes anfallen.

In anderen noch offenen Kapiteln ergibt sich ein ambivalentes Bild. Positive Entwicklungen bescheinigte die EU-Kommission beispielsweise bei der Schaffung von Rahmenvorschriften für den freien Warenverkehr, bei der Liberalisierung des Kapitalverkehrs sowie des Banken- und Wertpapiersektors. Auch im Bereich Justiz und

Inneres, wo Ausländer- und Asylgesetze verabschiedet und Maßnahmen zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Korruption ergriffen wurden, seien Fortschritte erzielt worden. Im Bereich Beschäftigung und Soziales entsprächen viele Rechtsvorschriften bereits dem Besitzstand. Ebenso wurden die Maßnahmen im Umweltbereich begrüßt. Im Bereich der Energiepolitik fällt die Kritik der EU-Kommission am Sicherheitsstandard des formell gemeinsam mit Kroatien betriebenen slowenischen Kernkraftwerks Krško im Vergleich zu Tschechien, Bulgarien oder Litauen verhalten aus. Man geht – trotz österreichischer Bedenken<sup>58</sup> – vielmehr davon aus, dass Slowenien keine größeren Probleme haben dürfte, die Euratom-Vorschriften zu erfüllen. Im Verkehrssektor sind nicht nur die Rechtsangleichung und die Integration auf gutem Wege. Wer seinen Sommerurlaub in Slowenien verbracht hat, wird auch bestätigen können, dass das Land seine Verkehrsinfrastruktur mit einem großen Straßenbauprogramm und der Modernisierung der Eisenbahn wesentlich verbessert hat. In der Außen- und Sicherheitspolitik orientiert sich Ljubljana schon jetzt an der Haltung der Union, weshalb man auch im Kosovo-Krieg uneingeschränkt die Haltung der EU und der NATO unterstützte. Probleme gibt es hier aktuell allenfalls mit der neuen österreichischen Regierung in der Frage, inwieweit die 1943 und 1944 erlassenen Dekrete des “Antifaschistischen Rates zur Volksbefreiung Jugoslawiens” Relevanz für das heutige Rechtssystem Sloweniens haben.<sup>59</sup>

Dagegen bestehe noch erheblicher Handlungsbedarf bei der Reform der öffentlichen Verwaltung, in welcher die personelle Besetzung, der Ausbildungsstand und die Ausstattung bestimmter Verwaltungsstellen und Institutionen noch nicht den Erwartungen genügen. Auch im Bereich der Justiz reichten die eingeleiteten Maßnahmen zur Behebung des Mangels an qualifiziertem Personal noch nicht aus. Eine effiziente Verwaltung und eine ebenso effiziente Justiz sind aber Voraussetzung, um die

administrative Umsetzung des gemeinsamen Besitzstandes zu gewährleisten.

## Fazit

Wer in den Kriegstagen des Jahres 1991 das Maß an Sicherheit, Stabilität und Wohlstand vorausgesagt hätte, das die Slowenen zur Jahrhundertwende erreichten, wäre wohl als Phantast bezeichnet worden. In mancherlei Hinsicht trifft das Etikett des "Musterländles" unter den mitteleuropäischen Beitrittskandidaten der Europäischen Union tatsächlich zu. Die Wirtschaftsdaten zeugen von einer insgesamt erfolgreichen Transformation und geben Grund zur Hoffnung, dass die Alpenrepublik in einem absehbaren Zeitraum auch in der Europäischen Union mithalten kann. Zudem ist die Rechtsangleichung im Großen und Ganzen schon weit fortgeschritten. Wenn es Grund zur Sorge angesichts der Entwicklungen in Slowenien gibt, dann am ehesten im Hinblick auf die politischen Geschehnisse. Zwar scheinen die Institutionen gefestigt; was bei einem Teil der politischen Elite allerdings noch immer fehlt, ist eine demokratische politische Kultur, die persönliche oder parteipolitische Machtgelüste hinter das Gemeinwohl zurückstellt. Damit unterscheidet sich Slowenien aber nicht sonderlich von Staaten mit längerer Demokratieerfahrung, weshalb es etwas scheinheilig anmutet, hier den mahnenden Zeigefinger zu heben. Ohnehin ist davon auszugehen, dass sich auch nach den anstehenden Wahlen unabhängig von der Zusammensetzung der neuen Regierung nichts Wesentliches an der slowenischen Europapolitik ändern wird, da alle relevanten Parteien konstruktiv proeuropäisch agieren. Vielmehr ist in den kommenden Monaten eine wesentliche innenpolitische Weichenstellung zu erwarten, von deren Ergebnissen es allerdings abhängen wird, inwieweit dem Transformationsprozess ein nachhaltiger Erfolg beschieden ist.

<sup>1</sup> Die Übertragung der ursprünglich für das deutsche Bundesland Baden-Württemberg kreierten Bezeichnung "Musterlände" auf Slowenien

wurde bereits zu jugoslawischen Zeiten vorgenommen. Vgl. z.B. Gustav Chalupa, *Unbekannter Nachbar Jugoslawien*. Aarau 1989, S. 110.

- <sup>2</sup> D. Schultse/I. Gawin, "Destination in Balkannähe", in: *die tageszeitung* vom 20./21.11.1999.
- <sup>3</sup> So Botschafter Alfonz Naberžnik bei seinem Besuch im Gesamteuropäischen Studienwerk e.V. Vlotho am 27.1.2000. Nicht ganz unschuldig an den mangelnden Kenntnissen der Entwicklungen in Slowenien sind die Medien. Eine regelmäßige Berichterstattung findet man in der Bundesrepublik lediglich in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und in der Süddeutschen Zeitung. Ähnlich wertvoll für den an Slowenien Interessierten ist die Neue Zürcher Zeitung.
- <sup>4</sup> Alexander Hahn, "Ein Staat, aber kein Staatsbewusstsein", in: *Süddeutsche Zeitung* vom 6.7.2000.
- <sup>5</sup> Vgl. ebd.
- <sup>6</sup> Vgl. z.B. Chalupa (1989), S. 110; Karel Natek et al., *Entdecken Sie Slowenien*. Ljubljana 1997, S. 19 f.; Dorothea Gräfin Razumovsky, *Chaos Jugoslawien. Historische Ursachen, Hintergründe, Perspektiven*. München 1991, S. 14 ff.
- <sup>7</sup> Vgl. Chalupa (1989), S. 114; Natek (1997), S. 28.
- <sup>8</sup> Vgl. Hans-Dietrich Genscher, *Erinnerungen*. Berlin 1995, S. 931.
- <sup>9</sup> Ebd., S. 965.
- <sup>10</sup> Janez Drnovšek, *Der Jugoslawien-Krieg. Meine Wahrheit*. Kilchberg/Zürich 1998.
- <sup>11</sup> Vgl. Razumovsky (1991), S. 157 f.
- <sup>12</sup> Vgl. Herwig Roggemann (Hrsg.), *Die Verfassungen Mittel- und Osteuropas. Einführung und Verfassungstexte mit Übersichten und Schaubildern*. Berlin 1999, S. 253 ff., S. 899 ff.
- <sup>13</sup> Vgl. "Zusammenschluss auf der Rechten in Slowenien", in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 17.4.2000.
- <sup>14</sup> Vgl. "Neuwahlen in Slowenien vorerst vermieden", in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 4.5.2000.
- <sup>15</sup> Vgl. ebd.
- <sup>16</sup> Vgl. "Die Regierungskrise in Slowenien beigelegt", in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 8.6.2000; Sascha Petelin, "Eine neue Regierung von kurzer Lebensdauer", in: *Süddeutsche Zeitung* vom 6.7.2000. Falls der Liste erneut das Vertrauen versagt worden wäre, hätte Bajuk eine dritte Runde fordern und über jeden einzelnen Kandidaten abstimmen lassen können. Bei einem positiven Ergebnis für zwei Drittel der designierten Minister hätte das Vertrauen als gewährleistet gegolten. Für die abgelehnten Kandidaten wären Ersatzleute zu benennen gewesen oder die entsprechenden Ressorts hätten von anderen Ministern geführt werden müssen. Vgl. "Schach-

- züge in Sloweniens Regierungskrise”, in: Neue Zürcher Zeitung vom 3./4.6.2000.
- <sup>17</sup> Vgl. Reinhard Olt, “Politische Wirren in Slowenien”, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.7.2000.
- <sup>18</sup> Vgl. ders., “Ein politischer Umschwung in Slowenien”, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.5.2000.
- <sup>19</sup> Vgl. Bernhard Küppers, “Regieren aus dem Koffer”, in: Süddeutsche Zeitung vom 13.7.2000.
- <sup>20</sup> Vgl. ebd.
- <sup>21</sup> Vgl. Ingomar Pust, Titostern über Kärnten. Klagenfurt 1984.
- <sup>22</sup> Vgl. Reinhard Olt, “Die dunkle Seite des Mondes”, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.7.2000; Bernd Posselt, “Kulturkampf unter dem Zwiebelturm”, in: Bayernkurier vom 5.8.2000; Bernhard Küppers, “Regieren aus dem Koffer”, in: Süddeutsche Zeitung vom 13.7.2000.
- <sup>23</sup> Vgl. “Streit unter Sloweniens Koalitionspartnern”, in: Neue Zürcher Zeitung vom 17.7.2000; “Bajuk: Keine Regierungskrise”, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.7.2000, dort auch eine mögliche Erklärung für das Abstimmungsverhalten der Volkspartei: “Für den Schwenk der SLS+SKD in der Wahlrechtsfrage dürfte neben anderem nicht unerheblich gewesen sein, dass die 16 SDS-Abgeordneten – angeblich auf Anweisung Janšas – im Parlament nicht für die von Präsident Kučan vorgeschlagene Wiederwahl des Ombudsmanns Ivan Bizjak gestimmt hatten, der dadurch die notwendige Zweidrittel-Mehrheit verfehlte. Dies wiederum dürfte, was der Parteivorsitzende Zagožen mit den Worten rügte, “Auf diese Weise kann man nicht zusammenarbeiten”, auf das “Begleichen einer offenen Rechnung zwischen Janša und Bizjak zurückzuführen sein.”
- <sup>24</sup> Vgl. Reinhard Olt, “Politische Wirren in Slowenien”, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31.7.2000.
- <sup>25</sup> Vgl. “Streit unter Sloweniens Koalitionspartnern”, in: Neue Zürcher Zeitung vom 17.7.2000.
- <sup>26</sup> Vgl. “Entzweiung in Sloweniens Regierungskoalition”, in: Neue Zürcher Zeitung vom 27.7.2000.
- <sup>27</sup> Vgl. “Bajuk gründet eine neue Partei”, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7.8.2000.
- <sup>28</sup> Regelmäßiger Bericht der Kommission über Sloweniens Fortschritte auf dem Weg zum Beitritt 1999, S. 16.
- <sup>29</sup> Vgl. “Slowenien in bester Startposition”, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.7.2000.
- <sup>30</sup> Ebd.
- <sup>31</sup> Vgl. “Trödelei im Osten”, in: Der Spiegel 30/2000, S. 130.
- <sup>32</sup> Vgl. Hartmut Hausmann, “Kučan warnt vor weiteren Verzögerungen”, in: Das Parlament vom 26.5./2.6.2000.
- <sup>33</sup> Stand der Vorbereitungen Sloweniens auf den EU-Beitritt. Papier der Slowenischen Botschaft in der Bundesrepublik (1999), S.3. Vgl. auch Deutsch-Slowenische Gesellschaft NRW, Slowenien in Europa. 1999/1, S. 9-25.
- <sup>34</sup> Vgl. ebd., S. 1.
- <sup>35</sup> Vgl. Bericht der EU-Kommission 1999, S. 20; “Verwischte innenpolitische Fronten in Slowenien”, in: Neue Zürcher Zeitung vom 19.11.1999.
- <sup>36</sup> Vgl. Klaus Bender, “Ringeln um enteignete Vermögen”, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.2.1999.
- <sup>37</sup> Art. III der Verfassung, zit. nach Roggemann (1999), S. 900.
- <sup>38</sup> Art. 64 der Verfassung, zit. nach Roggemann (1999), S. 912 f. vgl. “Sloweniens gut behandelte kleine Minderheiten”, in: Neue Zürcher Zeitung vom 28.7.1999.
- <sup>39</sup> Art. 65 der Verfassung, zit. nach Roggemann (1999), S. 913.
- <sup>40</sup> Vgl. Bericht der EU-Kommission 1999, S. 22 f.
- <sup>41</sup> Vgl. ebd., S. 23.
- <sup>42</sup> Vgl. Reinhard Olt, “Laibach erkennt die Existenz einer deutschen Volksgruppe an”, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 12.2.1999.
- <sup>43</sup> Vgl. “Sloweniens gut behandelte kleine Minderheiten”, in: Neue Zürcher Zeitung vom 28.7.1999.
- <sup>44</sup> Vgl. Razumovsky (1991), S. 158.
- <sup>45</sup> Vgl. “Ausgewählte Konjunkturdaten aus Mittel- und Osteuropa”, in: Neue Zürcher Zeitung vom 30.8.2000.
- <sup>46</sup> Reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Vgl. ebd.
- <sup>47</sup> Vgl. Reinhard Olt, “Selbstdemontage in Slowenien”, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9.8.2000.
- <sup>48</sup> Vgl. Bericht der EU-Kommission 1999, S. 25.
- <sup>49</sup> Vgl. Reinhard Olt, “Selbstdemontage in Slowenien”, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9.8.2000.
- <sup>50</sup> Vgl. “Ausgewählte Konjunkturdaten aus Mittel- und Osteuropa”, in: Neue Zürcher Zeitung vom 30.8.2000.
- <sup>51</sup> Vgl. “Die europäische Integration beflügelt Sloweniens Börse”, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3.2.1999; Alexander Hahn, “Das Erbe der Planwirtschaft”, in: Süddeutsche Zeitung vom 6.7.2000.

- <sup>52</sup> Vgl. Bericht der EU-Kommission 1999, S. 33; Auskunft Botschafter Alfonz Naberžnik bei seinem Besuch im GESW am 27.1.2000.
- <sup>53</sup> Vgl. ebd., S. 8 f.
- <sup>54</sup> Vgl. Bericht der EU-Kommission 1999, S. 34.
- <sup>55</sup> Vgl. „Slowenien in bester Startposition“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.7.2000.
- <sup>56</sup> Vgl. „Die Beitrittsverhandlungen mit den zwölf Kandidaten“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung

vom 14.6.2000 (Achtung: Auch hier wurde Slowenien mit der Slowakei verwechselt).

- <sup>57</sup> Angaben nach: Der Spiegel 30/2000, S. 130.
- <sup>58</sup> Vgl. Reinhard Olt, „Nur Vorwand für eine Verzögerung des EU-Beitritts?“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 7.9.2000.
- <sup>59</sup> Vgl. „Mit einem Bein im alten Regime“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5.9.2000.

*Wolfgang Döbber*

### **Lächelnde Zeitgenossen und vergrabene Seelen: Die deutsche Einheit und der Alltag in der DDR im Spielfilm – eine Bilanz zehn Jahre nach der Wende.**

Der deutsche Spielfilm zeigt endlich mal wieder Mut und Köpfechen. Junge Regisseure entdecken im Jahr 2000 wieder die Liebe zum multi-ethnischen Hintergrund, die streitbare Wirklichkeit des Migranten-Milieus ist Hintergrund neuester Produktionen „Made in Germany“. Was Fatih Akin 1997 mit seinem trinationalen Gangsterstück „Kurz und schmerzlos“ andachte, setzen seine Regie-Kollegen nun munter fort. Lars Becker thematisiert mit „Kanak Attack!“ genau wie Roland Suso Richter mit „Eine Handvoll Gras“ jene Situation, die momentan so intensiv in Deutschland diskutiert wird: Wie ausländerfeindlich ist Deutschland, wie ist es um die innere Balance der hier lebenden Ausländer bestellt und wie viel Zivilcourage zeigen die Bundesbürger, wenn Übergriffe auf Ausländer stattfinden? Neben dieser Entwicklung ist die untergegangene DDR wieder verstärkt in den Mittelpunkt von Spielfilmen gerückt. Lange Zeit ein Stiefkind, das kein(e) Filmemacher(in) anpacken mochte, kamen 1999 gleich fünf Produktionen ins Kino, die sich mit der DDR oder den mittelbaren und unmittelbaren Folgen der Vereinigung beschäftigten. So unterschiedlich diese fünf Filme auch sein mögen, sie sind für die Qualität des deutschen Filmschaffens eminent wichtig, überragen die meist substanzlosen Wendezeit-Komödien wie „Go, Trabi, Go“ (1991) und „Das war der wilde Osten“ (1992) um Längen: „Wege in die Nacht“ von Andreas

Kleinert, „Sonnenallee“ von Leander Haußmann, „Helden wie wir“ von Sebastian Peterson, „Die Unberührbare“ von Oskar Roehler und „Heimspiel“ von Pepe Danquart.

Wichtige Auszeichnungen und Kritiker-Lob von allen Seiten folgten reichlich. Der deutsche Filmpreis 2000 belohnte den eindringlichen Film „Die Unberührbare“ mit dem Filmband in Gold, in Cannes lief „Wege in die Nacht“ in einer Nebensektion, ein Achtungserfolg für den deutschen Film. „Sonnenallee“ räumte an der Kasse gut ab, nahezu 2 Millionen Besucher lösten für Haußmanns Mauerspaß eine Karte – die meisten Karten wurden übrigens in den „neuen“ Bundesländern verkauft. Konnten sich da viele mit den im Film gezeigten jugendlichen Figuren identifizieren oder kam ganz einfach der saloppe Tonfall des Alltags in der DDR, wie ihn der Autor Thomas Brussig sah, so gut an?

Weitaus differenzierter, mithin ungleich erfolgloser an der Kasse, näherte sich der 27jährige Regisseur Sebastian Peterson dem Phänomen DDR: Sein beachtlicher Debütfilm „Helden wie wir“ kann als Zitatensammlung über die realsozialistische Republik gelesen werden, mixt Dokumentarfilmmaterial mit Super-8-Aufnahmen und der Rahmenhandlung des etwas naiven, tumben Bürgers: Ein junger Mann, der mit seinem Penis den Sturz der Mauer erst ermöglichte. Soviel zu den grotesken Pfaden des mutigen Films.

Doch zunächst entstanden unmittelbar nach der Wende amüsante Filme, in denen sowohl Ost- wie auch Westdeutsche ihr Fett abkriegen. Kommerziell trafen diese Filme wohl den Nerv der Zeit und den Geschmack des Publikums, wie die Mauerfallkomödie „Go, Trabi, Go“ (1990) bewies. Der Film von Peter Timm, seit „Manta, Manta“ salopp auf Kultthemen spezialisiert, erreichte 1,5 Millionen Besucher in Deutschland und landete in der Jahreshitliste immerhin auf Platz drei. Der beliebte Schauspieler Wolfgang Stumph sächselte sich als Deutschlehrer durch den sonnigen Süden Europas. Als DDR-Requisite schaffte es auch der Trabi „Schorsch“ mit über den Brenner.

Die Haltung des Films ist so hübsch, wie sein Erzählstil anekdotisch angelegt ist – lächelnde Zeitgenossen entsprachen dem zeitweiligen nationalen Rausch, der von großen Teilen der Boulevardpresse angefeuert wurde. Das Motto des Films: Es wird schon alles gut gehen. Die Probleme können später angepackt, die Kosten der Einheit später bezahlt werden. Italien, des Deutschen liebstes Urlaubsziel, wird zum wahr gewordenen Traum, und auch der Trabi überlebt die Fahrt durch den Süden wacker. Knallbunt kehrt er heim – deutliches Bild der neuen Zeiten: Umgebaut, ein wenig schrill, leutselig.

Zwei Jahre später war die Freiheit schon reichlich angekratzt, der ehrlich-naive Grundton des ersten „Trabi“-Films ließ sich kaum wiederholen. 1992 hieß es „Das war der wilde Osten“ (Regie: Wolfgang Büld und Reinhard Klooss), die Italien-Urlauber müssen nun mit ansehen, wie daheim in Bitterfeld gerade das idyllische Heim in die Luft gejagt wird. Überdeutlich und hörbar: Die gesamtdeutsche Sanierungswut räumt auf, Spekulationsopfer werden kurzzeitig zum neuen Thema auf der Leinwand. 1994 erinnerte Peter Welz mit dem frechen Rebellinnen-Film „Burning Life“ (mit Maria Schrader und Anna Thalbach) an verödete Landstriche und das Spekulationsgebahren finanzstarker Investoren.

Ein engagierter, gesamtdeutsche Jahrzehnte übergreifender Film war Margarethe von Trottas

„Das Versprechen“ aus dem Jahr 1995. Von Trotta wagte den großen Spagat und zeigte das geteilte und wiedervereinigte Deutschland. Leitmotivisch arbeitete von Trotta das Thema der Entfremdung heraus: Nach dem Mauerfall zeigt „Das Versprechen“ ein Liebespaar, das 30 Jahre getrennt gelebt hat und sich dabei durch die unterschiedlichen Systeme entfremdet hat. Der Film arbeitet diesen Prozess mit unspektakulären und leisen Gesten heraus, Körpersprache verrät bisweilen mehr als ein gutgemeinter Monolog oder Dialog. Kritik wurde dennoch laut, die Presse warf dem deutsch-deutschen Projekt eine gewisse Tendenz vor. Im Westen sei alles recht problemlos, die DDR definiere sich hingegen über das Spitzelsystem der Staatssicherheit und der Unterdrückung. Das Publikum honorierte das Werk über die „vergrabenen Seelen“ dürftig, keine halbe Million Besucher strömte ins Kino.

Ganz anders der Ton bei der Komödie „Sonnenallee“ von Leander Haußmann. Schon anfangs spricht eine junge Stimme das aus, was der Film auf eine saloppe und unverkrampfte, gleichwohl arglose Art und Weise ausformuliert: Die ganze Geschichte der DDR „war eine ebenso böse wie lächerliche deutsche Klamotte“. Das Alltagsleben in der DDR wird als muffiges Museumsleben skizziert, da darf der „Mufuti“ (Multifunktionstisch) ausgezogen werden, der überhebliche Blick der Westdeutschen von der Plattform auf das kürzere Ende der „Sonnenallee“ im Osten ist dem Blick auf Tiere im Zoo nicht unähnlich. Staunen und Witzeln über ein Gehege namens DDR. Viele ostdeutsche Rezensenten mochten diese Zuspitzungen und Simplifizierungen überhaupt nicht und bemängelten den klischeereichen Tonfall des Films, auch das Mitwirken des schnoddrigen Co-Produzenten Detlev Buck als Staatsvertreter mit norddeutschem Akzent diente nicht gerade der Authentizität.

Da arbeitete der Film „Helden wie wir“ schon differenzierter und bemühte sich dank Dokumentaraufnahmen um „echte“ Bilder aus Honeckers Staat. Ein gemeinsamer Nenner von „Sonnenallee“ und „Helden wie wir“ läßt sich dann doch noch bilanzieren. Ostdeutsche

Helden, ob jung oder alt, werden durchweg sympathisch, ehrlich dargestellt. Das Motiv des unbeschriebenen Blattes schimmert bisweilen durch diese Charakterisierungen.

Ein künstlerisch beeindruckender Film über die psychische Labilität und Zerrissenheit der Gisela Elsner, die unkritisch (oder naiv) die DDR liebte und an dem „Wie“ der Deutschen Einheit 1990 und an vielen prägnant angedeuteten Enttäuschungen und zerplatzten Träumen zerbrach, gelang Oskar Roehler mit „Die Unberührbare“. Roehlers Film ist zunächst ein genau abgestecktes Schwarz-Weiß-Drama über die letzten Monate im Leben der Schriftstellerin Gisela Elsner (Hannelore Elsner), die mit der deutschen Einheit ihrer Illusionen und ihrer geistigen Hinwendung zum „realen Sozialismus“ beraubt wird. Der Blick des Regisseurs Oskar Roehler auf die heruntergewirtschaftete Plattenbau-Wohnung nahe der DDR-Hauptstadt und der dort lebenden Gisela Elsner verdichtet sich zu einer mutigen Skizzierung der dort lebenden „einfachen“ Menschen, zu denen die Intellektuelle Gisela Elsner einfach keinen Zugang findet. „Die Unberührbare“ ist ein bewegender Film, weil er mit einer kritischen Distanz die Lebensverhältnisse in der DDR aufarbeitet und die Zerrissenheit seiner Hauptfigur nie an billige Effekte verkauft.

Bei allen unterschiedlichen ästhetischen und formalen Mitteln, mit denen die angesprochenen Filmemacher ihr Thema umzusetzen suchten, bleibt die Erkenntnis, dass es durchaus gelungen ist, Lebenswelten in Ost und West in der Zeit kurz vor oder nach der Einheit nachzuspüren und kritisch oder ironisch zu hinterfragen. Der nicht zu leugnende Unterhaltungs- und Spaßfaktor kommt zwar bei einigen Werken zum Vorschein und hat dem Film „Sonnenallee“ auch reichlich Kritik eingebracht, doch das Panorama der gesamtdeutschen Befindlichkeiten kann sich durchaus sehen lassen. Besser als sein, bei großen Teilen der Jugend vorherrschender Ruf ist dieses deutsche Kino allemal.

## Neue Tendenzen im russischen Kino

Das achte Petersburger Filmfestival präsentierte einige Hoffnungszeichen am russischen Filmhimmel, doch konnte es die Krise im gegenwärtigen osteuropäischen Kino nicht leugnen. Immer wieder kündeten Filme von einem Rückfall in längst überholt geglaubte Zeiten, da fließt das Blut auf der Leinwand wie in den übelsten Splatter- und Horrorfilmen aus den Siebziger- und Achtzigerjahren. So enttäuschte auch der Film von Dmitri Swetsarow, „Die 14 Farben des Regenbogens“, ein Schwall aus Blut und Vergewaltigung, ein undurchdachtes und hektisch inszeniertes Stück Gesellschaftskritik, das sich an den Bildern berauschte, anstatt nach den Motiven der Taten zu fragen oder sie wenigstens ansatzweise zu durchdringen. Lediglich das streng komponierte Psychodrama „Ihr eigener Schatten“ von Olga Narutskaja konnte ansatzweise gefallen. Sie setzte Farben für die Erinnerung und Schwarz-Weiß für die Gegenwart ein.

Auch auf dem 11. Filmfestival von Sotschi gab es neue Entwicklungen im russischen Kino zu begutachten. Doch erlaubt die Zahl von 25 neuen Spielfilmen gegenwärtig keine Jubelszenarien, zu Sowjetzeiten entstanden immerhin 150 Produktionen, Anfang der Neunzigerjahre steigerte sich die Zahl kurzfristig auf das Doppelte. Teilweise erreichten diese Filme, oftmals experimenteller Natur, mit nur einer Kopie die Leinwand, der finanzielle Misserfolg war somit vorprogrammiert. Die Folgen für das junge russische Kino der frühen Neunziger waren absehbar: Private Investoren zogen mangels erhoffter Profite ihre Unterstützung zurück, der Film hängt somit wieder am staatlichen Tropf. Die Chancen für junge Regisseure, sich zu profilieren, gegen somit weiter zurück, kein Wunder, dass in Sotschi wieder Regisseure der mittleren und älteren Generation dominierten.

Wo bleiben die bekannten, renommierten Filmemacher? Elem Klimow („Komm und sieh“, 1991) hat zur Zeit keine Filmstimme mehr, der letzte große Film von Marlen Chuziew, „Infinitas“, entstand 1991. Alexei German

brauchte nach seinem 1984 entstandenen „Mein Freund Iwan Lapschin“ beinahe eineinhalb Jahrzehnte, bis er seinen letzten Film „Chrystaljow, meinen Wagen!“ inszenierte. Der Komödientopstar Eldar Rjasanow meldete sich mit dem Film „Vier alte Gäule“ zurück, ein vom Media-Most-Konzern unterstützter Film. Rjasanows von der Presse viel gelobte Slapstick-Komödie handelt von einem zu Sowjetzeiten sehr erfolgreichen Gesangsquartett, das sich nun mit der Mafia auseinandersetzen muss – genug Raum, um ironische Seitenhiebe auf die mafiotische Struktur und allgegenwärtige Korruption in Russland abzufeuern.

Eine weitere Komödie stellte die Geschichte eines alten Seebären in den Mittelpunkt: „Fortune“ von Georgi Danelia. Der tragikomische, unfreiwillig symbolische Aspekt des Films liegt eher in dem Schicksal des gesun-

kenen Atom-U-Bootes „Kursk“ begründet. „Fortune“ erzählt davon, wie ein schrottreifer Frachtkahn über die Flüsse schippert. Die noch aktuellen Bilder der im Nordmeer dahinsiechenden und ausgemusterten U-Boote, einstiger Stolz des Sowjet-Imperiums, schieben sich unweigerlich ins Gedächtnis, wenn man „Fortune“ gesehen hat. Es ist bedauerlich, dass die russische Filmkunst momentan eher im künstlerischen Mittelmaß anzusiedeln ist. Die an amerikanische Gewaltorgien orientierten Filme dokumentieren dies überdeutlich. Die junge Generation, die vielleicht einmal in die Fußstapfen eines Elem Klimow treten wird, ist noch nicht erkennbar. Freilich, die gegenwärtigen finanziellen Probleme der Filmindustrie in Russland sind wahrlich keine Empfehlung für junge Filmemacher und Filmemacherinnen.

## O-Ton: Bulgarien

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

unter der Überschrift „O-Ton“ wollen wir beginnend mit dem Beitrag von Frau Teneva eine neue Reihe ins Leben rufen, in der wir denjenigen ein Forum bieten, die von den Veränderungen in Mittel- und Osteuropa direkt betroffen sind. Zum einen möchten wir dadurch unsere wissenschaftlichen Analysen sinnvoll ergänzen, zum anderen könnten die kurzen Texte auch als Diskussionsgrundlage für den schulischen und außerschulischen Unterricht dienen.

*Jana Teneva*

### Bulgarien auf dem Weg in eine bessere Zukunft

Zdraweite! Mein Name ist Jana Teneva. Ich bin zwanzig Jahre alt und studiere BWL in Sofia. Ich versuche im Folgenden, kurz über die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation in meiner Heimat zu berichten.

Ich war zehn Jahre alt, als die Wende kam. Ich erinnere mich immer noch an den Enthusiasmus und die Aufregung der Bulgaren nach dem 10.11.1989, sowie auch an die langen Schlangen

für Milch, Käse und Wurst vor den Läden im Winter um 4 oder 5 Uhr morgens.

Heute, fast elf Jahre später, ist die Frage, die sich meine Mitbürger immer wieder stellen, warum gelingt die Transformation in Bulgarien nicht. Unsere Vorstellungen von einem erfolgreichen Transformationsprozess verbinden wir dabei mit den drei folgenden Punkten:

- eine normal funktionierende Marktwirtschaft

- eine demokratisch gewählte Regierung und demokratisch funktionierende Institutionen
- freie Medien

Funktionieren der gesellschaftlichen Institutionen sind die wichtigsten Gründe, warum die Bulgaren mit der gegenwärtigen Regierung unzufrieden sind. Tabelle 2 veranschaulicht dies sehr deutlich.

*Tabelle 1: Zufriedenheit mit der Arbeit von (Stand August 2000):*

	zufrieden	unzufrieden	ohne Meinung
1. Präsident	60%	30%	10%
2. Regierung	27%	65%	8%
3. Parlament	22%	59%	19%
4. BSP (Bulgarische Sozialistische Partei)	19%	55%	26%
5. UDK (Union der demokratischen Kräfte)	19%	59%	22%

Die größte Vertrauenskrise für die Regierung von Ivan Kostov begann im April dieses Jahres, nachdem einige Wochen lang alle bulgarischen Zeitungen auf ihren ersten Seiten von Korruptionsskandalen berichtet hatten, in die die Familie des Ministerpräsidenten verwickelt war. Das

Zweifellos sind viele Veränderungen in den oben genannten Bereichen seit 1989 vollzogen worden. Doch die Enttäuschung der Bulgaren über die Situation im Lande wächst. Und diese hat vor allem mit der Art zu tun, wie bei uns die Marktwirtschaft und die demokratischen Institutionen funktionieren. Dazu zählen:

- die Verflechtung von politischen und wirtschaftlichen Strukturen
- die persönliche Bereicherung durch hohe Staatsbeamte
- das Fehlen einer echten, gesunden Konkurrenz

Vor allem der Unwille und die Unfähigkeit zur Einführung von neuen Mechanismen für das

Schlimmste dabei ist aber nicht, dass es Korruption gibt, sondern dass die Gesellschaft nicht in der Lage ist, etwas dagegen zu unternehmen. Denn in Bulgarien ist sie zum Hauptmechanismus für die Umverteilung von Eigentum und Geld geworden, was das Entstehen einer normalen Marktwirtschaft und einer parlamentarischen Demokratie verhindert.

Ein anderes großes Problem besteht seit einigen Jahren in Bulgarien im so genannten „Brain-drain“. Die bei weitem zu hohe Zahl an Emigranten (vor allem unter den jungen Menschen) beträgt etwa 8 bis 9% der Bevölkerung.

Nun möchte ich auf die positiven Entwicklungen in der bulgarischen Wirtschaft hinweisen:

*Tabelle 2: Noten für die Arbeit der Regierung Ivan Kostovs (Stand August 2000)*

	erfolgreich	erfolglos	nicht festgestellt
Außenpolitik	45%	38%	17%
Wirtschaft	21%	67%	12%
Sozialpolitik	18%	73%	9%
Kampf gegen Kriminalität	17%	76%	7%
Kampf gegen Korruption	12%	79%	9%
Gesundheitsreform	11%	76%	13%
Reform des Ausbildungssystems	9%	62%	29%



1. Tourismus: Der Sommer 2000 übertraf die Erwartungen der Kurorte. Laut den Statistiken des Wirtschaftsministeriums hat sich die Zahl der ausländischen Touristen in den ersten sieben Monaten des Jahres im Vergleich zur selben Periode 1999 um ca. 1,3 Millionen Menschen oder 24% erhöht. Die Einnahmen aus dem internationalen Tourismus für das erste Halbjahr 2000 betragen immerhin 282,8 Millionen Dollar, was einem Anstieg um 14% für dieselbe Periode des Jahres 1999 gleichkommt.
2. IT-Branche: Das Durchschnittswachstum für das vergangene Jahr betrug 66%. Die Einnahmen der IT-Firmen, die zu den an TOP 100 Unternehmen in Bulgarien im Jahr 1999 gehören, belaufen sich auf 299 Millionen Dollar (ohne die Bulgarische Telekommunikationsgesellschaft). In diesen Firmen sind über 37 000 Erwerbstätige beschäftigt, außerdem bieten viele von ihnen die Möglichkeit, bei internationalen Unternehmen tätig zu

sein, ohne das Heimatland verlassen zu müssen.

Seit Dezember 1999 haben die Bulgaren das Ziel vor Augen, das ihnen die Hoffnung zurückgebracht hat. Nach der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen und deren Anfang kennen die Bulgaren nach Jahren der Ungewissheit nun den Weg, den sie hinter sich bringen müssen. Und es geht dabei nicht nur um die so lange gewünschte Anerkennung, dass wir ebenso ein unzertrennlicher Teil von Europa sind, und um das Gefühl der Zugehörigkeit, sondern auch um die zur Zeit für uns unersetzliche finanzielle Hilfe und Erfahrung im Austausch mit anderen Ländern Europas. Was die Herausforderung anbetrifft, vor der die EU bei der Aufnahme von neuen Mitgliedern steht, gehören meiner Meinung nach dazu auch die politische Stabilität auf der Balkanhalbinsel, kreatives und innovatives Humankapital und niedrige Produktionskosten sowie die kulturelle Vielfalt, die mein Land bieten können.

*Wolfgang Döbber, Jana Teneva*

## **Ostmittel- und Osteuropa auf der Expo 2000**

Die erste Weltausstellung auf deutschem Boden kam in den ersten Wochen einfach nicht zur Ruhe. Die permanente Diskussion um die geringen Besucherzahlen und ein äußerst kritisches Bild in der überregionalen Presse beherrschten das Negativ-Image der Expo. Statt der kalkulierten 400 Millionen Mark Minus wurde anfangs mit rund einer Milliarde Mark an Defizit kalkuliert. Mittlerweile mussten der Bund und das Land Niedersachsen das Defizit auf 2,5 Milliarden DM nach oben korrigieren. Zudem musste die Weltausstellung ein Todesopfer beklagen. Ein Mann starb nach einem Sturz über ein Geländer im Deutschen Pavillon.

Die Weltmesse bot mit ihrem Motto „Mensch-Natur-Technik“ jedem Land die Möglichkeit, ökonomische, ökologische und futuristische Perspektiven für die nahe und ferne Zukunft zu

entwerfen. Die Staaten des ehemaligen Ostblocks bewältigten diese komplexen Zukunftsspiele ganz unterschiedlich. Nicht nur an den Schlangen vor den Länderpavillons konnten Interessierte die Qualität der Expositionen ablesen. Der gut besuchte tschechische Pavillon mochte auch Indikator für die Beliebtheit tschechischer Expo-Künste sein, gehorchte aber auch den kommunikativen Regeln der Flüsterpropaganda. Der aus 40 000 Bänden bestehende Bücherkreis, von Spiegeln umkreist, verwies auf die Quellen der Menschheit und auf ein Kulturerbe, das heute bisweilen schnell einem ungehemmten Fortschrittsglauben untergeordnet wird.

Es war eine markante Baulichkeit des lettischen Pavillons, die sofort ins Auge stach. Der lettische Architekturbau durfte sich rühmen lassen,

er stehe für Eigenwilligkeit und Fantasie. Das Gebäude stand förmlich auf dem Kopf, konnte als Trichter oder als Flucht gedeutet werden. Die „Flucht“ aus dem Warschauer Pakt gelang dem baltischen Staat, der Weg in den „Trichter“ der Europäischen Union verlangt Geduld und Ausdauer angesichts der rechtlichen und wirtschaftlichen Aufnahmebedingungen der EU. Neben an war der knallgelbe Pavillon Litauens unübersehbar. Auch hier bot die architektonische Form eines Flügels visuellen Reiz und verwies auf den inhaltlichen Schwerpunkt Litauens: „Der Flug“ als virtuelle Reise durch Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des 2-Millionen-Volkes.

Ungarn überraschte auf der Expo mit einem ansehnlichen Holz-Pavillon, der in der Form einer Muschel zu einem Rundgang einlud. Die Stimmen zum ungarischen Pavillon waren durchweg positiv: Die Expo-Generalkommissarin Birgit Breuel fühlte sich „beim Anblick des Pavillons an ein Schiff auf dem Weg nach Europa erinnert“, das Bild einer Knospe fiel nicht selten, global betrachtet ging das Holzwerk glatt „als Tor zur Welt“ durch. Tatsächlich war das ungarische Bauwerk faszinierend und extravaganter: Die mit rund viertausend Quadratmeter Lärchenholz verschachtelte Konstruktion aus 280 Tonnen Stahl ließe sich auch als Arche Noah interpretieren, obgleich Bug und Heck offen sind und damit frei für eine Durchflutung aus Licht und Luft. Die ungarischen Besucher des Pavillons, so erzählten die Mitarbeiter gerne, „witzeln daher gerne über den Durchzug, der daran erinnert, dass sie an einem der windigsten Plätze in Europa leben“. Schwenkte der Blick der Besucher nach oben, wurde ein Segeltuch sichtbar, das sich über die 25 mal 40 Meter langen Holzwände spannte. Sammelt sich dort genug Wind für den Segelflug in die Europäische Union? Das Expo-Thema „Mensch, Natur, Technik“ geriet dabei fast zur Nebensache, zwei schmale, gemütliche Gänge präsentierten Inhaltliches. Ein Kelchgang widmete sich der tausend Jahre alten ungarischen Geschichte – vom Mittelalter über die Renaissance bis zum Hier und Heute. Auf der gegenüberliegenden

Seite luden technische und wissenschaftliche Errungenschaften zu einem Besuch ein. Sympathisch, bescheiden, einfallsreich – Namen der Gründerväter wurden holographisch dargestellt, es wurde nicht geprotzt, sondern ein quirliges Volk dargestellt, das dem letzten, „verlorenen Jahrhundert“ (Ministerpräsident Orbán) nachtrauerte.

Im Gegensatz zu dem offenen, lichtdurchfluteten ungarischen Pavillon erhielt der Besucher des albanischen Pavillons in Halle 17 einen grauen, tristen Eindruck. Das war gewollt und Ausdruck des Mottos, welches Albanien präsentiert: „Grenzen aufheben – durch das Dunkel zum Licht“. Weitere Tafeln sprachen von einer „Ära totaler Isolation“ und von „ideologischer Paranoia“. Im Inneren des Pavillons liefen permanent Filmschnipsel in Schwarz-Weiß. Dokumentarisches gesellte sich dazu – mal anklagend, mal propagandistisch. Per Diaprojektor wurden Informationen zur jüngeren albanischen Geschichte vermittelt: Die kommunistische Diktatur Enver Hoxhas als dunkler Spiegel der albanischen Identität. Die Beklemmung, die Besucher möglicherweise beim Besuch des Pavillons empfand, hing auch mit den zahlreichen Gesichtern zusammen, die von der Tafel skeptisch und sehr ernst auf die Besucher hinabschauten. Flüchtlinge auf einem überfüllten Schiff, Bilder, die noch in frischer Erinnerung sind.

Der Spaziergang führte uns zurück zu dem tschechischen Pavillon. Auch dort atmete der Besucher historische Gegebenheiten ein, denn die Tschechen stellten in ihrem Pavillon die kulturelle Blüte zur Zeit Karls des Vierten den Themen Kommunikation, Bildung, Umwelt und Entwicklung der Gegenwart gegenüber. Wer im ersten Stock des Pavillons auf die Präsentation wartete, wurde angenehm überrascht. Zunächst dominierten Stille und Dunkelheit im Saal, ab und an erhellte ein kleiner Lichtkreis Details. Danach schlich langsam Musik ins Ohr, steigerte sich enorm, und parallel dazu durchströmte Weihrauchduft den Saal, alles war hell erleuchtet. Die Besucher standen mitten in der Kopie der Kapelle des Heiligen Kreuzes auf der Burg

Karlstein nahe Prag. Vor Ihnen lag eine Kopie der tschechischen Krone Kaiser Karl IV. Unter ihm entwickelte sich im 14. Jahrhundert in Böhmen das kulturelle Zentrum Europas. Karl IV. gründete die erste Universität nördlich der Alpen und holte bedeutende Wissenschaftler an seinen Hof. Ein Pavillon, der in der Geschichte eine Teilidentität für die Zukunft suchte – ein Land, das ob seiner großartigen kulturellen Möglichkeiten in der Kunst, der Musik und auch im Bereich des Films ganz sicher und selbstbewusst nach Europa gehört.

1400 Quadratmeter groß ist er, der polnische Pavillon. Als Lichtbrücke, die eine transparente architektonische Erscheinung erzeugt, hat die Gruppe um Wojciech Obtulowicz aus Krakau diesen Pavillon konstruiert. Polen auf der Expo, das war gerade am Nationentag (21. Juni) ein denkwürdiges Erlebnis, eine gelungene Mischung aus klassischer Musik und Rockmusik. Die Idee der Polen war, die Musik von Frederic Chopin in verschiedenen Versionen zu präsentieren. Die Stücke von Chopin wurden von Künstlern wie Waldemar Malicki, Andrzej Jagodziński oder Tytus Wojnowicz interpretiert. Im Anschluss daran präsentierte sich unter der Regie von Jan Popieszalski ein „Ethno-Rock-Konzert“: Es stellte die stilistische Vielfalt und den musikalischen Reichtum ausgewählter Regionen Polens vor. Musik in allen Facetten: Rockige Klänge in fetziger Aufmachung, dazu polnische Melodien mit folkloristischem Einschlag. Auch hier wurden die bekanntesten Vertreter polnischer Volksmusik eingeladen. Zwischen den musikalischen Darbietungen gab es Vorführungen von Husaren-Ritten, aufgeführt von der polnischen Reitschule SIGNUM POLONICUM. Im Anschluss an die polnische Filmschau (es lief der Publikumserfolg „Mit Feuer und Schwert“) krönte das Freiluft-Schauspiel „Kränze“ von Leszek Madzik den Nationentag. Neben den musikalischen und dramaturgischen Akzenten eröffnete die Krakauer Glasmalerwerkstatt im Pavillon die Chance, für Interessierte die Tätigkeit der Krakauer Glasmalerei Zeleński kennen zu lernen. Diese Glasmalerei ist seit hundert Jahren

in die künstlerische und kulturelle Landschaft Polens integriert. Auch für Polen beinhaltete die Expo eine überragende Werbe- und Wirtschaftsbedeutung. Die Regionen präsentierten ihre Reize und Attraktionen, so lud vom 7. bis zum 11. Juni die Wojewodschaft Ermland-Masuren alle Interessierten ein, die für Touristen attraktive Region genauer zu betrachten. Das Expo-Motto „Mensch-Natur-Technik“ wurde so auf angenehm unaufdringliche Art und Weise zum Motto „Mensch & Natur“. Diese Erkenntnisse konnte man auch vom Regionen-Tag der Wojewodschaft West-Pommern (14. bis 18. Juni) mitnehmen. Rund 200 Bauernhöfe in dieser Region laden zum Urlaub und Verweilen ein. Jenseits der mit Bildschirmen überfrachteten Pavillons betonten gerade die ostmitteleuropäischen Pavillons der Tschechen und Polen, wie wichtig es ist, auf die vielfältigen kulturellen Wurzeln einer Nation hinzuweisen und die Zukunft nicht bloß technikorientiert zu betrachten. Im Mittelpunkt bleibt der Mensch mit seiner schöpferischen Kraft – und die Natur, gottgegeben. Eine bewundernswerte Interpretation der Polen.

### **Bulgarien auf der Expo 2000 – Schönheit über Jahrhunderte**

Jede Kultur, die in der Welt entstanden ist, hat diese bunter gemacht. Jede Kultur, die wir kennen gelernt haben, hat uns dank ihrer Einzigartigkeit und Einmaligkeit nicht nur reicher, sondern auch glücklicher gemacht.

Auf der EXPO 2000 in Hannover hatte man die Möglichkeit, verschiedene Kulturen bekannter und unbekannter, großer und kleiner Länder zu entdecken. Unter dem Motto „Schönheit über Jahrtausende“ beteiligte sich auch Bulgarien an der ersten Weltausstellung in Deutschland. Der Hauptveranstalter, die Internationale Plovdiver Messe, präsentierte den außerordentlich großen Reichtum und die Heilkraft der bulgarischen Natur, die Vielfalt der Pflanzen und Tierarten, das archäologische Erbe und die Errungenschaften der bulgarischen Wissenschaft am Ende des 20. Jahrhunderts.

Die Ausstellung war in zwei Themenbereiche untergliedert:

1. „Die Vergangenheit Bulgariens“
2. „Das moderne Bulgarien“

Eine Modellrekonstruktion des thrakischen Grabmals beim Dorf Schumanez, der aus mehr als 6 kg reinem Gold bestehende Schatz von Panaguritze, kirchliche sowie alltägliche Gegenstände aus dem Zeitraum vom 15. bis zum 19. Jahrhundert verschafften einen kurzen Überblick über die mehr als 1300 Jahre alte Geschichte. Währenddessen überzeugte das moderne Bulgarien mit den Fortschritten, die das Land in den Biotechnologien und in der Medizin gemacht hatte. Von den ca. 12 000 Arten wildwachsender Heilpflanzen, die in der Welt bekannt sind, gedeihen mehr als 6% in Bulgarien. Jedes Jahr werden mehr als 15 000 Tonnen Kräuter gesammelt und getrocknet. Die Heilpflanzen gehören zu den wichtigsten biologischen Ressourcen des Landes. In Hannover war auch das Projekt „Moderne Biotechnologien zur Gewinnung von Extrakten aus verschiedenen Pflanzen“ zu sehen.

Das Land steht an dritter Stelle (nach Russland und den USA) bei der Produktion von Astronautennahrung. Das Sofioter Forschungsinstitut für Kryobiologie und Lyophilisierung präsentierte

auf der EXPO 2000 ein „Bulgarisches Astronautenmenü“, bestehend aus 27 Arten von lyophilisierten Nahrungsmitteln aus Fleisch, Gemüsearten sowie auf der Basis von Milch und Obst in Form von Früchten, Happen und Tabletten. Diese konnte man auf dem bulgarischen Stand sogar probieren, um festzustellen, dass es auch im Weltall möglich ist, leckere Mahlzeiten zu genießen.

Die Multimedia-Projekte in den beiden Computerzentren berichteten in Fotos und Ton über die Schönheiten des Landes, die sonst mit Worten schwer zu beschreiben sind: die Besucher anlockende Schwarzmeerküste und attraktive Ferienorte in den Bergen, über Jahrhunderte alte Klöster und majestätische Kirchen.

Doch Bulgarien hat nicht nur Schokoladenseiten. Wenn man den bulgarischen Stand zum Beispiel mit der Präsentation von Albanien (ein selbstkritischer Film über die politischen Ereignisse im Land) vergleicht, stellt man fest, dass die Bulgaren noch viel zu lernen haben. Denn es ist höchste Zeit, aufzuhören, die brennenden gesellschaftlichen Probleme zu ignorieren, und so zu handeln, als ob diese gar nicht existierten. Die Bürger müssen endlich Mut fassen und beginnen, reale Veränderungen durchzuführen. Schließlich liegt die Zukunft in ihren Händen.

*Stanisław Wesolowski*

## **Die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland – einige Anmerkungen zu einem von der Ludwig-Erhard-Stiftung geförderten Fachseminar (August 1999; Vlotho / Weser)**

### **Ludwig-Erhard-Stiftung – Zentrum für das Modell der Sozialen Marktwirtschaft**

Im August 1999 fand im Gesamteuropäischen Studienwerk in Vlotho ein zweiwöchiges Seminar zum Thema „Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland“ statt. Organisiert wurde das Seminar für 24 Wirtschaftswissenschaftler, die verschiedene Abtei-

lungen der Polnischen Ökonomischen Gesellschaft (PTE) repräsentierten. Auf deutscher Seite wurde das Seminar von der Ludwig-Erhard-Stiftung in Bonn finanziert und inhaltlich vom Gesamteuropäischen Studienwerk in Vlotho/Weser durchgeführt.

Zu Beginn muss Folgendes herausgestellt werden: Die Bundesrepublik Deutschland ist in ihrer gegenwärtigen Form ein Sozialstaat.

Allerdings ist das hier präsentierte Modell der Sozialen Marktwirtschaft kein einfaches Spiegelbild der bestehenden Wirtschaftspraxis. Die Vertreter der Ludwig-Erhard-Stiftung heben hervor, dass sich die heutige Wirtschaftspolitik Deutschlands schon ein gutes Stück von den eigentlichen, fest umrissenen Prinzipien des Patrons der Stiftung entfernt hat. Im Grunde genommen geht es darum, dass in der Praxis Wirtschafts- und Sozialpolitik voneinander getrennt sind. Dem konzeptionellen Ansatz der Sozialen Marktwirtschaft zufolge, so wie er von der Stiftung verstanden wird, soll die Wirtschaftspolitik ein gemeinsames, integratives Ganzes mit der Sozialpolitik schaffen, das seinerseits ein wichtiges Instrument für wirtschaftliche Entwicklung ist.

Zu den wesentlichen Aufgaben gehören die Gestaltung und Fortentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft zu einem Modell, in dem auch seine Wirkungsweisen in der Ökonomie Berücksichtigung finden. Darüber hinaus halten die Wissenschaftler der Stiftung das vorgelegte Konzept für ein universelles Konzept, das auch auf die Länder Mittel- und Osteuropas übertragen werden kann. Die im Seminar vorgestellten Ansätze und inhaltlichen Präsentationen sowie die daraus resultierenden Ergebnisse könnten als Grundlage und Ziele dahingehend dienen, dass Ansätze der Sozialpolitik in der Marktwirtschaft zu wesentlichen Aspekten des theoretischen Diskurses unter Wirtschaftswissenschaftlern sowie in der Praxis der Wirtschaftspolitik in Polen heute und in der Zukunft werden.

Eine prinzipielle Bedeutung besteht darin, den Ansatz der Sozialen Marktwirtschaft sowohl als ein grundlegendes Schaffen als auch eine Fortentwicklung dieser Konzeption zu verstehen – mit dem Hinweis auf die prinzipielle Kohäsion der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Aspekte. Unerlässlich ist es dabei, eine Marktwirtschaft im Zusammenspiel aller entscheidender Bestandteile so zu verwirklichen, dass eine möglichst hohe Effizienz erreicht werden kann. Das betrifft die Anerkennung von Privateigentum, die Selbstverantwortung hinsichtlich der

getroffenen Entscheidungen sowie die rechtliche Regelung des zu Grunde gelegten Risikos bei wirtschaftlichen Entscheidungen. Entscheidend ist hierbei, dass sich Deutschland, ähnlich wie viele andere europäische Länder, gegenwärtig einer Krise gegenüber sieht, nicht nur aufgrund eines zu hohen Kostenniveaus, sondern auch hervorgerufen durch die Notwendigkeit einer Modernisierung der Produktionsstrukturen und der Infrastrukturen in allen Funktionsbereichen.

### **Soziale Elemente in einer liberalen Wirtschaft**

Die Soziale Marktwirtschaft basiert auf den Prinzipien des Liberalismus. In diesem Zusammenhang müssen folgende Bestandteile des Wirtschaftssystems als unentbehrlich angesehen werden:

- Funktionsfähiges Finanzsystem, mit Preisbildung nach marktwirtschaftlichen Kriterien sowie Stabilisierung des Finanzsystems
- Privateigentum
- Freier Marktzutritt für alle Marktakteure sowie alle Konsumentengruppen
- Freizügigkeit im Vertragswesen
- Volle Verantwortlichkeit der Wirtschaftssubjekte für getroffene Entscheidungen
- Wettbewerb im globalen Maßstab
- Kontinuität der Wirtschaftspolitik

Gleichzeitig bringt die Akzeptanz der Prinzipien einer liberalen Wirtschaft als Grundlage einer funktionsfähigen Wirtschaft die Schöpfer der Konzeption zu Ergebnissen, die auch gesellschaftliche Probleme der Marktwirtschaft betreffen. Sie glauben, dass die Berücksichtigung der sozialen und ökologischen Elemente in einem liberalen Wirtschaftssystem keine Abkehr vom Prinzip des Liberalismus darstellt, sondern dass sie dessen integrale Elemente sind.

Anders gesagt bedeutet das, dass eine liberale Wirtschaft ohne die erfolgreiche Lösung sozialer Fragestellungen nicht funktionieren kann. Das stellt kein Zugeständnis an Teile der Konzep-

tion, die sich gegen eine liberale Wirtschaftsform richten, dar. Es muss vielmehr zum Ausdruck gebracht werden, dass für eine störungsfreie Wirtschaftsentwicklung eine breite Akzeptanz des Systems und der Wirtschaftspolitik durch alle gesellschaftlichen Gruppierungen zwingend notwendig ist. In diesem Zusammenhang verkörpert der Ausspruch von Friedrich A. v. Hayek: „Soziale Marktwirtschaft für den Markt“ ein unabdingbares Charakteristikum einer liberalen Wirtschaftsordnung. Eine solche Einschätzung entspringt jedoch nicht ausschließlich der Analyse notwendiger Bedingungen für die ökonomische Entwicklung. Sie weist ebenso eine tiefe Verwurzelung in den gesellschaftlichen Strömungen auf, u.a. in der gesellschaftlichen Ethik. Es zeigt sich, dass folgende Ideen und Ansätze einen starken Einfluss auf die sozio-ökonomische Ordnung in der zukünftigen Welt ausüben: die katholische Soziallehre, die evangelische Sozialethik, sozialistische Theorien auf sozio-ökonomischem Gebiet sowie liberale Sozialtheorien.

### **Die Bedeutung des gesellschaftlichen Kompromisses in der Marktwirtschaft**

In den Beziehungen zwischen sozialen und ökonomischen Elementen stellt der Kompromiss ein Grundprinzip der Sozialen Marktwirtschaft dar. Eine mögliche Verständigung über seine Annahme kann für beide Seiten kein einmaliger Akt sein. Im Gegenteil, für das Erreichen des Konsenses müssen ständig Anstrengungen unternommen werden, um kein Ungleichgewicht, sei es auf der sozialen Ebene, sei es auf der wirtschaftlichen Ebene, zuzulassen. Das Erreichen eines Einverständnisses auf der jeweiligen Ebene für einen bestimmten Zeitraum macht ein Kernprinzip der Sozialen Marktwirtschaft aus. Die gegenseitige Verständigung akzeptierter Interessen soll sicherstellen, dass übertriebene soziale Forderungen sowie Spannungen und gesellschaftlicher Unfrieden die Funktionsweise der (liberalen) Marktwirtschaft nicht gefährden. Auf der anderen Seite

darf ein Übergewicht wirtschaftlicher Interessen soziale Grundbedürfnisse nicht verletzen.

In bestimmten zeitlichen Abschnitten kann sich, abhängig von der jeweiligen Situation, der Schwerpunkt sowohl auf die eine, als auch auf die andere Seite hin verlagern; stets jedoch unter Berücksichtigung der Vereinbarungen sowie der eingegangenen Verpflichtungen. Denn es darf darüber hinaus nicht aus den Augen verloren werden, dass der Markt eine Art „Glücksspiel“ ist, im Rahmen dessen die Lage der Wirtschaftssubjekte sowie der Individuen Veränderungen unterworfen ist. Ein entsprechender Reaktionsmechanismus hinsichtlich der Veränderungen der Interessenlage beider Seiten kann die Akzeptanz marktwirtschaftlicher Regeln durch breite gesellschaftliche Kreise dadurch erleichtern, dass der Risikograd vermindert und zugleich das Sicherheitsgefühl für zukünftige Entwicklungen gestärkt werden.

### **Sozialer Frieden – Nutzen für die Wirtschaft**

In Anlehnung an den erreichten und ständig zu erneuernden gesellschaftlichen Konsens wird die Wirtschaftspolitik des Staates gestaltet. Sozialer Schutz bedeutet kein Element einer eigenständigen Sozialpolitik, sondern ist Bestandteil der Wirtschaftspolitik. Er ermöglicht die Verwirklichung von marktwirtschaftlichen Prinzipien in einem breiteren Kontext als dies unter Bedingungen denkbar wäre, in denen soziale Fragenkomplexe eine eigenständige Behandlung durch den Staat erfahren würden. Ein wesentlicher Faktor zur Initiierung wirtschaftlicher Aktivität besteht darin, die Funktionsfähigkeit im Rahmen des sozialen Friedens zu gewährleisten. Dies wird dadurch erreicht, dass bspw. die Gewerkschaften das Prinzip und Phänomen eines, sich mittlerweile global ausdehnenden, Wettbewerbs anerkennen.

Der Mechanismus einer so begriffenen Wirtschaftspolitik vermindert den Preis des Investitionsrisikos für Unternehmer. Auf der einen Seite vergrößert sich daher der Erwar-

tungshorizont, der eine unerlässliche Bedingung für die Entwicklung des Unternehmertums darstellt. Auf der anderen Seite stabilisiert sich auf einem hohen Niveau eine starke Kaufkraft breiter gesellschaftlicher Schichten, was wiederum die Aufrechterhaltung eines entsprechend hohen Nachfrageniveaus sichert. Somit bilden die Marktwirtschaft sowie der Sozialstaat alternative Instrumente, die sich gegenseitig ergänzen und zudem einer geforderten gesellschaftlichen Zusammenarbeit den Weg bereiten.

### **Instrumente zur Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft**

Um das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft überhaupt verwirklichen und weiterentwickeln zu können, muss große Aufmerksamkeit auf diejenigen Instrumente gerichtet werden, die die Einführung und Anpassung dieser Konzeption ermöglichen. Damit kann eventuellen Einwänden begegnet werden, wie die Grundsätze und Ziele erreicht werden können. Ein generelles Instrument der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft ist die Akzeptanz der Konzeption des „Ordoliberalismus“. Diese Konzeption beinhaltet, dass es neben der Anerkennung der Prinzipien eines gesellschaftlichen Konsenses und ihrer Vervollkommnung im Rahmen der Wirtschaftspolitik von ebenso großer Relevanz ist, das Prinzip einer funktionsfähigen Marktwirtschaft sowie der Sozialpolitik mit einem entsprechenden rechtlichen Ordnungsrahmen zu verbinden. Dieser Tatsache wird eine enorme Bedeutung beigemessen, da ohne eine präzise Erfassung des funktionalen Prinzips der Sozialen Marktwirtschaft im Rahmen rechtlicher Regelungen ihre Verwirklichung mit großer Sicherheit von den Zielen und Grundsätzen abweichen würde. Die folgende Behauptung kann als Ausdruck dessen gelten: „Ohne ein umfassendes Rechtssystem und ohne die Elemente des gesellschaftlichen Konsenses ist der Markt in der modernen Vorstellung nicht realisierbar.“ Das betrifft sowohl die allgemeine Lösung rechtlicher Regelungen in Wirtschaft und Gesellschaft, als auch die Teillösungen des

rechtlichen Entscheidungsbedarfs für spezifische Fragenkomplexe. Darüber hinaus muss ein abgestufter Umbau des Rechtssystems in Übereinstimmung mit den Anforderungen einer Sozialen Marktwirtschaft ermöglicht werden. Auf der Grundlage der akzeptierten Rechtsprinzipien sollten abgesicherte Institutionen entstehen können und funktionieren, wobei eine erforderliche Anpassung der Prinzipien in der Praxis vorgenommen werden soll. Die Rolle dieser Institutionen gestaltet sich schwierig, da sowohl die Wettbewerbswirtschaft als auch der Sozialstaat einer vielfachen Kritik unterliegen, die mit Hilfe von Argumenten vorgebracht wird, die sich auf die Legitimität der anerkannten Lösungen und Wirkungen beziehen.

### **Ethische Aspekte in der Sozialen Marktwirtschaft**

Unter Berücksichtigung der weiter oben erwähnten Quellen der zukünftigen Grundsätze dieser Wirtschaftsform dürfen ethische Aspekte, die ihren Platz im Rahmen der beschriebenen Konzeption innehaben, nicht außer acht gelassen werden. Die vorgetragene Auffassung zeigt, dass es ohne eine Verankerung entsprechender ethischer Grundsätze in gesellschaftlichen Gruppen, die den Wirtschaftsprozess maßgeblich beeinflussen, sowie in den Eliten nicht möglich ist, die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft umzusetzen. Das Rechtssystem muss somit durch ein ethisches Element ergänzt werden.

### **Gewinner und Verlierer (Outsider) im liberalen Wirtschaftssystem**

Einer der wesentlichsten Gesichtspunkte der Sozialen Marktwirtschaft besteht darin, angemessene Beziehungen zwischen den Gewinnern und Verlierern (Outsidern) des Wirtschaftssystems herzustellen. Konkret geht es um den Austausch von Auffassungen und Informationen zwischen den beiden Gruppierungen sowie um die Schaffung eines Interessenausgleichs. Ein prinzipieller Grundsatz besteht darin, einen Zustand zu erreichen, in dem sich keine der

beiden Parteien vom Wirtschaftssystem benachteiligt fühlt. Ebenso sollte bei einem Misserfolg dem verlierenden Marktakteur die Möglichkeit vorbehalten sein, erneut aktiv am funktionalen Wirtschaftsgeschehen teilzuhaben. Dies bedeutet, dass eine Verbesserung der Möglichkeiten der „Outsider“ eine Verminderung der Lasten dieser Gesellschaftsschichten erlaubt.

Die Solidarität stellt einen unabdingbaren Bestandteil der Sozialen Marktwirtschaft dar und bezieht sich zu einem Großteil auf die Rolle der Umverteilung. Das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit wird in diesem Kontext als Gegengewicht zum Egoismus einzelner Gruppen verstanden. Diese Elemente können so ein entsprechendes Niveau gesellschaftlicher Zusammenarbeit bei Bedingungen sicherstellen, bei denen sonst das Niveau des Volkseinkommens die Aufrechterhaltung eines höheren Einkommensniveaus sowie gesellschaftlicher Leistungen nicht möglich machen würde.

Angeführt werden soll hier als Beispiel die erste Phase der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland. Die Finanzierungsmöglichkeiten sowohl des Staates als auch die der Unternehmenssektoren waren sehr beschränkt. Trotzdem konnten soziale Unruhen auf breiter Front verhindert werden, weil im großen Umfang Umverteilungspolitik betrieben wurde. Es darf daher behauptet werden, dass ein hohes Niveau des Volkseinkommens keine hinreichende Bedingung für die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft ist. Eine grundlegende Bedeutung liegt deshalb in der Tatsache, die Wichtigkeit der sozialen Gerechtigkeit und des Prinzips der Solidarität als unabdingbares Attribut einer modernen Wirtschaft zu begreifen. Alle Akteure im gesellschaftlichen Wirtschaftsleben müssen die Überzeugung aufweisen, dass soziale Gerechtigkeit lediglich unter einer Bedingung zu verwirklichen ist, nämlich dass Unternehmen am besten in einer Wettbewerbswirtschaft funktionieren.

## Die Soziale Marktwirtschaft als „Dritter Weg“

Die Rolle des Staates in der Sozialen Marktwirtschaft drückt sich darin aus, dass ein „schlanker“ Staat vonnöten ist, der allerdings stark und in der Lage ist, intendierte Veränderungen durchzuführen, die in seinem Kompetenzbereich liegen. Eine fest verankerte Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft stellt das Gegenteil zum Auftreten spezieller Interessenakteure dar und – auf spontane Art – ein Gegengewicht zu sozio-ökonomischen Problemen. Die Akteure müssen einerseits mit den begrenzten institutionellen Möglichkeiten der ökonomischen Funktionsfähigkeit konfrontiert werden, andererseits die Möglichkeit erhalten, den eigenen Problemen im Rahmen des akzeptierten Systems, und nicht außerhalb dessen, Ausdruck zu verleihen.

Die Suche nach einer Auflösung des Widerspruchs zwischen der Freiheit der wirtschaftlichen Funktionsfähigkeit und dem notwendigen Sicherheitsgefühl aller gesellschaftlichen Gruppen bildet ein Grundprinzip der Sozialen Marktwirtschaft. Es lässt sich auch anwenden auf das Konzept des so bezeichneten „Dritten Weges“ zwischen einem System, basierend auf Reglementierungen, und einem ungezügelter wirtschaftlichen Liberalismus.

## Kritische Schlussbemerkung

Die Kritiker der beschriebenen Konzeption führen an, dass die sozialpolitischen Instrumente, die zur Unterstützung der Marktwirtschaft zum Einsatz kommen, im Endergebnis die Entwicklung der antisozialen Folgen der Wettbewerbswirtschaft eher unterstützen. Es gibt darüber hinaus Aussagen, nach denen die Propagierung des Sozialstaates die Entfaltung von Bedingungen begünstigt, unter denen die Wirtschaft zum Opfer des Sozialstaates wird. Die Befürworter der Sozialen Marktwirtschaft halten dem entgegen, dass sowohl der Wettbewerb in der Ökonomie als auch der Sozialstaat keine selbstständigen Ziele seien. Sie sind vielmehr



Instrumente, dank derer sich eine gesellschaftliche Zusammenarbeit auf einer Ebene herausbilden soll, um einer echten Funktionsfähigkeit sowohl des Staates als auch der Gesellschaft den Weg zu ebnet.

Diese vorgebrachten Anmerkungen stellen allein die Ausarbeitungen des Autors dar. Sie beruhen

auf dem Wissens- und Informationsstand lediglich eines Teilnehmers und dürfen daher nicht als offizielle Meinung der Seminargruppe der Polnischen Ökonomischen Gesellschaft (PTE), die an der oben genannten Fachtagung teilnahm, verstanden werden.

*Zbigniew Wilkiewicz*

## Populismus und Rechtsradikalismus in Polen

### Einleitung

Die Welle der Gewalt und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland, die gerade in den letzten Wochen für Schlagzeilen im In- und Ausland gesorgt hat, macht nicht nur betroffen, sondern wirft erneut die immer wieder gestellte Frage nach den Ursachen auf. Während sich Politiker und Wissenschaftler mittlerweile einig sind, dass der Rechtsradikalismus nicht nur ein Phänomen der sozialen Brennpunkte ist, eine Folge sozialen Abstiegs und existenziell empfundener Perspektivlosigkeit, sondern ebenfalls Jugendliche aus Mittelstandskreisen erfasst hat, die weit von der Armutsgrenze entfernt sind, bleibt die Frage einer effizienten Prävention und angemessenen Schadensbegrenzung weiterhin offen. Zahlreiche Programme, die rechtsradikale Jugendliche in einen ernsthaften und ethisch orientierten Diskurs einbeziehen sollten, gelten als gescheitert, das Internet erweist sich für die Extremisten als abwechslungsreiches Medium für manch perverses Spiel und hervorragende Propagandabörse, durch die manches, über Jahrzehnte gehütetes, Tabu tausendfach gebrochen wird. Politik und Wirtschaft reagieren erst dann, wenn die Standortinteressen Deutschlands gefährdet scheinen. Dass wir es insgesamt mit einem nicht zu unterschätzenden Phänomen zu tun haben, beweisen die Berichte aus den „national befreiten“ Zonen Ostdeutschlands, in denen Andersdenkende oder auch nur anders Aussehende mit Gefahren für Leib und Leben rechnen müssen. All dies geschieht in einem

Land, das zu den wohlhabendsten Staaten Europas zählt, als Europa- und Vizeweltmeister des Exports in hohem Maße von internationalen Kontakten abhängig ist und sich in hohem Maße für den europäischen Einigungsprozess einsetzt, der in Zukunft eine noch stärkere Internationalisierung der Mitgliedsstaaten mit sich bringen wird.

Wie die beiden unten stehenden Artikel aus der polnischen Wochenschrift „Wprost“ beweisen, steht Deutschland mit diesem Problem jedoch nicht allein. Ähnliche Tendenzen gibt es – wie Bogusław Mazur in seinem Beitrag darlegt – sowohl in West- als auch Südeuropa. Jörg Haider könnte so nur als ein sehr prominentes Beispiel für andere Staaten und Gesellschaften interpretiert werden.

Dass die Transformationsstaaten Mitteleuropas ebenfalls über ihre rechtsextremen Populisten und chauvinistischen „Bewegungen“ verfügen, macht dieser Artikel für Polen erschreckend deutlich. Wie groß das Wählerpotential dieser Populisten sein könnte, wird zumindest andeutungsweise geschätzt, und kann nachdenklich stimmen. Noch nachdenklicher muss stimmen, dass – wie im zweiten Artikel von Jerzy Stanisław Mac glaubwürdig nachgezeichnet wird –, die Neonazi-Szene in Polen einen durchaus beachtlichen Zulauf hat. Auch gibt es allem Anschein nach gut und straff organisierte „Gliederungen“, die ihre „events“ in einem geradezu rechtsfreien Raum durchführen können. Die Tatsache, dass das Internet auch in

Polen den Zugang zu verhetzender sowie offen rassistischer und antisemitischer Literatur eröffnet, und dass diese Literatur offenbar weite Verbreitung findet, stellt angesichts der in Deutschland und anderswo geführten Debatte zwar kein Novum dar, muss aber in Polen, einem Land, das, wie kaum ein anderes, unter den Nazis gelitten hat, befremden. Inwiefern wir es in Polen mit einer autochthonen Szene zu tun haben, bliebe sicherlich noch zu prüfen. Die Tatsache, dass ein Großteil der polnischen Gesellschaft, inklusive mehr oder minder bekannter rechtsorientierter Politiker, den öffentlichen Auftritten der polnischen Nazi-Skins nichts entgegenzusetzen haben, sondern sie noch im Wahlkampf für ihre eigenen Ziele einsetzen, muss angesichts der jüngsten, tragischen Geschichte des Landes befremden. Die in Polen und in polnischer Sprache erfolgende Berufung auf solche „Autoritäten“ wie Goebbels und Hitler mutet geradezu paradox an. Dabei geht es nicht um eine exakte Quantifizierung dieser „Bewegungen“ und ihrer Einflüsse, sondern allein um die Tatsache, dass sie und ihre Symbolik offensichtlich hoffähig geworden sind.

**Bogusław Mazur u.a.: Kto będzie polskim Haiderem? [Wer wird zum polnischen Haider?], in: Wprost, 30.4. 2000, S. 21-24.**

Als Skandal und „Arbeitsunfall“ haben die europäischen Politiker den Machtantritt der Freiheitlichen Partei Österreichs unter Jörg Haider bezeichnet. Was allerdings nicht zutrifft, denn populistische Parteien gewinnen an Einfluss und werden in Kürze das Regierungsruder auch in anderen Hauptstädten Europas übernehmen. Im Übrigen haben die nationalistischen Populisten unter Führung Mečiar bereits in der Slowakei regiert, wofür das Land mit der Nicht-Aufnahme in die NATO-Strukturen bezahlen musste. Nationalistische Populisten haben den Krieg auf dem Balkan hervorgerufen und verfügen auch über bedeutende Parlamentsgruppen in Tschechien und Ungarn. Aber auch wenn man die Länder Westeuropas berück-

sichtigt, scheinen die Gesten geheiligter Entzündung unbegründet. Die Populisten versuchen seit langem die Macht in Frankreich, in der Schweiz oder in Italien an sich zu reißen. Der nationalistische Populismus ist ein Fieber, das durch die europäische Epidemie des Sozialdemokratismus, des Etatismus, der Überregulierung der Wirtschaft und der Furcht vor der Konkurrenz unter den Bedingungen einer globalen Ökonomie, hervorgerufen wird. Dieses Fieber hat auch Polen erfasst. Das Auftauchen eines polnischen Pendantes zur Freiheitlichen Partei Österreichs und einer polnischen Mutation von Jörg Haider scheint nur eine Frage der Zeit zu sein. Diese Rolle sollen in erster Linie Jan Łopuszański, Andrzej Lepper und Tadeusz Wilecki übernehmen. Wer von ihnen wird erfolgreich sein?

### **Manipulatoren verführen die Völker**

Wie Jan Łopuszański, der Führer der „Polnischen Verständigung“ [Porozumienie Polskie] verkündet, „stellt die Trennung in die Rechte und die Linke, als grundsätzliches Politikverständnis, für das Wohl Polens ein schädliches Relikt dar“. Deshalb formuliert Andrzej Lepper, der Führer der „Selbstverteidigung“ [Samoobrona] ganz deutlich, „dass weder die gegenwärtige Linke noch die Rechte in der Lage ist, die wirtschaftlichen und sozialen Probleme im Sinne der gesellschaftlichen Erwartungen der breiten Massen der Polen zu verbessern, wenn sie sich nicht vom Weg des Kosmopolitismus und neuen Internationalismus abkehrt“. In kurze soldatische Worte fasste dies General Tadeusz Wilecki, der einstige Generalstabschef der polnischen Streitkräfte, der gegenwärtig die „Polnische Front“ [Front Polski] anführt: „Ein paar Schlitzohren haben sich bereichert, der Rest ist bettelarm.“

### **Die Fremden vernichten die Landsleute**

„Zahlreiche konkrete Schäden in der polnischen Wirtschaft sind die Folge einer unkritischen

Umsetzung der Anpassungsprozesse hinsichtlich der Integration in die EU und andere internationale Strukturen, wie zum Beispiel der NATO” – führt Jan Łopuszański aus, der gemeinsam mit sechs Abgeordneten seiner Gruppierung gegen die Aufnahme Polens in die NATO gestimmt hat. Schuld ist nach Andrzej Lepper ebenfalls „die global dominierende Internationale liberaler Eliten und finanzpolitischer Korporationen, die im Verhältnis zu einfachen Menschen und ganzen Völkern gnadenlos sind”. Deshalb sollte man nach Ansicht von General Wilecki die Verhandlungen mit der „Westeuropäischen Union” möglichst bald abbrechen.

### **Das Volk können wir retten**

Der Führer der „Selbstverteidigung”, Andrzej Lepper, propagiert die „sichere Zukunft”, also die Bekämpfung des „satanischen Liberalismus”. Eine kurze Einschätzung gab General Wilecki während der Sendung „Tok-Szok” [Talk-Schock]: „General Augusto Pinochet hat die Reifeprüfung bestanden und Erfolge erzielt.” Nach Auffassung der „Polnischen Verständigung” von Jan Łopuszański, also der linken Rechten, „sollte ein System gemischten Eigentums, privat und staatlich, erhalten bleiben”. Geschichte als Rad, und zwar als Schwungrad: „Die elementare Barriere für eine Geburtenrate, die für die zukünftigen Generationen die Wiederherstellung der Bevölkerungszahl Polens garantiert, ist der Wohnungsbau. Diese Barriere sollte durch verstärkten Wohnungsbau beseitigt werden, dessen Entwicklung ebenfalls das Schwungrad für die Wirtschaft sowie die Quelle von Arbeitsplätzen ist.” Wie ist das Problem der Quadratur des Schwungrads allerdings zu lösen? „Es entstehen neue Technologien, die Alternativen bieten, um die Nachfrage nach Treibstoffen (Rapsöl) oder nach Baumaterialien, auf Basis einer spezifischen Aufarbeitung von Stroh, zu befriedigen. Die Entwicklung solcher Märkte würde der Landwirtschaft vollkommen neue Möglichkeiten eröffnen.”

### **Haider gegen McWelt**

Man kann die Ankündigung des Aufbaus Polens als autarkem, mit Stroh-Wolkenkratzern gespicktem Wirtschaftsriesen, der durch die Produktion von Raps die Staaten der OPEC in den Ruin führt, ignorieren. Auf ähnliche Weise hat man Gianfranco Fini, den Führer des Nationalen Bündnisses, Frau Pia Kjaersgaard, die Führerin der Dänischen Volkspartei, Jean-Marie Le Pen, den Führer der französischen Nationalen Front oder schließlich Jörg Haider ignoriert, allerdings nur so lange, bis es ihnen gelang, „seriöse” Parteien zu schlagen. Europa fürchtet sich nämlich vor einer offenen Welt, einer Welt ohne Grenzen.

Große internationale Konzerne können blitzschnell die Produktion in Länder verlagern, die billige Arbeitsplätze, niedrige Steuern, geringe soziale Verpflichtungen und unkomplizierte gesetzliche Regelungen anbieten. Der Kapitaltransfer erlaubt jenen Staaten, die auf Kosten der Wohlfahrtsstaaten die Regeln des freien Marktes achten, eine schnellere Entwicklung. Wie Professor Michael Novak, Dozent am American Enterprise Institute, in einer Stellungnahme für „Wprost” ausführte, „ruft die Globalisierung unter den Sozialdemokraten Unruhe hervor, denn sie bringt das Ende des Sozialismus [...]. Deshalb ruft die Globalisierung in den USA so viel Optimismus, und in Europa, das von sozialdemokratischem Denken geprägt ist, soviel Unruhe hervor”. Dagegen mein Jan Łopuszański, dass die Globalisierung einen neuen Totalitarismus darstellt, „wobei der Ursprung dieser Systeme heute jene Aktivitäten sind, die auf die internationale Standardisierung elektronischer Kreditkarten und die damit verbundene Schaffung eines internationalen Datenetzes für die am Wirtschaftsleben Beteiligten abzielen”. Sind wir auf die Gnade oder Ungnade einer Welt aus Plastikteilen angewiesen? Natürlich nicht, antworten die Anti-Globalisten.

## Nationale Planwirtschaft

Die Wirtschaft ist im Grunde steuerbar, meinen die Gegner eines globalen, freien Marktes, und sind aufgrund ihrer Ansichten mit der Arbeiterschaft des 19. Jahrhunderts vergleichbar, die Maschinen, die ihnen „die Arbeit wegnahmen“, vernichteten. „Die wirtschaftliche Integration in globaler Dimension ist durchaus keine natürliche Entwicklung, sondern das Resultat einer gezielt und bewusst betriebenen Politik“ – schreiben Hans-Peter Martin und Harald Schumann in dem Buch „Die Globalisierungsfalle“. Deshalb wird es nach Ansicht dieser Autoren „an der Schwelle des nächsten Jahrhunderts die wichtigste Aufgabe demokratischer Politiker sein, den Staat in seiner Rolle zu festigen und den Primat der Politik über die Wirtschaft sicher zu stellen“. Es „muss gefordert werden, dass die demokratischen Staaten gemeinsam auftreten und die Normen ihres Vorgehens abstimmen“. Sie sollten auch die ökonomischen Beziehungen zu Ländern abbrechen, die sich nicht an soziale Prinzipien halten“ – meint Professor Benjamin Barber, der Autor des Buches „Djihad contra McWelt“. „Die polnische Regierung sollte bei der Zusammenarbeit mit anderen Regierungen Aktivitäten entwickeln, die eine gerechte Bilanz des gegenseitigen wirtschaftlichen Umsatzes garantieren“ – wird in dem Programm der Gruppierung Łopuszańskis verkündet.

## Nationalistische Politiker verdrängen die Linke

Die europäischen Sozialdemokraten scheinen sich an den Gedanken der zwangsläufigen Schaffung eines globalen Marktes zu gewöhnen. Deshalb wenden sich die Arbeitnehmer, die sich in der Ära der Konkurrenz des Westens mit dem Sowjetblock an stabile Arbeitsverhältnisse, hohe Transferleistungen und soziale Garantien gewohnt hatten, jenen zu, die behaupten, dass man weiterhin mit dem alten Regelsystem leben kann. „Trotz liberaler Trends beinhaltet das Wirtschaftsprogramm der FPÖ starke soziale Akzente. Der in ihm propagierte „Scheck für das

Kind“ hat allerdings mit echtem Wirtschaftsliberalismus nichts zu tun“ – meint Professor Anton Pelinka, Politologe an der Universität Innsbruck. Seiner Auffassung nach ist es einigen pro-populistischen Gruppierungen gelungen, die Arbeiterschaft an sich zu ziehen. So hat die FPÖ bei den letzten Wahlen mehr Arbeiterstimmen erhalten als die Sozialdemokraten. „Das Regierungssystem sollte sich in Richtung einer „materiellen Demokratie“ entwickeln, in der die sozialen und politischen Leistungen von allen Bürgern, unabhängig von ihrem sozialen Status, genossen werden können“ – verkündet Andrzej Lepper. „Materielle Demokratie“, aber nur für die „eigenen Leute“.

## Das Volk, das Volk über alles

Die Abschottung vor der Konkurrenz der freien Welt und das Streben nach Isolationismus fördern die Rückkehr nationalistischen Ideenguts. „Der Nationalismus wird nicht von der europäischen Landkarte verschwinden, so lange es Politiker und Intellektuelle gibt, die sich, um ihre politischen Ziele zu erreichen, auf das Gefühl nationaler Bindungen berufen können“ – meint Professor Roger Brubaker, Dozent an der kalifornischen Universität in Los Angeles und Autor des Buches „Nationalismus anders betrachtet: die nationale Struktur und die nationalen Fragen im neuen Europa“. „Die Globalisierung wird unterschiedliche Reaktionen hervorrufen und eine davon kann Haider sein“ – bemerkt Gustaw Herling-Grudziński [bekannter polnischer Exilautor und politischer Kommentator]. „Ursprünglich dachte ich, dass dieser Prozess ruhig verläuft und sich lediglich eine Zunahme der Identifikation mit den „kleinen Heimaten“ einstellt.“ Die Furcht vor dem Unbekannten und den Fremden hat allerdings noch weitere Haider produziert. Diese Furcht produziert sie auch in Polen.

## Andrzej Lepper – der Autodidakt

Andrzej Lepper wurde als jüngstes von neun Kindern in Słowęcin geboren. In seiner Jugend

betrieb er Boxen und Ringen. Aufgrund von Schlägereien war er gezwungen, mehrfach die Schule zu wechseln. Es ist nur schwer abzuschätzen, ob er dies alles hinter sich gelassen hat. Er scheint der Typ eines kühlen, zynischen Spielers zu sein. Er ist überaus medienwirksam. Er gesteht ein, Le Bons "Psychologie der Massen" und die Schriften von Goebbels studiert zu haben, der – nach Ansicht Leppers – „ein bedeutender Mensch gewesen ist“. Die Wählerschaft Leppers ist bisher auf das flache Land und Kleinstädte beschränkt. Der Führer der „Selbstverteidigung“ hat allerdings schon mehrfach unter Beweis gestellt, dass sein Verband über große organisatorische Fähigkeiten verfügt. Dennoch waren die jüngsten Straßenblockaden im März dieses Jahres nur wenig erfolgreich: statt siebzig Blockaden gab es nur dreißig Demonstrationen.

### **Tadeusz Wilecki – der gute Soldat**

In seinen Ansichten beschränkt er sich auf Gott- und Vaterlandslosungen, er kokettiert auch mit seiner Fähigkeit, mit starker Hand die Ordnung im Lande wieder herstellen zu können. Im Unterschied zu Lepper und Łopuszański lancierte er die Vorstellung, die Integration in die EU durch engere Bindungen an die USA ersetzen zu können. 1945 in einer Landwirtsfamilie in der Umgebung von Lublin geboren, absolvierte er die Offiziersschule der Panzergrenadiere in Poznań und zwei Generalstabsakademien, eine in Polen sowie die berühmte Vorošilov-Akademie in der UdSSR. Bis zu ihrer Auflösung war er Mitglied der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. In den Jahren 1992 bis 1996 übernahm er als Generalstabschef der polnischen Streitkräfte die fast ausschließliche Kontrolle über die Armee. Trotz seines Treueschwurs auf den neuen Präsidenten Aleksander Kwaśniewski wurde er des Dienstes enthoben. Seit April 2000 sitzt er, von der Belegschaft gewählt, im Aufsichtsrat des Rüstungsbetriebs Łucznik. Die Präsidentschaftskandidatur General Wileckis wird unter anderem von Vizeadmiral Marek Toczec, dem

ehemaligen Kommandeur der an der Weichsel stationierten Einheiten des Innenministeriums, dem Regisseur Bohdan Poręba sowie dem indischen Historiker Peter Raina unterstützt, der davon ausgeht, dass nur echte Polen an die Macht kommen dürfen. Seine Unterstützung für den General demonstrierte ebenfalls Bischof Zbigniew Kraszewski.

### **Jan Łopuszański – der Ideologe**

Im Vergleich mit Lepper oder Wilecki verfügt Jan Łopuszański über größere politische Erfahrung und präzisere Vorstellungen, er gilt als ideologischer Dogmatiker, dem es aber nicht an einer gewissen Elastizität mangelt. Der heute 45jährige Łopuszański ist gebürtiger Danziger. Sein Vater gehörte vor dem Zweiten Weltkrieg dem nationalen Lager an. Łopuszański war in der „Solidarność“ aktiv und hat die Christlich-Nationale Vereinigung [ZChN] mitbegründet. Nach der Wahlniederlage von 1993 knüpfte er seine Hoffnungen an Lech Wałęsa. Nach dessen Wahlniederlage und nachdem er seinen Posten bei der ZChN eingebüßt hatte, begann er mit Radio Maryja zu kooperieren. Nachdem er wegen Disziplinlosigkeit die Parlamentsfraktion der AWS [Wahlaktion Solidarność] verlassen musste, brachte er sechs Abgeordnete hinter sich, die bis heute die Parlamentsfraktion „Polnische Verständigung“ bilden. Seine organisatorische Unterstützung erhält er offensichtlich von den Hörern des Senders von Pater Rydyk [also Radio Maryja]. Welche Chancen haben Jan Łopuszański und seine Konkurrenten? Laut der diesjährigen April-Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Pentor möchten 31 Prozent der Bürger, dass Andrzej Lepper einen größeren Einfluss auf das öffentliche Leben hat, bei Jan Łopuszański sind es vierzehn Prozent der Befragten. Aus Umfragen vom März 2000 geht hervor, dass General Wilecki von jedem zehnten Bürger unterstützt wird. Dies sind beachtliche Größenordnungen, die es diesen Politikern erlauben, auf einen Erfolg bei den Parlamentswahlen zu spekulieren. Was streben sie, außer einem Wahlerfolg, noch an?

## Wir wollen ein Polen für die Polen

Dies äußerte jüngst Michał Kamiński, Abgeordneter der AWS-ZChN. Man ist also als Pole nicht deshalb besser, weil man ehrlicher, qualifizierter und fleißiger ist, sondern deshalb, weil man Pole ist. Ist dieses Hervorheben der eigenen Nationalität ein Antidotum gegen den nationalen Minderwertigkeitskomplex? Vielleicht geht es auch darum, Vorbereitungen zu treffen, um die Furcht vor der freien Welt entsprechend anfachen zu können? Nach Umfragen von CBOS meinen 39 Prozent der Polen, dass es in unserem Land zu viel Freiheit gibt, 73 Prozent klagen dagegen über mangelnde Gleichheit. Im Unterschied zu sehr populären Auffassungen besteht die potentielle Wählerschaft nationalistischer Populisten nicht aus Landwirten sowie arbeitslosen oder ungelerten Arbeitern. Denn aufgrund einer Umfrage vom April 2000, die von der „Rzeczpospolita“ in Auftrag gegeben und von der „Arbeitsstelle für gesellschaftliche Fragen“ durchgeführt wurde, erwarten 52 Prozent der Manager, dass die Regierung keine ausländischen Konkurrenten auf dem polnischen Markt zulassen wird. In den Medien hört und liest man regelmäßig Aussagen populärer Regisseure, Schauspieler, Sänger, Schriftsteller, Gelehrter und Komponisten, die die „Kommerzialisierung der Kultur“ anprangern und erobert sind, daß die Regierung die Steuergelder nicht für „wirklich ehrgeizige Werke“ einsetzt.

## Fünfzehn Prozent für die Partei eines polnischen Haiders

Bereits jetzt scheinen um die zwanzig Prozent der Polen auf einen polnischen Haider zu warten. Wer wird es werden? Bisher wird das Potential der Unzufriedenheit vom Linken Wahlbündnis [SLD] aufgesammelt. Der polnische Haider wird in Erscheinung treten, wenn es in der nächsten Kadenz zur Beschleunigung des europäischen Integrationsprozesses, zu Verhandlungen und zum Referendum kommt. Die AWS wird nach einem schwachen

Wahlergebnis auseinanderbrechen. Die Wähler werden sowohl von der AWS als auch vom SLD enttäuscht sein. Dann kann eine solche populistische Kraft in Erscheinung treten, meint Mirosław Czech, Abgeordneter der Freiheitsunion [UW] und Generalsekretär der Partei.

Das Ergebnis des diesjährigen Präsidentschaftswahlkampfes wird die Antwort liefern, wer von den Prätendenten in der Lage sein wird, nach den Wahlen des Jahres 2001 eine große Parlamentsfraktion zu bilden. Gegenwärtig scheinen Jan Łopuszanski und Andrzej Lepper größere Chancen zu haben als Tadeusz Wilecki. Aber Vorsicht, der Kampf hält an, und die Liste ist noch offen. Man kann sich weiterhin eintragen.

## Jerzy Sławomir Mac: Hitlerjugend. in: Wprost, 16.7. 2000, S. 21-24

### Neonazis schulen alljährlich einige Tausend Jugendliche

„Es solle sich um ein umsonst angebotenes Überlebenstraining mit Vorträgen, Sportveranstaltungen und Schießübungen handeln. Aber bei den Vorträgen sprachen sie nur von „Farbigen, die die weiße Rasse bedrohen“, und darüber, wie man sie vernichten kann. Sie spielten Kassetten mit Szenen ab, in denen Schwarze getötet wurden, sie befahlen uns, Nazilieder anzustimmen sowie mit ausgestrecktem Arm zu grüßen. Einer führte Karate-Tritte vor und zeigte uns, wie man einen „Farbigen“ zu treten habe, damit er „keine Chance hat, zu überleben“. Die Schießübungen bestanden aus einem Computerspiel, bei denen das Ziel abwechselnd die Gestalt des Papstes, eines Juden und eines Schweins annahm. Sie veranstalteten Nachtmärsche mit Bannern, auf denen das Hakenkreuz abgebildet war. Ich flüchtete vorzeitig aus dem Lager. Jetzt fordern sie mich auf, tausend Złoty für drei Tage im Zelt zu zahlen und drohen, mir den Kopf abzuschlagen“ – erzählt ein 18jähriger aus Zgierz (bei Łódź), der während eines Fußballspiels des Lodzer Klubs ŁKS von der konspirativ

agitierenden White Legion, die hauptsächlich unter Fußballfans agitiert, geworben wurde.

Über ähnliche Schulungsmethoden sprach in einem von der Lodzer Polizei aufgenommenen Geständnis ein Student aus Łódź, der von der legal tätigen Nationalen Wiedergeburt Polens [Narodowe Odrodzenie Polski, NOP] geworben werden sollte. Während der Sommerferien des Jahres 1998 forderte ihn ein lokaler Funktionär der NOP, ein ehemaliger Funktionär und gelernter Chemiker, dazu auf, übelriechende Substanzen zu vergießen und Bomben zu legen. „Ich stelle Semtex her, und wir sprengen die Synagoge in die Luft“ – soll er geäußert haben. Weitere Objekte für Anschläge sollten die Büros von Monar und der Arbeitsunion sowie ein Schwulenklub und das Anzeigenbüro der „Gazeta Wyborcza“ sein.

Die beiden oben zitierten Jugendlichen waren in der Lage, „nein“ zu sagen. Aber wie viele andere tun dies ebenfalls? „Große Gefühlsregungen brachte der nächtliche Fackelmarsch. Ein geradezu hinreißender Anblick: eine über mehrere hundert Meter reichende Gruppe junger Menschen mit Fackeln in den Händen hob sich geradezu märchenhaft vor dem dunklen Wald ab. Die Atmosphäre dieses Fackelzugs bleibt noch lange in den Herzen der Teilnehmer und der ansässigen Bevölkerung haften“ – schwärmt in einem Internet-Bericht der Teilnehmer an dem „Revolutionären Lager Kreuz und Schwert“, das von der polnischen Sektion der faschistischen International Third Position im August 1999 in Duszniki veranstaltet wurde.

„Wie brauchen die Schulungslager, damit wir stark, geschlossen und bewusst bleiben, damit wir für die nationalen Interessen kämpfen können“ – sagt Piotr Sitek von der Warschauer Sektion der Allpolnischen Jugend voller Stolz. Dagegen lehnt Marek Wojciechowski, der für die Informationsarbeit der NOP verantwortlich ist, ein Gespräch mit den Journalisten von „Wprost“ ab und meint: „Dieser Titel findet sich auf unserer schwarzen Liste.“

Am 1. Juli 2000 bestiegen kurz nach 15 Uhr hundert junge Männer der Zug von Olsztyn nach

Braniewo. Sie waren schwarz gekleidet und hatten kurz geschorene Haare. Ihr Ziel war die Diskothek „Bei Hassan“ in Rogiedle unweit von Dobre Miasto. Sie schrien „Heil Hitler!“ und „Sieg Heil!“ und hoben die Arme zum „deutschen Gruß“. Am Zielort wurden sie von einer weiteren Hundertschaft ähnlich aussehender Jugendlicher erwartet. Die Dorfbewohner alarmierten die Polizei. „Wir waren entsetzt. Wir fürchteten um unser Leben, denn das Ganze glich dem Angriff einer Armee.“ „Einige fingen damit an, ihre Häuser zu verbarrikadieren“ – sagt eine ältere Frau, die bis heute nicht in der Lage ist, ihre Erregung zu verbergen. Gehört und gesehen wurde dies von elf Polizisten. Keiner griff ein. Danach stiegen die Neonazis in Autobusse. Funkstreifenwagen eskortierten sie bis nach Olsztyn.

### **NOP feiert den 11. November, den Jahrestag der Kristallnacht**

Die Neofaschisten aus Olsztyn, Malbork, Elbląg, Gdańsk und Warschau ließen niemanden Fremden an ihrem Treffen teilnehmen. Die Journalisten wurden davongejagt. Sie wollten nicht mit ihnen sprechen. Vielmehr riefen sie ihnen zu: „Ihr habt Glück, dass ihr Weiße seid.“ Die Atmosphäre eines faschistischen Picknicks wurde von Musikgruppen mit den bezeichnenden Namen „Rache“, „Ehre“, „Konflikt“ und „Expansion“ angeheizt. Die aufgeputschten Skinheads liefen immer wieder vor das Gebäude der Diskothek und grölten „Heil Hitler!“ und „Sieg Heil!“ Nach 22 Uhr war das Spektakel beendet. „Diese Treffen der Faschisten hätten nicht stattfinden dürfen. Die Polizei und der Staatsschutz hätten intervenieren müssen. Ich weiß nicht, warum die Dienste diese Treffen zugelassen haben“ – meint Andrzej Smoliński, Abgeordneter der Wahlaktion „Solidarność“.

Nach unterschiedlichen Schätzungen nehmen alljährlich 7.000 bis 10.000 junge Polen an Sommeraktionen teil, die von extremistischen Organisationen mit nazistischer Orientierung durchgeführt werden. Bei der Rekrutierung sind die Folgenden am aktivsten: die offen

nazistische White Legion, die NOP, die Nationalsozialisten, aus denen die neuheidnische „Niklot“ hervorgegangen ist, sowie die Allpolnische Jugend, die nach ihrer Spaltung im Herbst des vergangenen Jahres de facto aus zwei Organisationen besteht. Gemeinsam ist ihnen die Losung „Polen den Polen“, die Verherrlichung der „weißen Rasse“, die Verachtung von Minderheiten, die Ablehnung der Demokratie, der Traum von einer Regierung der „starken Hand“ sowie der Widerstand gegen die Mitgliedschaft Polens in der NATO und in der EU. Diesbezüglich ist man mit anderen Extremisten, dem linken Flügel der Polnischen Sozialistischen Partei (Polska Partia Socjalistyczna, PPS) einer Meinung.

Die Organisationen unterhalten Kontakte zu Gruppierungen in anderen Ländern. An dem Lager in Duszniki nahmen „Kameraden“ der neonazistischen NPD aus Deutschland, der tschechischen HNS sowie Neonazis aus Großbritannien, Frankreich, Irland, Rumänien sowie Moldawien teil. Anwesend war sogar Derek Holland, der Führer von International Third Position, der in seinen Leitsätzen dazu aufruft: „Wir müssen nationale Revolutionäre, keine Karrieristen, sondern Fanatiker erziehen; wir müssen eigene Methoden und Strukturen schaffen, um unsere Kämpfer zu schulen.“

Die Schulungen der „Kämpfer“ finden in abgelegenen Pensionen, Schutzhütten und auf Campingplätzen statt. Die beliebtesten Orte der Allpolnischen Jugend sind Ustroń, Zwardoń sowie Myślenice, wo alljährlich im Juni das „national – radikale Picknick am Jahrestag des Pogroms von Myślenice aus dem Jahre 1936“ veranstaltet wird, bei dem die faschistischen Schlägertrupps von Adam Dobszyński jüdische Geschäfte und öffentliche Einrichtungen demolierten. „Niklot“ organisiert in den Wäldern um Warschau am 24. Juni die „Nächte Kupałas“ sowie Lager in Großpolen, die sich in der Nähe der Kultorte der Polanen befinden: Biskupin, Kruszwica und Cedynia. White Legion bevorzugt hingegen die Haffs um Zegrzyńskie, Solińskie und Głowieńskie. Die NOP den Glatzer Kessel, Masuren und die Ostseeküste.

Die polnischen Braunen verfügen im Lande über wohlhabende Sponsoren, sie erhalten auch Hilfe von ausländischen Bruderparteien und internationalen Organisationen, wie International Third Position. Beträchtliche Einkünfte bringt ihnen der Verkauf von Propagandamaterial. Mit Hilfe der Internet-Seite von NOP, die wöchentlich von über tausend Personen besucht wird, kann man einige Dutzend „nationale und judenkundliche“ Bücher kaufen, unter anderem die Biographie von Goebbels, den berühmten David Irving und bereits die zweite Auflage von „Mythen des Holocaust“, Kassetten und Platten mit der Musik von White Power, Zeitschriften (z. B. „Szczerebiec“ für 7,50 Złoty), T-Shirts, Plakate, Silberanhänger und Wimpel mit dem Keltenkreuz, dem Erkennungszeichen der Nazi-Skins, für jeweils 49 Złoty. Die Hauptkasse der NOP funktioniert unter dem Schild des National-Radikalen Instituts, das seinen Sitz im Gebäude der Zentrale des Verbands der Sozialistischen Jugend Polens hat, der Kaderschmiede des Linken Wahlbündnisses. Die Konten des National-Radikalen Instituts werden bei der Allgemeinen Kreditbank geführt. Nach absolvierter Schulung wartet ein praktisches Examen des ideellen Einsatzes auf die Teilnehmer der „Sommeraktionen“, das jenem ähnelt, das der Lodzer Student ablegen sollte. Von Jahr zu Jahr nimmt die Zahl gleichsam motivloser Tötungsdelikte, Überfälle und Anschläge zu. Zum Beispiel wegen des Erscheinungsbilds. So schlug am 24. Juni eine Gruppe von Skinheads zwei Langhaarige brutal zusammen. Vor einigen Jahren haben drei kahl geschorene „Soldaten“ der Polnischen Nationalen Front in Legionowo bei Warschau dreißig Obdachlose zusammengeprügelt, um „die Stadt von Abfall zu reinigen“. Zwei Opfer erlagen ihren Verletzungen. Die Mörder hatten zuvor an einer Schulung teilgenommen, die auf dem in den Masuren gelegenen Bauernhof des Führers der Polnischen Nationalen Front, Janusz Bryczkowski durchgeführt wurde. Bei der Gerichtsverhandlung stellte sich heraus, dass während dieser Schulung die Musik von White Power, bei der Gewalt und Hass verherrlicht



werden, eine wichtige Rolle spielte. Also die gleiche Musik, von der das jüngste Neonazi-Treffen in Rogiedle begleitet wurde. Ein Marschieren über Leichen findet alljährlich statt. Die Vereinigung "Nie wieder" hat eine Liste mit etwa einhundert Vergehen zusammengestellt, die im Laufe zweier Jahre aus rassistischen Motiven begangen wurden.

Im August 1998 ermordeten drei Mitglieder von White Legion anlässlich des Treffens in Władysławowo einen Menschen am Strand, indem sie ihm mit ihren Stiefeln den Schädel zertraten. Ihre Kameraden töteten einen Touristen am Haff Solińskie. Im Juli 1999 absolvierten Nazi-Skins in Mielno, Kołobrzeg und Gdynia ihre Prüfung zur „Eliminierung“ von Hippies und Bettlern ab. Im August 1999 massakrierten zwei Jugendliche aus Warschau, die an einem Lager in Zakopane teilnahmen, einen dunkelhäutigen Belgier. In Bielsko-Biała sprengte eine vierzigköpfige Gruppe von Neonazis ein Konzert der Musikband „Inwazja Mocy“ [Invasion der Macht], das auf dem städtischen Fluggelände stattfand, und verletzte drei Personen durch Messerstiche. Der August ist der beliebteste „Übungsmonat“: dann feiern die Neonazis den Todestag von Rudolf Hess, des nach dem Kriege in Haft verstorbenen Stellvertreters von Adolf Hitler.

Nazis, die in Gefängnissen einsitzen, werden zu Helden stilisiert. Damian Olesz von der NOP, der ein Urteil wegen Mordversuchs an – wie er sich ausdrückt „dem Mitglied einer informellen subkulturellen Gruppe“ absitzt, hat im Internet ein Fenster auf der Site der Partei und gibt der „nationalen“ Presse Interviews.

Die praktischen Übungen bestehen auch aus sanfteren Varianten: Straßenkundgebungen, die „weiße Stärke“ demonstrieren sollen. NOP veranstaltet sie alljährlich am 11. November, dem Tag der nationalsozialistischen Kristallnacht. Die Allpolnische Jugend beginnt die Saison am dritten Mai, in diesem Jahr war es ein Treffen am Annaberg, bei dem man den Ku-Klux-Klan hochleben ließ. Nach dem alljährlich in Ustroń durchgeführten Schulungslager (im

letzten Jahr standen ihm die Abgeordneten Adam Słomka und Jan Łopuszański Pate) demonstrierten die Allpolen am 24. Juni vor der Vertretung der EU in Warschau.

Die Strategie für die diesjährige „Sommeraktion“ hat NOP bereits im Januar auf einem geheimen Treffen in der Nähe Warschaws erarbeitet. Begonnen wurde mit Manövern im Glatzer Kessel. „Dies war so ein Überlebenstraining, wir haben Laufübungen auf der Owcza Góra durchgeführt und uns dann entspannt“ – weitere Einzelheiten wollte der Organisator der Maßnahme, ein Funktionär des Jugendzirkels der NOP für das Gebiet Kłodzko [Glatzer Land] nicht verraten. Die Teilnehmer an den Manövern sollten dann auf die Ergebnisse des in Świdnik durchgeführten Probereferendums bezüglich des EU-Beitritts Einfluss nehmen. Wie sie selbst einräumen, fiel diese Aktion freilich recht blass aus, „obschon es eine Kooperation mit der Allpolnischen Jugend und der Union für Reale Politik gegeben hatte.“

Es ist bekannt, dass zahlreiche Zusammenkünfte der NOP, aber auch der Allpolnischen Jugend aus Łódź, die Wahlkampfveranstaltungen ihres Präsidentschaftskandidaten Jan Łopuszański einrahmen werden. Die Mehrheit der Allpolen wird dagegen Tadeusz Wilecki unterstützen. Die Nationalisten stellen seine Garde und seine Öffentlichkeit.

Łopuszański, seine Skinheads und die Musik von White Power werden von Radio Maryja unterstützt, das Interviews mit den „Stars“ ausstrahlt, obschon die Extremisten angekündigt haben, die diesjährige Wallfahrt nach Tschenstochau nachhaltig zu stören. Ziel der Angriffe sollen jene Akademikerkreise sein, die von „Judeo-Priestern“ angeführt werden. Der Israel-Besuch des Papstes sowie das Schuldgeständnis der Kirche gegenüber den „älteren Brüdern“ haben den Hass der extremen Nationalisten entfacht. „Wir werden Zeugen eines schändlichen Handelns einiger Priester und Bischöfe“, so die Losung der von NOP

herausgegebenen Schrift „Krucjata” [Kreuzzug], mit der die Kirche angegriffen werden soll.

Die während der „Sommeraktionen” neu geworbenen Mitglieder müssen sich nicht die Schädel kahl scheren und die Symbole der Zugehörigkeit der „weißen Rasse” auf die Arme tätowieren lassen. Dies wäre sogar kontraproduktiv, denn es sieht nicht gut aus, wenn bei „patriotischen” Manifestationen ausschließlich Glatzköpfige mit marschieren. Für die debütierenden Neonazisten, besonders dann, wenn sie noch in Ausbildung sind, gibt es geheime Codes und Symbole, die sie vor Entdeckung schützen sollen. Da die

Eltern diese nicht kennen, wissen sie nicht, dass ihr Sohn während der Ferien einer extremistischen Organisation beigetreten ist. Sie können nichts Schlimmes darin erblicken, dass ihr Sohn seine Freunde als „Kameraden” bezeichnet, dass über seinem Bett anstelle der Spice Girls ein Plakat der Gruppe „Expansion” hängt, dass er seine Kleidung mit einem schwarzen Kreuz, das von einem Kreis umgeben ist, geschmückt hat, dass es so seltsam klingende Wörter wie „rahowa” oder „wigger” verwendet, seine Briefe mit zwei Achten unterzeichnet und am 20. April eine Kerze entzündet.

*Otfried Höffe*

## **Demokratie im Zeitalter der Globalisierung**

München 1999, Verlag C.H. Beck, 476 Seiten.

In Heft 3/99 der „Außerschulischen Bildung” unterzog Peter Robejsek vom Internationalen Institut für Politik und Wissenschaft den Begriff der Globalisierung einer kritischen Analyse und schlug einen Pfad durch das Dickicht der kaum noch überschaubaren Literatur zu diesem Thema. Doch trotz des zunehmenden Bemühens, das Schlagwort der Globalisierung in der wissenschaftlichen Analyse vom Ballast der Instrumentalisierung durch Verfechter divergierender politischer und ökonomischer Interessen zu befreien, bleibt der Begriff in der öffentlichen Debatte ebenso vielfältig wie unscharf und in hohem Maße auf ökonomische Entwicklungen begrenzt.

Umso bemerkenswerter ist der vorliegende Band „Demokratie im Zeitalter der Globalisierung”, mit dem Otfried Höffe, Philosophieprofessor und Leiter der Forschungsstelle Politische Philosophie an der Universität Tübingen, dem Begriff nicht nur die notwendige analytische Schärfe gibt, sondern auch eine mehrdimensionale Annäherung unternimmt. Das ambitionierte Werk, das Höffes frühere Veröffentlichungen zur politischen Philosophie fortentwickelt, mündet in nichts weniger als dem Modell einer neuen Weltgesellschaft.

Ausgangspunkt der Überlegungen ist der globale Handlungsbedarf, der durch die gesellschaftliche Wirklichkeit unserer Zeit entsteht. Dieser bedarf nach Ansicht des Autors eines ebenso globalen Gemeinwesens, „einer weltweiten Rechts- und Staatsordnung, die sich um der emphatischen Selbstorganisation willen als globale Demokratie, als Weltrepublik etabliert. Mit ihr reicht die Verantwortung kollektiver Akteure über die Grenzen einzelner Staaten, selbst Staatengruppen hinaus; und die Lösung globaler Probleme bleibt weder nur den Marktkräften (Neoliberalismus) noch einer bloß kontingenten Evolution (Systemtheorie) oder deren Verbindung überlassen.” (S. 9)

Im einführenden Kapitel diagnostiziert Höffe die Auswirkungen der Globalisierung auf Politik, Wirtschaft, Kultur, Sicherheit und Umwelt. Dabei wird deutlich, dass das Phänomen Globalisierung zum einen gar nicht so neu ist, wie es die aktuelle Diskussion bisweilen glauben macht. Vielmehr verweist Höffe mit Recht darauf, dass das anthropologisch bedingte Globalisierungspotenzial schon seit der Antike zu einem regen Austausch der Kulturen führte. Zum andern relativiert der Autor den Begriff der Globalisierung, indem er darauf verweist, dass

selbst im wirtschaftlichen Bereich der "globale" Handel vor allem zwischen der EU, Japan und den USA stattfindet. Mit Blick auf das Internet als revolutionärster Neuerung unserer Zeit könnte man ergänzen, dass beispielsweise der gesamte afrikanische Kontinent lediglich 0,4 Prozent des Inhalts des sogenannten *World Wide Web* liefert, ohne Südafrika sogar nur 0,02 Prozent. Insofern ist Höffes Fazit zuzustimmen, die gegenwärtige Globalisierung bedeute "erst einen Trend, nicht schon dessen schließliches Resultat. Wir leben in einer 'Zivilisation im Übergang', die *eine* und in jeder Hinsicht global vernetzte Weltgesellschaft gibt es – noch – nicht." (S. 25) Dennoch bedarf es auch in dieser Transitionsphase neuer Antworten.

Höffe entwickelt daher das Modell einer selbstverantwortlichen Gesellschaft, einer auf Gerechtigkeitsprinzipien beruhenden und daher qualifizierten Demokratie. Gemäß dem Anspruch einer "politischen Fundamentalphilosophie" begnügt sich Höffe nicht mit der Forderung nach globaler Demokratie oder Demokratisierung, die bereits eine grundsätzlich positive Haltung zu dieser Form menschlicher Selbstorganisation voraussetzt, sondern geht auf skeptische Rückfragen ein. "Erstens: Besteht das Ideal in der bloßen Demokratie oder erst in ihrer qualifizierten Form, in ihrer Verbindung mit Gerechtigkeitsprinzipien, namentlich den Menschenrechten? Zweitens: Ob schlichte oder qualifizierte Demokratie: hängt das politische Ideal von den Prämissen einer Kultur, der westlichen Neuzeit, ab, oder ist es kulturübergreifend gültig?" (S. 39) Dementsprechend analysiert Kapitel 2 eine universal gültige Legitimationsaufgabe, die Zwangsbefugnis, sowie ein universales Legitimationskriterium, die allseitige Zustimmungswürdigkeit aufgrund allseitigen Vorteils. Aus diesem Legitimationskriterium ergeben sich normative Sozialprinzipien, die Gegenstand der Kapitel 3 und 4 bilden: "zunächst ein universales Rechtsangebot mit universalen Rechtsprinzipien, sodann sukzessive ein universales Staats- und ein universales Demokratiegebot" (S. 39). Nach Einführung der zwei komplementären Staatsprinzipien Subsidiarität und

Föderalismus (Kapitel 5) erörtert Höffe die These der globalisierungsbedingten Entmachtung des Einzelstaates. Er kommt hier zum Ergebnis, dass unter bestimmten Bedingungen der Nationalstaat nicht überholt sei: "Weder empirische noch legitimatorische Gründe lassen ihn als anachronistisch erscheinen und sprechen für seine schlichte Auflösung. Weder wird er durch die Globalisierungskräfte weggespült noch durch den globalen Handlungsbedarf vollständig delegitimiert, in beiden Hinsichten jedoch relativiert" (S. 188 f.).

Im Gegensatz zu herkömmlichen Demokratietheorien, die sich oftmals mit einer institutionellen Theorie begnügen, schließt Höffe diesen Teil des Buches mit Überlegungen zur personalen Entsprechung in Form von Bürger-tugenden ab.

Nach diesen grundlegenden Erörterungen wird im zweiten Teil des Buches der Gedanke einer subsidiären und föderalen Weltrepublik entwickelt. Das hierzu einführende Kapitel 8 "Ein Blick in die Geschichte" stellt den thematischen Bezug zu den Klassikern der Politischen Philosophie her. Der kundige Streifzug durch die Ideengeschichte zeigt nicht nur, dass es lohnenswert ist, sich immer wieder mit den Klassikern auseinanderzusetzen, sondern lässt im konkreten Fall auch auf eine gewisse Sympathie des Autors für Kant schließen. Die Frage "Ist eine gerechte Weltordnung nicht auch ohne einen Weltstaat möglich: als strategische Weltordnung, als Regieren ohne Regierung bzw. ohne Staat oder als Demokratisierung der Staatenwelt?" (S. 227 f.) beantwortet Höffe in Kapitel 9 negativ. Die eigentliche Aufgabe bestehe daher in der Schaffung einer subsidiären und föderalen Weltrepublik, die sich den Bedingungen einer freiheitlichen Demokratie unterwirft, und zwar nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung zu den weiterhin legitimen Einzelstaaten sowie transnationalen kontinentalen Zwischenstufen (Kapitel 10). Die neue Weltrepublik dürfe kein "globaler Leviathan" werden, sondern müsse lediglich für bestimmte, eng begrenzte Aufgaben eine überragende Macht darstellen (Kapitel 11, S. 315.). Um deren

Institutionen zu schaffen und mit Leben zu füllen, bedarf es abermals bestimmter Bürger-tugenden: "Ohne eine weltbürgerliche Motivation und ihre Stabilisierung in Gewohnheiten und Charaktermerkmalen, ohne weltbürgerliche Haltungen, kann eine Weltrepublik weder eingerichtet noch erhalten werden" (Kapitel 12, S. 335). Zu diesen Welt-Bürgertugenden zählt Höffe einen Welt-Rechtssinn, einen Welt-Gerechtigkeitssinn, einen Welt-Bürgersinn sowie einen Welt-Gemeinsinn.

Der dritte Teil des Buches behandelt beispielhaft Aufgaben dieser Weltrepublik, deren wichtigste sich aus den universal gültigen Menschenrechten ergeben. Dazu zählen Fragen der globalen Sicherheit sowie des zwischenstaatlichen und weltbürgerlichen Rechts (Kapitel 13), Probleme der Selbstbestimmung der Völker, der Sezession ethnischer Gruppen aus einem Staatsverband und der humanitären Intervention (Kapitel 14) sowie Fragen der rechtlichen, sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen des Weltmarkts (Kapitel 15). Im Schlusskapitel skizziert Höffe die komplexe Weltordnung unter der Fragestellung "Wie sieht eine Weltgesellschaft aus, die sich selbst organisiert und ihre Selbstorganisation sittlich-politischen Ansätzen unter-

wirft?" (S. 422). Er erörtert dabei mögliche kritische Einwände ebenso wie den langen Weg, der bis zur Errichtung der Weltrepublik gegangen werden muss.

Ein umfassendes Literaturverzeichnis sowie ein Personen- und ein Sachregister schließen den Band ab.

Wer sich vom Umfang und von der analytischen Dichte des Bandes nicht abschrecken lässt, wird die Ausführungen Höffes mit ähnlichem Gewinn lesen wie die Klassiker der Politischen Philosophie, auf die der Autor Rekurs nimmt. Dem Werk ist eine hohe Verbreitung zu wünschen, insbesondere bei allen, die in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Verantwortung tragen. Ein Kritikpunkt sei indes gestattet: Wenn Sie zu denjenigen gehören, die ein Buch nach dem Cover auswählen, so sollten Sie sich vom scheußlichen Schutzumschlag nicht abschrecken lassen. Er lässt sich glücklicherweise leichter beseitigen als die Probleme, die Höffe thematisiert.

*MW*

*Werner Faulstich*

## **Medienkulturen**

Wilhelm Fink Verlag, München 2000, 229 S.

Unbestritten: Von den Massenmedien geht eine ungemaine Faszination aus, die alle gesellschaftlichen Lebensbereiche mittlerweile berührt. Ein schier unerschöpfliches Angebot an Bild- und Textinformationen steht jedem zur Verfügung, der durch visuelle Medien und Printmedien, durch Computer und Internet Zugang zu den (authentischen sowie anfechtbaren und sensationslüsternen) Nachrichten dieser Welt finden möchte. Dem Göttinger Medienwissenschaftler Werner Faulstich geht es hingegen in seinem Sammelband „Medienkulturen“ um

einen kulturwissenschaftlichen Zusammenhang, um Verbindungsmöglichkeiten medialer Gegenwart und Traditionen der Mediengeschichte. Die vorgestellten Beiträge, über einen Zeitraum von zwanzig Jahren verteilt, suchen hinter den vordergründigen Reizen und Attraktionen der visuellen und akustischen Medien Strukturen und neue Subsysteme zum besseren Verstehen einer global vernetzten Weltkultur. Das ist eine denkwürdige und sehr löbliche Herausforderung, die durch die thematische Bandbreite und Lesbarkeit der Texte gemeistert wird und zudem

beweist, dass „traditionelle“ Medien wie die Musik nicht so einfach von „neuen“ verdrängt werden können und dürfen. Auch den identitätsstiftenden Charakter von Medienkultur lässt Faulstich nicht links liegen: Medienkultur leistet „nichts weniger als die Verortung des Ichs in seiner Zeit, den Entwurf von Sinn als Konstruktion von Identität“ (S. 10). Mit anderen Worten: Mediengeschichte als Konstrukt, Heerscharen von Professoren, Doktoren und Dozenten lehren diese Sicht in den Fächern Publizistik und Medien an den Universitäten Deutschlands.

Faulstich schlüsselt alle medialen Bereiche auf, ohne sich im Allgemeinen oder in Redundanz zu verlieren. Er wagt sich an die Kultur der brodelnden Metropole New York, um dort von der amerikanischen Massenkultur (McDonald, Pizza Hut, Coca Cola) Wege zur topografischen Kultur Manhattans zu finden, aus der so bekannte Filmgrößen wie Woody Allen („Zelig“, „Der Stadtneurotiker“) stammen, der mit seinen Großstadtneurosen auch ein europäisches Publikum fand, auch wenn sein Stammpublikum in Deutschland (lange Zeit etwa eine halbe Million Besucher pro Film) mittlerweile bröckelt.

Manche Schaubilder oder Modelle hingegen sind leicht konfus (wie etwa das Schaubild zum Teufelsfilm, S. 75), verweisen aber immer auf den Charakter der (in dem Fall inneren) Vernetzung und der Selbstreflexion des jeweiligen Mediums. Lesenswert, gleichwohl provokant formuliert, der Beitrag zur Rockkultur (Janis Joplin und Bob Dylan), oder wie Faulstich es nennt, „über das Verhältnis heutiger Lyrik zur Tradition“. Tradition, das heißt für Faulstich sich mit dem „kulturell einflußreichsten Dichter

des 20. Jahrhunderts“ (S. 29) auseinanderzusetzen, mit Bob Dylan, der „mit seiner Poesie ganze Generationen und deren Weltsicht geformt hat“ (S. 29).

Auch die kulturwissenschaftlichen und medienethischen Aspekte der Pornographie-Debatte packt Faulstich in überzeugende Argumente und deckt argumentativ klug Schwächen in der hiesigen und zeitlosen, weil sich ständig wiederholenden Debatte auf. Fragwürdige moralische Kriterien werden bloßgestellt, „sachliche Inkompetenz“ (S. 139) geißelt, da in der breiten Debatte oftmals „Kenntnisse pornographischer Werke“ (S. 139) fehlten. Auch das Problem der „Dysfunktionalität“ und der verworrenen Terminologie (Man sagt Pornographie, meint aber etwas anderes) wird nicht verschwiegen. Keiner kann klar definieren, was Pornographie ist, hatte schon 1985 eine kanadische Kommission entschieden. Die Verlogenheit und Doppeltzungigkeit der Werbung, die die Ausbeutung von Phantasien extrem beschleunigt (Sex als Ware etc.), weil sie nur so kapitalistisch funktionieren und bestehen kann, wird heutzutage eher achselzuckend zur Kenntnis genommen. Und wer würde bestreiten, dass ein frei zugänglicher Porno-Kanal auch zu tiefster Nachtzeit nicht fantastische Einschaltquoten bringen würde? In Deutschland, aber wohl auch in jedem anderen europäischen Land! Insgesamt also ein lesenswerter Diskurs quer durch alle Mediengattungen, nur eine „ältere“ Geschichte – „der Spielfilm als Traum“ (1985) – hätte sich Faulstich sparen können und ein aktuelleres Beispiel in den Band einfügen können.

*wd*

*Erwin Gatz (Hrsg.)*

## **Kirche und Katholizismus seit 1945. Band 2. Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa.**

Ferdinand Schöningh. Paderborn München Wien Zürich 1999, 283 S.

Dieses als Band 2 der von Erwin Gatz betreuten Reihe „Kirche und Katholizismus seit 1945“, konzipierte Handbuch, das insgesamt auf vier Bände ausgelegt ist, erweist sich aufgrund des sachlich ausgewogenen Stils aller Einzelbeiträge, als lohnenswerte und anregende Lektüre. Es sind besonders die Beiträge über Länder und Regionen, in der sich der Katholizismus und die katholische Kirche schon lange vor 1945 in einer ausgesprochenen Diaspora-Situation befanden, die die Aufmerksamkeit des Lesers auf sich ziehen. Ich denke hier an die Beiträge zu Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Jugoslawien, Mazedonien, Rumänien sowie zur Sowjetunion / GUS. Eindeutiger und bekannter waren und sind hingegen die Entwicklungen und Verhältnisse in den baltischen Staaten (besonders Litauen), Kroatien, Polen, der Slowakei, in Slowenien, Tschechien, der Ukraine und Ungarn. Insofern stellen die konzisen Lexikon-einträge hinsichtlich dieser ersten Gruppe von Ländern und Regionen auch für den Osteuropa-Historiker einen echten Erkenntnisgewinn dar.

Aber auch im Hinblick auf die zweite Ländergruppe ermöglichte die Entwicklung nach 1989, mit dem Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens sowie der friedlichen Separation der Slowakei vom einstigen Gesamtstaat Tschechoslowakei, heute differenziertere Ein- und Ausblicke. Da die Autoren in ihren Einzelbeiträgen dankenswerter Weise auch die historische Entwicklung in den einzelnen Ländern und Regionen rekapitulieren, kommt es da, wo es bis zur Wende Anfang der neunziger Jahre noch vereinte Staatensysteme gab, zu Dopplungen. Beim genaueren Lesen stößt man allerdings durchaus auf Nuancen, die der subjektiven Optik des jeweiligen Autors zu danken sind.

In der erfrischend konzisen Einleitung von Erwin Gatz wird deutlich, dass der nach 1945 im

sowjetisch dominierten Teil Europas einsetzende Kampf gegen das Christentum, und besonders gegen die katholische Kirche, einem ganz bestimmten Schema folgte, bei dem es den kommunistischen Staatsführungen in der Regel darum ging, die Kirchen zu instrumentalisieren und sie dem Einfluss des Vatikans zu entziehen. Dabei setzte man bekanntlich die unterschiedlichsten Formen der Entmachtung und Unterdrückung in Gang, die von spitzfindiger Diplomatie, über den Aufbau von quasi-kirchlichen, staatstreuen Konkurrenzinstitutionen, dem Auspielen verschiedener Kirchenorganisationen (Katholiken, Unierte, Orthodoxe) bishin zu Enteignungsmaßnahmen, Unterwanderung, Folter sowie physischer Vernichtung reichten. Die Gegenreaktionen des Vatikans sowie der einzelnen Landeskirchen fielen angesichts des enormen Drucks und der allwaltenden Definitionsmacht der staatlichen Parteiapparate entsprechend differenziert aus: sie reichten von kategorischer Ablehnung über historische Kompromisse und den Aufbau von Katakomben-Kirchen bishin zu Haltungen, die zahlreiche Märtyrer bei der katholischen Priesterschaft, in den Kirchenhierarchien, aber auch bei den katholischen Laien, forderten. Letzteres erwies sich besonders in jenen katholischen Landeskirchen, gegen die die Nationalsozialisten so nachhaltig gewütet hatten, als geradezu tragisch, führte aber im Resultat zu einer Stärkung des schon an sich beträchtlichen Widerstands bei der katholischen Basis. Ungeachtet dessen erblickten auch kirchenferne Gesellschaftsschichten, mangels pluraler Entwicklungsmöglichkeiten, in der (katholischen) Kirche ein wichtiges Antidotum gegen den das Individuum vereinnahmenden Totalitarismus. Interessant ist dabei nachzuvollziehen, in welcher Form sich dieser Widerstand vollzog und welche Konsequenzen sich hieraus ergaben.

Dass dabei nach 1978 das Pontifikat Papst Johannes Pauls II. eine herausragende Rolle gespielt hat, braucht nicht eigens hervorgehoben zu werden, auch wenn es gewiss Johannes XXIII. war, der mit seiner neuen Ostpolitik die ersten wichtigen Signale setzte.

Nach der Wende des Jahres 1989 steht die katholische Kirche in den postkommunistischen Staaten allerdings vor neuen, gravierenden Herausforderungen, da das alte Schema der Konfrontation mit der kommunistischen Weltanschauung und Staatshierarchie seine Wirkung weitgehend eingebüßt hat. Der Trend zu Entkirchlichung und Verweltlichung, wie er sich in

Westeuropa seit Jahrzehnten abzeichnet, hält auch in den postkommunistischen Staaten Einzug. Gleichzeitig werden an die katholischen Kirchen dieser Länder, angesichts weiterhin schwieriger sozialer Verhältnisse und Konflikte, neue Erwartungen und Forderungen herangebracht. Diesen Entwicklungen gehen die Autoren dieses gut redigierten Bandes, der über einen angemessenen wissenschaftlichen Apparat verfügt, ebenfalls nach, so dass der Transfer zur Gegenwart gewährleistet wird.

ZW.

*Magarditsch A. Hatschikjan, Franz-Lothar Altmann (Hrsg.)*

## **Eliten im Wandel. Politische Führung, wirtschaftliche Macht und Meinungsbildung im neuen Osteuropa.**

Verlag Ferdinand Schöningh. Paderborn; München; Wien; Zürich 1998, 269 S.

Dieses umfangreiche Buch, das als Band 32 der Studien zur Politik im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung veröffentlicht wurde, gliedert sich in fünf thematische Kapitel, denen eine Einleitung von M. A. Hatschikjan und F.-L. Altmann vorangestellt ist, in der die Herausgeber über die Konzeption dieser Abhandlung Auskunft geben. Sie verdeutlichen, dass die Autoren zumeist osteuropäische Soziologen, Journalisten und Historiker sind, die ihre Beiträge unterschiedlichen Ansätzen folgend angelegt haben, so dass wir es mit recht verschiedenen Textsorten zu tun haben.

Eine Ausnahme bildet das erste Kapitel, in dem Paul Noack die deutsche Elitenbildung (Elite und Massendemokratie) und Pierre Gremion einen Ausschnitt der französischen Entwicklung (Schriftsteller und Intellektuelle in Paris) nachzeichnen.

Im zweiten Kapitel, das den Titel „Geist, Macht, Besitz“ trägt, kommen dann die Autoren mittel- und südosteuropäischer Provenienz zum Zug. Gil Eyal und Ivan Szelenyi analysieren das für

Mitteleuropa bezeichnende Paradoxon, dass in diesen Transformationsstaaten eine kapitalistische Gesellschaft ohne Besitzbürgertum entsteht und leiten daraus die These ab, dass der Übergang zu Kapitalismus und parlamentarischer Demokratie durch ein sogenanntes „zweites Bildungsbürgertum“ getragen wird. Dieses sei aus der Melange ehemaliger Dissidenten und früherer kommunistischer Eliten entstanden.

Einem ganz anderen Ansatz folgt der als Essay angelegte Text von Rumen Dimitrov, in dem der Autor die These aufstellt, daß der Postkommunismus in Bulgarien in erster Linie an einem ganz offensichtlichen Mangel an Eliten leidet, an deren Stelle sich vielmehr die Mafia – als ökonomische Führungsschicht etabliert habe. Die Folge für das postkommunistische Bulgarien sei deshalb ein weiterer Verfall des Öffentlichen.

Im dritten Kapitel „Zirkulation, Reproduktion, Konversion“ zeichnen Petr Mateju und Eric Hanley die Herausbildung ökonomischer und politischer Eliten in Ostmitteleuropa nach. Dabei

können Sie zur Untermauerung der von ihnen kompilierten sozialwissenschaftlichen Theorien auf tschechische, polnische und ungarische Ergebnisse einer breit angelegten, repräsentativen europäischen Studie zurückgreifen. Sie kommen zum Ergebnis, dass es in diesen drei Transformationsstaaten zu einer erheblichen Zirkulation der Eliten gekommen ist, besonders im Bereich der politischen Kader.

Ganz anders die Situation in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens, wie der Aufsatz von Ljiljana Smajlović verdeutlicht. Hier bestehen die „neuen Eliten“ in der Regel aus Angehörigen der alten kommunistischen Nomenklatura, die allerdings eine offenkundige Wendung zu einem populistischen Nationalismus vollzogen haben. Bezeichnend ist auch eine verbreitete Versorgungsmentalität und Korruption bei den führenden Familienclans sowie der Einheit von politischer und ökonomischer Macht, der kaum zu enttrinnen ist.

Im vierten Kapitel, das die Überschrift „Allmacht, Einfluß, Ohnmacht“ trägt, geht es dann um das Selbstverständnis ehemaliger und aktueller Eliten in der Sowjetunion und in der russischen Föderation sowie das Verhältnis zwischen intellektuellen und politischen Eliten im heutigen Rußland. Aleksej M. Salmin kommt dabei zum Ergebnis, dass sich eine neue Intelligencija in Rußland noch nicht formiert habe, und daß ihr Einfluss auf Politik und Wirtschaft des Landes marginal bleibe.

Einer anderen Fragestellung ist der Beitrag von Dušan Reljić gewidmet. Der Autor zeichnet den Kampf um die Medien in Osteuropa nach, konstatiert einen „Pluralismus unfreier Medien“, referiert den erheblichen Druck von Politik, Privatbesitz und Ausland auf die neuen Medienlandschaften, und diagnostiziert eine weitgehende Kooperation und Interessensan-

gleichung zwischen Medienpolitik und Wirtschaftseliten.

Im abschließenden fünften Kapitel setzt sich M. A. Hatschikjan schließlich mit den unterschiedlichen Strukturen des Elitebegriffs in Ostmitteleuropa und Südosteuropa bzw. Rußland auseinander. Er stellt hier wie dort die Vorherrschaft der politischen Eliten über andere Teileliten fest, was auf die Schwäche des erst entstehenden Besitzbürgertums und den noch immer hohen Staatsanteil in der Wirtschaft (Manager weiterhin als Staatsfunktionäre) zurückzuführen sei. Für die Lage der sich in Mittel-, Ost- und Südosteuropa herausbildenden Eliten sei bezeichnend, daß ihre Position zwischen Autonomie und Abhängigkeit oszilliere und durchaus nicht als gefestigt gelten könne.

Nach Lektüre dieses mit wissenschaftlichen Bibliographien ausgestatteten Bandes, dessen Texte aus den Ursprungssprachen in ein leserfreundliches Deutsch übertragen wurden, gewinnt man den Eindruck, daß die klassische Einteilung in ein lateinisches, orthodoxes und muslimisches Mittel-, Südost- und Osteuropa mit all ihren unterschiedlichen sozialen, wirtschaftlichen und zivilisatorischen Erscheinungen auch hinsichtlich der Herausbildung regionaler und lokaler Eliten ihre volle Entsprechung findet. Dieser Befund kann nicht überraschen, er legt lediglich zum wiederholten Male in aller Deutlichkeit offen, dass die Transformation in all den hier behandelten Staaten und Gesellschaften sehr unterschiedliche Pfade beschritten hat. Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Bildung im Westen sind deshalb aufgefordert, diesen Prozessen differenziert nachzugehen und daraus die entsprechenden Schlüsse zu ziehen. Dieses Buch trägt mit Sicherheit dazu bei.

ZW.



*Bohdan Musial*

## **Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939-1944.**

Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 1999, 435 S.

Der durch seine fachliche Kritik an der Wehrmachtsausstellung auch in der breiteren Öffentlichkeit bekannt gewordene polnische Historiker Bohdan Musial, der seit 1985 in der Bundesrepublik lebt, beschäftigt sich in dieser Arbeit, die seine Dissertation darstellt und als 10. Band der Quellen und Studien des Deutschen Historischen Instituts Warschau erschienen ist, mit der Zeit der deutschen Besatzung in Polen. Dabei widmet er sich den Verhältnissen im Distrikt Lublin, einem der vier (später fünf) Distrikte des Generalgouvernements. Musial greift mit dem Thema der deutschen Zivilverwaltung einen Forschungsgegenstand auf, der in der deutschen und polnischen Fachliteratur bisher relativ spärlich behandelt wurde. Seine Untersuchung baut auf zum Teil noch unveröffentlichten Quellen auf und zeichnet sich durch einen sachlich referierenden Stil aus. Freilich hat der Autor hinsichtlich der deutschen Okkupation Polens und des näher untersuchten Distrikts Lublin auch auf einige Standardwerke polnischer Historiker zurückgreifen können, die ihm den Einstieg in diese komplexe Thematik gewiss erleichtert haben.

Entsprechend den Leitlinien des Generalgouverneurs Hans Frank war das gesamte Gebiet des Generalgouvernements während der deutschen Besatzungszeit eine Zone intensiver materieller Ausbeutung, in der allerdings zusätzlich die auf Segregation und Vernichtung der jüdischen Bevölkerung orientierte Politik der Nationalsozialisten umgesetzt wurde. Insofern kam es auch im Distrikt Lublin sehr bald zu Konflikten zwischen der Zivilverwaltung und hohen Polizei- und SS-Stellen, wie die Landesressourcen und die einheimischen polnischen und jüdischen Arbeitskräfte am effektivsten auszubeuten seien, ohne dabei die seit 1942 massiv einsetzende Vernichtungspolitik gegenüber der jüdischen Bevölkerung zu gefährden.

Bezeichnender Weise blieb die Argumentation der deutschen Zivilverwaltung in diesem Kontext ökonomisch und ideologisch funktional, wurden humane Aspekte nicht ins Feld geführt.

Bei den sich nach dem Überfall auf die Sowjetunion intensivierenden antijüdischen Maßnahmen lagen die Kompetenzen eindeutig bei der deutschen Zivilverwaltung, die die Enteignung und Entrechtung der jüdischen Bevölkerung so konsequent umsetzte, dass diese total verarmte, und aufgrund katastrophaler hygienischer Verhältnisse in den Ghettos organisiertem Hunger und den daraus resultierenden Seuchen ausgesetzt wurde. In der pervertierten Logik der Nazis machte die endgültige Liquidierung der geschwächten und unproduktiven Juden, die auch von Angehörigen der deutschen Zivilverwaltung als „unnütze Esser“ apostrophiert wurden, somit „Sinn“.

Für die ab März 1942 organisierten Massendeportationen und Massenmorde an den Juden, die in „besonderem Auftrag des Führers“ erfolgten, macht Musial in erster Linie Hans Frank verantwortlich, obschon auch deutlich wird, dass sich ab diesem Zeitpunkt der Polizei- und SS-Apparat endgültig gegen die deutsche Zivilverwaltung durchgesetzt hatte. Dies wird durch das Wirken Odilo Globocniks, des ergebenen Vollstreckers der Rassenpolitik Heinrich Himmlers im Distrikt Lublin, wo sich zwei der sechs Vernichtungslager, nämlich Belzec und Sobibor, befanden, eindrucksvoll verdeutlicht. Globocnik war auch maßgeblich an der „Aktion Reinhardt“ beteiligt, der im Herbst 1943 ca. 1,75 Mio. Menschen zum Opfer fielen. Diese unter dem Tarnbegriff „Aussiedlungsaktion“ erfolgende Massenvernichtungsaktion wurde – und das weist Musial eindeutig nach – von der deutschen Zivilverwaltung massiv befördert, denn es waren die deutschen Kreishauptleute, die vor Ort und

in letzter Instanz die Selektion in „unwertes“ und „noch ausbeutbares“ jüdisches Leben vornahmen. Dabei hatten nur die wenigsten deutschen Beamten Skrupel, viele bereicherten sich gar am „herrenlosen“ Besitz der Ermordeten.

Besonders hervorzuheben ist der Umstand, dass Musial in einem sorgfältig recherchierten biographischen Anhang dem weiteren Schicksal der höher gestellten deutschen Zivilbeamten des Distrikts Lublin nachgegangen ist. Etliche von ihnen machten im Nachkriegsdeutschland beachtliche Verwaltungskarrieren, die wenigsten wurden zur Rechenschaft gezogen, und einige beharrten sogar darauf, ahnungslos gewesen zu sein oder sich besonders grausamen Weisungen aktiv widersetzt zu haben. Interessanter Weise

gab es in den 50er Jahren sogar einen „Freundeskreis der ehemaligen GG-Beamten“.

Deshalb darf abschließend auch füglich behauptet werden, dass mit dieser Untersuchung Bohdan Musials nicht nur eine Lücke bei der Erforschung der Funktionsweise und des Selbstverständnisses des nationalsozialistischen zivilen Repressionsapparats im besetzten Polen geschlossen wird, sondern ebenfalls ein selektiver, vielleicht aber durchaus exemplarischer Einblick in teilweise prominente Verwaltungskarrieren ehemaliger Nationalsozialisten im Nachkriegsdeutschland gegeben wird.

ZW.

## **Ansichten. Jahrbuch des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt (10).**

Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 1999, 312 S.

Wie Dieter Bingen, der neue Leiter des Deutschen Polen-Instituts, in seinem Vorwort und seinem einleitenden Aufsatz „Nur der Wandel ist beständig“ hervorhebt, wird es in Darmstadt eine konzeptionelle Veränderung geben. Sowohl politische als auch wirtschaftliche Themen sollen in Zukunft eine größere Rolle spielen, der Bereich der Kultur wird aber keinesfalls vernachlässigt werden. Das Jahrbuch Nr. 10 spiegelt diesen Sachverhalt in seinem ersten Teil „Essay“ eindrucksvoll wider. Neben dem einleitenden, bereits erwähnten Text von Bingen, in dem er die neuen Aufgaben und Herausforderungen für das DPI benennt, finden sich hier Beiträge aus Aleksander Wats „Mein Jahrhundert“ in deutscher Übersetzung, ein Interview mit dem namhaften polnischen Soziologen Zygmunt Bauman, der seit Jahrzehnten im Westen lehrt und lebt, ein Beitrag von Leszek Balcerowicz über den Wandel in Polen sowie eine Auswahl von Briefen, die Hermann Kesten zwischen 1941 und 1945 an Józef Wittlin geschrieben hat. Besonders erfreulich ist, dass

Fragmente des faszinierenden Buches von Wat nun endlich ins Deutsche übersetzt worden sind. Über den Stellenwert dieses Werks hat der Rezensent bereits in seiner 1991 erschienenen Untersuchung zur polnischen Exilliteratur zwischen 1945 und 1980 Entsprechendes geschrieben.

Im zweiten Teil des Bandes finden sich Fragmente aus dem 1997 veröffentlichten Roman „Horizont“ von Wiesław Myśliwski, ein Text, der aus der Sicht eines Jungen die Okkupations- und Nachkriegszeit in Polen thematisiert. Über die Wechselfälle eines „deutschen Polen“ berichtet dann Jerzy Korczak alias Theodor Müller in seinem in Fragmenten ins Deutsche übersetzten autobiographischen Roman „Ereignisse im Leben eines deutschen Polen“. Schließlich ein ins Deutsche übertragenes Fragment aus dem dreiteiligen Lebensbericht „Zwischen Gefängnis und Universität“ von Jadwiga Koczocik-Przedpelska, in dem die Autorin – damals selbst in sowjetischer Haft – über ihre

„bizarre Freundschaft“ zu einer deutschen Mitgefangenen berichtet.

Danach Lyrik von Juliusz Słowacki und Stanisław Barańczak sowie ein Nachruf von Karl Dedecius auf den am 28. Juli 1998 verstorbenen Dichter Zbigniew Herbert.

Und schon schließt sich der dritte Teil, die „Chronik“ an, die fast die Hälfte des Gesamtvolumens des Jahrbuches ausmacht: hier findet sich ein kurzer Überblick über die Aktivitäten des DPI im Jahre 1998, ein Bericht über die Situation der polnischen Literatur unter dem bezeichnenden Titel „Melancholie“ sowie ein Aufsatz über das ins Schlingern geratene Theater in Polen. Über polnisches Theater in Deutschland berichtet dann Peter Langemeyer, während Waldemar Baraniewski vice versa die deutschen Kunstevents in Polen resümiert. Der jungen polnischen Kunst „Zwischen Heimat und

Welt“ sowie der Lage des polnischen Films sind die nächsten beiden Aufsätze von Jürgen Weichardt und Adam Garbicz gewidmet. Die polnischen Musikereignisse des Jahres 1998 dokumentiert Antoni Buchner, während Hans Kumpf einen historischen Abriss über die polnisch-deutschen Jazzbeziehungen liefert. Abgeschlossen wird dieses wie immer sehr faktenreiche Jahrbuch durch die von Manfred Mack, Piotr Buras und Markus Krzoska zusammengestellten Bibliographien über „Polnische Literatur in deutschen Übersetzungen 1997/1998“, „Deutschsprachige Titel in polnischen Übersetzungen 1997/1998“ und „Deutschsprachige Veröffentlichungen zu Polen 1997/1998“.

ZW.

*Norbert H. Weber (Hrsg.)*

## **Die Oder überqueren. Deutsch-polnische Begegnungen in Geschichte, Kultur und Lebensalltag.**

Frankfurt/M. 1999, 325 S.

Dieser in der Reihe „Interdisziplinäre Studien zum Verhältnis von Migrationen, Ethnizität und gesellschaftlicher Multikulturalität“ erschienene 10. Band gliedert sich in drei thematische Kapitel und versammelt die Beiträge von achtzehn ausgewiesenen Experten, die sich mit der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen, und zwar auf recht unterschiedlichen Ebenen, befassen. Eingeraht werden diese drei Kapitel von der von Ingo Dammer und Norbert H. Weber durchgeführten Studie „Grenzbilder. Polen aus der Sicht Berliner Schüler“ und dem Diskussionsbeitrag von Magdalena Telus „Versöhnung – eine gültige Kategorie im deutsch-polnischen Dialog?“. An dieser Stelle sei gleich vermerkt, daß es sich bei den letzten beiden Aufsätzen meiner Auffassung nach um die wertvollsten Beiträge handelt. Dies ergibt sich aus dem über-

zeugenden methodischen Ansatz bei Dammer/Weber (statt der standardisierten Fragebögen eine tiefenpsychologisch orientierte Gruppendiskussion, und in der von Telus durchgeführten Zeichenanalyse aus dem souveränen Umgang mit dem Ansatz von Sapir-Whorf. Während Dammer/Weber durch ihre Forschungen nachweisen können, dass es zwischen 1989 bis 1993 bei Berliner Schülern – besonders im Kontext mit Schüleraustauschmaßnahmen – zu einer beachtlichen Veränderung der Wahrnehmung Polens und der Polen gekommen ist, problematisiert Telus die Begriffe der kulturellen Differenz im Zusammenhang deutsch-polnischer Asymmetrien und analysiert die diesbezügliche Begriffstradition im deutschen Sprachgebrauch, wobei sie auch auf Texte von Multiplikatoren eingeht, die der deutsch-polnischen Partnerschaft dienen sollen. Da ich mich aus Platz-

gründen nicht in der Lage sehe, näher auf die einzelnen Beiträge der zentralen drei Kapitel einzugehen, möchte ich lediglich jene benennen, die mir besonders interessant erscheinen. Im ersten Kapitel „Deutsch-polnische Begegnungen in Geschichte und Gegenwart“ handelt es sich dabei um die Studie von Brigitta Helbig-Mischewski, die sich mit dem Polenbild in deutschen Reiseführern auseinandersetzt und ihren Text bezeichnenderweise mit dem Titel „Die netten Chaoten von nebenan“, versehen hat. Im zweiten Kapitel „Deutsch-polnische Begegnungen in der Literatur“ um den Aufsatz von Dietmar Pertsch „Deutsch-polnische Begegnungen in Werken deutscher Schriftsteller nach 1945“, in dem der Autor das diesbezügliche Oeuvre von Christa Wolf, Horst Bienek, Johannes Bobrowski, Siegfried Lenz und Günter Grass behandelt.

Ohne die übrigen Autoren und ihre verdienstvollen Arbeiten in diesen zwei ersten Kapiteln diskriminieren zu wollen, sollte doch an dieser Stelle festgehalten werden, dass einige ihrer Texte, mit leichten Abweichungen, bereits in anderen Sammelbänden erschienen sind und für den Fachmann ein Déjà-vu darstellen, während sie für Multiplikatoren, die im deutsch-polnischen Bereich tätig sind, nicht allzuviel für die pragmatische Umsetzungsebene liefern, zumal in einer Periode, in der sich in den deutsch-polnischen Beziehungen bekanntlich eine „neue Sachlichkeit“ einstellt. Die Frage, ob ein an Polen interessierter Laie diesen Band erstehen wird, möchte ich offenlassen.

Ganz anders steht es in dieser Hinsicht mit dem dritten Kapitel „Deutsch-polnische Begegnungen in Schule und Lebensalltag“. Hier ist im

Prinzip jeder einzelne Beitrag lesenswert, werden doch – ähnlich wie bei den einleitenden Beiträgen von Dammer/Weber und dem abschließenden von Telus – konkrete Projekte vorgestellt, die in erster Linie auf die Widerstände im Zusammenhang mit Jugend- und Schulpartnerschaftsprojekten verweisen, aber auch Wege für deren Überwindung offenlegen. Hinsichtlich der Vermittlung gegenwärtiger (stereotyper) Bilder der Nachbarnation erwähne ich an dieser Stelle die Beiträge von Berit Pleitner „Welches Polenbild vermitteln deutsche Schulbücher?“ und von Krzysztof Ruchniewicz „Deutschland und die deutsch-polnischen Beziehungen nach dem zweiten Weltkrieg in polnischen Geschichtsbüchern“. Aber auch die Beiträge von Theo Mechtenberg zur Problematik der Schulpartnerschaft mit Polen sowie der gemeinsam von Horst Lahmann und Josef-Michael Samol verfasste Text zur „Deutsch-polnischen Lehrerfortbildung in Niedersachsen“ erweisen sich als besonders lesenswert, da sie einen auf die zukünftige Gestaltung der Kooperation zwischen jungen Deutschen und Polen ausgelegten Charakter haben.

Gerade das dritte Kapitel dieses gut redigierten Bandes (ausführliche Bibliographien, einige Statistiken, vielleicht etwas zu wenig aussagekräftige Abbildungen) kommt dem Titel dieses Buches am Nächsten, denn es erweist sich – auch zehn Jahre nach Grenzöffnung – , daß es gar nicht so einfach ist, die Oder nicht nur gewinnbringend, sondern auch sinnstiftend zu überqueren.

ZW.

*Jan-Pieter Barbian, Marek Zybura (Hrsg)*

## **Erlebte Nachbarschaft. Aspekte der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert.**

Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 1999, 358 S.

Dieser im Rahmen der Veröffentlichung des deutschen Poleninstituts herausgegebene Band versammelt die Beiträge zahlreicher deutscher und polnischer Autoren, die sich in der Vergangenheit sehr intensiv – und an den unterschiedlichsten Stellen – mit den deutsch-polnischen Beziehungen befaßt haben. Das Buch ist mit der Einführung eines der Herausgeber, Jan-Pieter Barbian, versehen, der sich dann drei Kapitel anschließt, in denen sich die Autoren zu „Politik und Gesellschaft“, „Kultur“ und zu Person und Werk herausragender Persönlichkeiten des deutsch-polnischen Diskurses äußern.

Während sich Marek Zybura mit den sich wandelnden polnischen Deutschland- und Deutschenbildern auseinandersetzt und den Weg von der „deutschen Gefahr“ bis zum „deutschen Tor nach Europa“ nachzeichnet, referiert Dieter Bingen in seinem Beitrag „Kontinuität und Wandel“ die Bonner Polenpolitik bis zum Freundschaftsvertrag von 1991. Einen ähnlich langen Zeitraum, nämlich die vierzig Jahre von 1949-1989, handelt Bogdan Koszel in seinem Aufsatz über die Außenpolitik der Volksrepublik Polen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland ab. Einem besonderen Kapitel deutsch-polnischen Dialogs ist dann eine Charakteristik der zwischen 1964 und 1974 abgehaltenen Lindenfelder Gespräche gewidmet, die Georg W. Strobel noch einmal aufleben lässt. Auch Wojciech Wrzesiński, der die Wiedervereinigung Deutschlands in der polnischen öffentlichen Meinung zwischen 1989 und 1990 behandelt, richtet seinen Blick in die unmittelbare Vergangenheit, wodurch noch einmal deutlich wird, welche immense Entwicklung es in den letzten zehn Jahren in den deutsch-polnischen Beziehungen gegeben hat, und wie schwierig, selbst nach der politischen Wende in Polen, die Ausgangsbedingungen für eine Normalisierung zwischen Deutschen und Polen gewesen sind.

Ganz anders der Aufsatz von Albrecht Lempp, in dem der Autor darauf aufmerksam macht, dass sich die deutsch-polnischen Beziehungen auf dem Weg zu einer „neuen Sachlichkeit“ befinden. Wie wenig – vor allem die deutsche Öffentlichkeit – die gravierenden Veränderungen in Polen nachvollzogen hat, illustriert Arnulf Baring dann in seinem zuweilen nachdenklich stimmenden Aufsatz unter dem Titel „Partner Polen?“. Mit der polnischsprachigen Gruppe in Deutschland und der deutschen Minderheit in Polen befassen sich – dieses erste Kapitel abschließend – dann Kazimierz Wóycicki und Zbigniew Kurcz, wobei sie der Frage nachgehen, ob beide Minderheiten in Zukunft in der Lage sein werden, eine Brückenfunktion zwischen beiden Nationen auszuüben.

Diesem ersten, nicht unbedingt in der Tradition der Veröffentlichungen des Poleninstituts stehenden, politischen Teil des Buches, schließt sich dann ein etwas kürzeres Kapitel an, in dem Hans-Christian Trepte die deutsch-polnischen Kulturbeziehungen in den Jahren 1900-1934 beleuchtet, Jens Stüben der Haltung von Autoren der freien Stadt Danzig gegenüber Polen nachspürt und Hubert Orłowski über den Umgang mit dem Heimatverlust in der deutschen und polnischen Literatur referiert.

Besonders lesenswert dann allerdings die beiden Texte von Elżbieta Dzikowska, die im Kontext mit dem Erzählwerk von Andrzej Szczypiorski ein ganz besonderes Thema behandelt, nämlich die polnisch-jüdisch-deutsche Schicksalsgemeinschaft, sowie von Margarete Wach, die wechselseitigen deutsch-polnischen Stereotypen in polnischen und deutschen Filmen nachgeht.

Den Charakter einer Chronik hat dann die Bilanz der wechselseitigen Ausstellungsbeziehungen von Jürgen Weichardt sowie der Bericht über die

Wahrnehmung polnischer Gegenwartsmusik in Deutschland von Antoni Buchner.

Im abschließenden dritten Kapitel werden dann die Porträts von Persönlichkeiten des polnischen und deutschen öffentlichen Lebens dargeboten, die sich in außergewöhnlicher Weise um die wechselseitigen Beziehungen verdient gemacht haben. Władysław Bartoszewski (K. Ruchniewicz), Otto Forst de Battaglia (M. Zybur), Karl Dedecius (H. Orłowski), Marion Gräfin Dönhoff und Günter Grass (L. Żyliński), Enno Meyer (K. Ruchniewicz), Stanisław Stomma (W. Pailer), Marian Szyrocki (M. Zybur) sowie Ludwig Zimmerer (M. Kijowska).

Dieses gut redigierte, mit Einzelbibliographien und einem Personenregister versehene Buch ist jedem zu empfehlen, der unter dem Aspekt „erlebte Nachbarschaft“ den Wandel in den deutsch-polnischen Beziehungen nachvollziehen und mehr über jene Persönlichkeiten, die ihn möglich gemacht haben, erfahren möchte. Vielleicht hätte es dem Buch zusätzlich gut getan, wenn man neben den großen Themen Politik, Gesellschaft und Kultur auch noch Texte berücksichtigt hätte, in denen die wechselseitigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Alltagsbeziehungen thematisiert werden.

ZW.

*Helga Schultz, Alan Nothnagle (Hrsg.)*

## **Grenze der Hoffnung. Geschichte und Perspektiven der Grenzregion an der Oder.**

Zweite überarbeitete Auflage. Berlin 1999. Berlin-Verlag, 288 S.

Dieser in zweiter Auflage veröffentlichte Sammelband vereinigt insgesamt vierzehn Beiträge deutscher und polnischer Geographen, Historiker, Ökonomen und Ethnographen, die sich aus der jeweiligen Sicht ihrer Wissenschaftsdisziplin deskriptiv, analytisch, aber auch prospektiv mit der komplexen Problematik der deutsch-polnischen Grenzregion befassen. Dieser interdisziplinäre Zugang gewährt dem Leser einen umfassenden Überblick.

Der historische Rückblick auf die Verhältnisse vor der Wende des Jahres 1989, als es noch einen zweiten deutschen, mit der Volksrepublik Polen verbündeten Staat gab, verdeutlicht, dass eine geöffnete Grenze nicht unbedingt die Voraussetzung für eine mentale Grenzüberschreitung, darstellen muss. So betrachtet war die deutsch-polnische Friedensgrenze aus der Ära des real existierenden Sozialismus sicherlich nur eine teiloffene Grenze, ähnlich wie die verordnete deutsch-polnischen Freundschaft

jener Zeit einen eher deklarativen Charakter hatte.

Auch war es damals weder deutschen noch polnischen Sozialwissenschaftlern möglich, durch empirische Befunde die wechselseitigen Haltungen und Einstellungen der Grenzpopulationen auszuloten. Wie kompliziert die Verhältnisse waren und weiterhin sind, ergibt sich aus der Tatsache, dass sowohl die deutschen als auch die polnischen Bewohner des Grenzraums als Folge der Vertreibungs- und Umsiedlungsmaßnahmen ostdeutscher und ostpolnischer Bevölkerung im Grunde genommen in einer fremden, zudem weitgehend zerstörten Kulturlandschaft angesiedelt wurden. Heimat musste also neu erworben werden, die Belastungen der Vergangenheit, die schwierigen politischen Rahmenbedingungen bis zur Wende des Jahres 1989 sowie der lange offen bleibende Status der Grenze an Oder und Neisse sorgten dafür, dass man sich über lange Jahrzehnte in hohem Maße mit sich selbst, dem Aufbau einer neuen eigenen

Identität und der Anpassung an die ungewohnten, teilweise als Provisorium empfundenen Verhältnisse beschäftigte. Der Blick über die Grenze oder gar der grenzüberschreitende Kontakt blieb also eher Ausnahme. Allerdings gab es diese Ausnahmen, wie im vorliegenden Sammelband eindrucksvoll belegt wird. Insofern stellt die wissenschaftliche Analyse der damaligen und heutigen gegenseitigen Wahrnehmung der Grenznachbarn weiterhin ein wichtiges Thema dar, dem auch entsprechend viele Platz eingeräumt wird. So ergibt sich aus entsprechenden polnischen Feldforschungen für die Jahre 1991-1993, dass, trotz veränderter politischer und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, Misstrauen, Ressentiments, die gegenseitige Perzeption der gravierenden wirtschaftlichen Asymmetrien sowie das Fehlen gemeinsamer Werte- und Erfahrungsstrukturen bestimmend sind. Die deutsch-polnische Grenze bleibt also weiterhin mit hohen mentalen Barrieren besetzt. Gleichzeitig wird konzediert, dass der veränderte Offenheitsgrad der Grenze Zukunftschancen eröffnen könnte, ähnlich wie sich dies im Verhältnis zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik durch die sog. Politik der kleinen Schritte entwickelte. Voraussetzung hierfür war allerdings die in Westeuropa erfolgreiche europäische Integration, die eine entsprechend lange Vorlaufzeit hatte. Dass es angesichts der mittelfristig bevorstehenden EU-Erweiterung um Polen auch in der veröffentlichten Meinung des Oderraums darum gehen sollte, sachlich zu berichten und ebenfalls Probleme und Negativ-Erscheinungen anzuschneiden, klingt selbstverständlich, deckt sich aber nicht mit der Realität. Gut gemeinte political correctness allein wird den Prozess der Annäherung und eines gegenseitigen Verstehens jedoch kaum fördern können. Auch dieser Umstand wird in der vorliegenden Studie nachdrücklich belegt, was auf beiden Seiten und auf sämtlichen am deutsch-polnischen Dialog interessierten gesellschaftlichen Ebenen zur Erkenntnis führen müsste, dass ein Verschweigen unangenehmer, die Ressentiments fördernder Themen sowie des daraus

resultierenden latenten Konfliktpotentials kontraproduktiv ist.

Die in diesem Sammelband veröffentlichten Artikel zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Oder-Region lassen den Schluss zu, dass es auf beiden Seiten des Grenzflusses Gemeinsamkeiten gibt, die sich aus der peripheren Lage des Gebiets und der damit verbundenen ökonomischen Unterentwicklung ergeben. Dies galt auch für die Ära des real existierenden Sozialismus, die bei beiden Grenzpopulationen ähnliche Erfahrungen hinterlassen musste. Hinsichtlich der Industrialisierung erfolgte im Sozialismus bekanntlich der Ausbau der Schwer- und Grundstoffindustrie auf beiden Seiten des Flusses, in der Landwirtschaft wurde in der VR Polen – im Unterschied zur DDR, wo man auf den Ausbau der LPG setzte – allerdings der private Sektor weitgehend erhalten. Allerdings blieb für beide Wirtschaftsarten die Marktferne charakteristisch, ein Faktor der bis in die Gegenwart hinein nicht unterschätzt werden darf. Freilich konnte sich die Verdrängung der privaten Sphäre beim Handwerk, im Handel und bei den Dienstleistungen in der VR Polen nicht so nachhaltig durchsetzen wie in der DDR. Insofern – so die in diesem Band vertretene These – gab es in Polen diesbezüglich wohl bessere (mentale) Voraussetzungen für die seit 1990/91 massiv einsetzende marktwirtschaftliche Transformation. Einen besonderen Stellenwert, auch im Zusammenhang mit dem mittelfristig anstehenden EU-Beitritt Polens, hat die Umweltpolitik und die Beseitigung der gravierenden ökologischen Schäden. Dabei wird deutlich, dass die nach der Wende einsetzende Deindustrialisierung der Oder-Region alleine eine gezielte und nachhaltige Strategie für die Verbesserung der Umweltsituation nicht ersetzen kann. Sie wirkt bestenfalls komplementär und birgt durch die erhebliche Freisetzung von Arbeitskraft drastische soziale Folgen. Der strukturelle Umbau des Arbeitsmarktes, der erhebliche Investitionen erfordert, ist aber erst im Entstehen begriffen. In diesem Kontext sollten die Chancen für die seit einigen Jahren bestehende Euro-Region Viadrina –wie aus den

diesem Thema gewidmeten Beiträgen hervorgeht – auch nicht überschätzt werden, denn die Peripherieprobleme der Region – als Grenzgebiet und als Hinterland der Metropole Berlin – sind weiterhin erheblich. Die Ausnutzung des Lohngefälles, das Muster der verlängerten Werkbank und der Lohnveredlung können mittelfristig den Aufbau technologischer Kompetenz nur hemmen. Insofern ist den Autoren beizupflichten, wenn sie ausführen, dass eine diversifizierte mittelständische Produktionsstruktur gefragt sei, die den Berliner Markt mit entsprechenden Gütern beliefern könnte. Dafür müsste es aber, besonders was den polnischen Teil der Region angeht, zu einer Dämpfung der immer noch hohen, durch die Grenzlage bedingten Transaktionskosten (umständliche Grenzabfertigung, schlechte Infrastruktur der Verkehrswege) kommen.

Schließlich die allenthalben diskutierte Frage des Stellenwerts interkultureller Kompetenz im Umgang mit fremden, auch nachbarschaftlichen Kulturen. Ob die kulturelle Kompetenz (Sprache, Empathie für das jeweils andere und den jeweils anderen) eine fundamentale Voraussetzung für eine verbesserte Wahrnehmung des nachbarschaftlichen Gegenübers darstellt, dürfte nur dann von Bedeutung sein, wenn man in der Tat ein partnerschaftliches, emanzipiertes Nachbarschaftsverhältnis anstrebt, bei dem das noch fremde Du nicht alleine aus der Warte seiner materiellen Potenz und Effizienz wahrgenommen und akzeptiert wird. Und auch im

Falle beseitigter wirtschaftlicher Asymmetrien ist diesbezüglich immer noch Skepsis angebracht, wie dies ganz offensichtlich aus einer empirischen Studie zur deutsch-niederländischen Euro-Region Rhein-Ems-Ijssel hervorzugehen scheint. In ihr wurde die Effektivität von Kommunalpolitik, aber auch von Kulturaktivitäten hinsichtlich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit doch sehr stark relativiert. Absolut dominant blieb hingegen das beiderseitige Interesse an der Förderung der privaten Wirtschaft.

Als Zwischenergebnis schält sich demnach für den Leser dieses informativen Bandes heraus, dass dessen Titel „Grenze der Hoffnung“ durchaus passend gewählt wurde, denn in vielen, hier nur angedeuteten Bereichen herrscht weiterhin das reine Prinzip der Hoffnung vor. Dabei kommt man zu dem wohl weitgehend realistischen, wenn auch etwas desillusionierenden Ergebnis, dass der Abbau der wirtschaftlichen, sozialen und mentalen Barrieren in der deutsch-polnischen Grenzregion, trotz aller kleineren, aber auch spektakulären Teilerfolge, noch sehr viel Zeit in Anspruch nehmen wird. Insofern wird auf beiden Seiten neben der Hoffnung auch die Tugend der Geduld und ein Denken in längerfristigen Zeiträumen angemahnt werden müssen. Der vorliegende Sammelband verdeutlicht dies eindrucksvoll.

ZW.

*Uta Lieberum*

### **Die Zusammenarbeit von deutschen und polnischen Führungskräften. Eine empirische Untersuchung von deutsch-polnischen Unternehmen in Polen.**

Duncker & Humblot. Berlin 1999, 351 S.

Uta Lieberum beschäftigt sich in ihrer Dissertation mit einem Thema, das im Rahmen der wirtschaftlichen Transformationsprozesse in Deutschland und Polen und im Zusammenhang

mit der sich immer intensiver gestaltenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit von Unternehmen aus beiden Ländern besondere Aufmerksamkeit verdient. Bekanntlich ist die



Bundesrepublik in den letzten Jahren zu jenem Land avanciert, das in Polen den höchsten Anteil an Direktinvestitionen loziert hat, auch ist die Zahl deutsch-polnischer Joint-Ventures im europäischen Vergleich besonders groß.

Die Untersuchung Lieberums besteht aus einem theoretischen Teil, in dem die Autorin auf Grundlage der bestehenden Fachliteratur Hypothesen formuliert, die dann in einem zweiten empirischen Teil mit Hilfe einer Umfrage in deutsch-polnischen Unternehmen auf ihre Gültigkeit abgefragt werden.

Hierin besteht auch der Vorzug dieser Arbeit, die nicht im Bereich abstrakter Theorien- und Begriffsbildung verharret, sondern ebenfalls mit härteren Daten aus dem Arbeits- und Kommunikationsalltag deutscher und polnischer Führungskräfte unterfüttert wird. Dabei betont Lieberum mit Recht, dass nach einer relativ langen Phase der wirtschaftlichen und gesetzesmäßigen Stabilisierung im Transformationsland Polen, die alle Aufmerksamkeit auf sich ziehen musste, nun der Aspekt des innerbetrieblichen Umgangs miteinander eine zusehends größere Rolle spielt.

Grundsätzlich wird festgestellt, dass beim Engagement deutscher Unternehmen in Polen die Marktmotive im Vordergrund stehen, weniger das Argument billiger Arbeitskraft, da dieses angesichts steigender Reallöhne auch nur für einen begrenzten Zeitraum Gültigkeit besitzen kann.

Im Unterschied zu den theoretischen Annahmen gibt es für deutsche Führungskräfte in Polen keine längeren vorbereitenden Maßnahmen, vielmehr wird in der Regel auf Spontaneität gesetzt. Auch existieren keine systematisierten Personalentwicklungsmaßnahmen für die polnischen Führungskräfte in Deutschland, und die Übertragung der deutschen Unternehmensstruktur nach Polen folgt ebenfalls keiner erkennbaren Systematik. Bezüglich der Internationalisierungsstrategien in deutsch-polnischen Unternehmen kann von einem Strategiemix aus ethno- und polyzentrischer Strategie ausgegangen werden, wobei aus den empiri-

schen Befunden gefolgert werden kann, dass auf der Führungsebene bestehende Kommunikationsprobleme nicht gesondert aufgearbeitet werden. Auffällig ist auch die eindeutige Sprachasymmetrie, denn nur die polnischen Führungskräfte sollen die deutsche Sprache entsprechend gut beherrschen, während von dem deutschen Führungspersonal keine polnischen Sprachkenntnisse gefordert werden.

Die deutschen Manager in Polen sind grundsätzlich weder Country- noch Global-Manager, sondern ausgesprochene Company-Manager. Gefordert wird in erster Linie Auslands- und Berufserfahrung, der typische deutsche Auslandsmanager ist ein selbstbewusster, langjähriger Mitarbeiter des Mutterunternehmens. Auffällig ist auch, dass für die deutschen Auslandsführungskräfte in Polen kaum Vorbereitungs- oder Betreuungsangebote vorgesehen sind, auch werden keine kulturspezifischen Seminare für Polen angeboten. Trotz dieser empirisch konstatierten Defizite hinsichtlich eines adäquaten Trainings für den Auslandseinsatz scheint es keine gravierenden Probleme bei der Kooperation zwischen deutschen und polnischen Führungskräften zu geben. Dies hängt wohl auch damit zusammen, dass wir es bislang mit einem recht ausgeprägten und einseitigen Transfer von West nach Ost zu tun haben.

Sollten sich diese Asymmetrien freilich in absehbarer Zeit verringern, so würden jene Ziele, die die Autorin in ihren „Handlungsempfehlungen für die Praxis“ beschrieben hat, an Bedeutung zunehmen.

Neben Bedarfsstudien und Konkurrenzanalysen dürften dann die Marktmotive für die Initiativen in Polen im Vordergrund stehen, wobei Polen als Einstiegsland zu weiteren osteuropäischen Märkten betrachtet wird. Größere Sorgfalt sollte man nach Ansicht der Autorin in Zukunft auch bei der Erfassung der Mentalitätsunterschiede im Hinblick auf das Arbeitsleben walten lassen. Auch ist sie der Auffassung, dass deutsche Führungskräfte die polnische Sprache erlernen und beherrschen sollten. Eine gründlichere

Vorbereitung auf Polen könnte durch entsprechende allgemeine Kulturseminare gewährleistet werden. Schließlich sollte der Einsatz polnischer Führungskräfte nicht allein unter dem Aspekt von Personalentwicklungsmaßnahmen erfolgen.

Die allmähliche, in dieser Arbeit angesprochene Überwindung weiterhin bestehender Asymmetrien könnte sicherlich nicht nur den Auslands-

einsatz von Führungskräften effizienter machen, sondern – so Lieberum – bei der Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen einen entscheidenden Faktor darstellen. Dieser Hoffnung möchte sich der Rezensent ebenfalls ausdrücklich anschließen.

ZW.

*Maciej Łagiewski*

## **Das Pantheon der Breslauer Juden. Der jüdische Friedhof an der Lohestraße in Breslau.**

Nicolaische Verlagsbuchhandlung, Berlin 1999. 259 S.

Der vorliegende Band aus der Schriftenreihe der Stiftung Schlesien, Schlesische Kulturpflege, erschien nun – nach der polnischen Originalausgabe von 1991 – auf dem deutschen Buchmarkt und ist eine unverzichtbare Quelle für die jüdische Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts. Der Autor Maciej Łagiewski, 1955 in Breslau geboren, ist seit 1991 Direktor des dort angesiedelten Historischen Museums. Łagiewski hat es sich zur Lebensaufgabe gemacht, die Erhaltung und Restaurierung des jüdischen Friedhofs in Breslau voranzutreiben und zu dokumentieren: Die Grabsteine auf dem Friedhof an der Lohestraße sind steinerne Zeugen eines Jahrhunderts Kulturgeschichte von deutschen Juden und jüdischen Deutschen, die mit Breslau und Schlesien ihr Schicksal verknüpft haben. Łagiewski führt mit den Biographien der dort Bestatteten den Friedhof in einen quasi-lebendigen Raum deutsch-jüdischer Geschichte. In der Lohestraße fanden mehr als 12 000 Personen zwischen 1856 und 1942 ihre letzte Ruhe, einfache Bürger, Künstler und Politiker. Darunter sind Politikernamen, die Generationen von Nachwuchspolitikern heute nichts mehr sagen oder nicht viel bedeuten. So ruht mit Ferdinand Lassalle der Gründer der ersten deutschen Arbeiterpartei, der Vorläuferin der SPD, an der Lohestraße, seine Grabtafel mit der Nummer 26 blieb erhalten wie weitere 129 Grabtafeln.

Łagiewski listet die Namen akkurat im Anhang auf und ermöglicht eine weitere Spurensuche für historisch Interessierte.

Neben der bestechenden Textarbeit beeindruckt der Band durch 200 Fotos des renommierten polnischen Fotografen Stefan Arczyński, die von der Vielfalt und Symbolik jüdischer Grabkunst künden. Die Ausführungen zum Thema „Denkmalcharakter Friedhof“ und „lebendiger Geschichtsraum Friedhof“ werden ergänzt durch historische Kapitel, die vom Mittelalter bis zum Zeitalter des Nationalsozialismus reichen. Schicksal und Leid der Juden sowie deren kulturelle Wurzeln zeichnen die Beiträge knapp und präzise nach. Auch die akribisch-wissenschaftliche Arbeit des Autors ist hoch zu bewerten. Viele Grabstätten wurden im Lauf der Zeit zerstört und beschädigt. Details über das Leben und die Arbeit der Verstorbenen mussten in der spärlichen Literatur, in Festschriften und aus Briefen (oder aus Archiven) gesucht und wieder zusammengetragen werden. Nur so konnte Łagiewski das Zeitbild Breslaus rekonstruieren und die Lebensbilder der Persönlichkeiten gliedern. Für weitere Nachforschungen steht ein exzellenter Anmerkungsenteil und eine umfangreiche Bibliographie zur Verfügung.

wd

Yves Bizeul (Hrsg.)

## Politische Mythen und Rituale in Deutschland, Frankreich und Polen, Ordo Politicus Band 34.

Duncker & Humblot, Berlin 2000, 234 Seiten.

Die Besprechung eines wissenschaftlichen Sammelbandes vom Buchende her zu beginnen, ist sicherlich nicht immer ratsam und gewöhnlich, bietet sich aber angesichts des Tagesgeschäfts und der schnelllebigen Politik mitunter an. Denn mit dem letzten Beitrag in dem von Yves Bizeul herausgegebenen und theoretisch hervorragend sowie fundiert eingeleiteten Buch „Politische Mythen und Rituale in Deutschland, Frankreich und Polen“ (Band 34 der Reihe Ordo Politicus) zeigt sich die ganze Schwierigkeit und Problematik der Thematik „Mythos und politische Mythen“. Aus der Distanz des Jahres 2000 verdeutlicht Nikolaus Werz' Artikel über „Helmut Kohl: Auf dem Weg zum Mythos?“, wie sehr Mythen einerseits einer langen (geschichtlichen) Entwicklung, Tradition und Überlieferung bedürfen, andererseits aber auch vorschnelle Fehleinschätzungen vorgenommen werden können, die dann von unvorhergesehenen (mythenzerstörenden) Ereignissen hinweggewischt werden. So können Mythen um Politiker auch heftigen konjunkturellen Schwankungen unterliegen, zumal wenn sie, wie Nikolaus Werz zutreffend formuliert, durch ein „globales Netzwerk personaler Beziehungen geschaffen“ und von „großen Bedenken“ (S.229) begleitet werden.

Der Sammelband geht zurück auf ein internationales Symposium in Rostock, das die Frage der Mythenbildung in Geschichte und Politik in drei großen europäischen Ländern – Frankreich, Polen und Deutschland – unter die Lupe nimmt. Es kristallisieren sich mehrere Schwerpunkte der Betrachtung heraus: die Analyse großer, historisch tradierter Mythen in den drei Ländern, die Rolle von politischen Mythen und Ritualen sowie ihre ideologisch basierte Instrumentalisierung im Sozialismus (in der DDR und in Polen). Darüber hinaus wird der Blick auf den Mythos der Nationenbildung, die Rolle der

Symbolik in der Staatsform Republik sowie abschließend auf mögliche mythische Persönlichkeiten der jüngeren Vergangenheit und Gegenwart gerichtet. Das theoretische Fundament liefert der Beitrag von Yves Bizeul, der politische Mythen auf unterschiedlichen Grundlagen der politischen Philosophie (z.B. Ernst Cassirers Kulturphilosophie) entwickelt. Politische Mythen sind „eine symbolische Form“, „erzählen von der Entstehung einer politischen Gemeinschaft“ (S.16f.) und weisen einerseits ein sinnstiftendes, identitätsschaffendes Element auf. Noch bedeutsamer ist allerdings andererseits, dass „der Mythos der Ratio, dem Logos, sogar überlegen“ (S.21) ist. Bizeul ist daher vorbehaltlos zuzustimmen, dass die „Aufhebung der Trennlinie zwischen Logos und Mythos im zwanzigsten Jahrhundert zur Barbarei geführt hat.“ (S.36) So zeigen alle weiteren Beiträge auch, wie eng die Gradwanderung zwischen der positiven, emanzipatorischen und Trost spendenden Reichweite des politischen Mythos und seiner negativen, verheerenden Instrumentalisierung durch totalitäre Systeme ist. Aus den Beiträgen von Suzanne Citron und Zbigniew Wilkiewicz wird deutlich, wie sich die Interpretation der eigenen Geschichte Frankreichs und Polens aus der Herausbildung großer, teilweise sogar „metahistorischer“ (Citron, S.45) Mythen, die messianischen (Überlegenheits-)Charakter annehmen können, herleitet. Wilkiewicz greift dabei im Falle Polens die identitätsstiftenden und im heutigen Polen vorherrschenden Mythen des „Helden- und Opfersyndroms“ (S.62) auf. Er verweist auf die wichtige Rolle und enge Verknüpfung des historisch nie vorhandenen „homogenen“ polnischen Staates mit religiösen, mystischen Dimensionen. Der „polnische Messianismus, aus dem sich dann die Losung von Polen als ‚Christus der Nationen‘ ableitete“

(S.68), wird so zum alles überragenden, die Nation bildenden Mythos.

Ebenso wie Wilkiewicz im Fall Polens nach 1989 stellt Andreas Dörner für Deutschland die Frage, ob die aus historisch-politischen Mythen hergeleitete symbolische Politik in einer Welt der globalen Trends und radikalen Änderung der Verhaltensmuster noch Bestand hat. Am Beispiel des Hermannsmythos und des Denkmals im Teutoburger Wald wird deutlich, wie die Mythologisierung zur Mobilisierung und gesellschaftlich-nationalen Integration im Deutschland nach 1871 beitrug. Dörner hebt zudem die psychologische Kraft des heroischen Symbols „Hermann, der Cherusker“ in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts hervor, die nach dem Zweiten Weltkrieg stark verblasste. In eine ähnliche Richtung zielt der Beitrag von Christian Amalvi zur bildhaften Inszenierung der nationalen Vergangenheit in Frankreich, in dem die Symbolkraft von Kunst thematisiert wird.

Während Raina Zimmerling in ihrem Aufsatz eingehend die politische Instrumentalisierung zur Inszenierung und Ideologisierung der Politik der DDR untersucht, in der aus der Historie vor allem der Bauernkrieg und die Reformation sowie in der jüngeren Zeit der Anti-Faschismus-Mythos zu einer institutionalisierten Form des Mythos wurden, greift Jerzy Holzer dem entgegengesetzt auf die Symbolik der polnischen Gewerkschaftsbewegung „Solidarność“ zurück. Adam Krzemiński warnt in seinem Beitrag vor dem Erwachen von Mechanismen, die sich alter nationalistischer Mythen und Symbolfiguren in heutigen Polen bedienen. Ausführlich behandelt Dieter Oberndörfer die Nationalmythologie Deutschlands. Er entwickelt auf der Grundlage einer kritischen Betrachtung der politisch-

philosophischen Theorien seine Ansätze, in denen der „republikanische Verfassungsstaat“ und die politische, ökonomische und „kulturelle Substanz der Republik“ (S.165) die einzig mögliche Form sind, um der irreführenden Idee einer mythischen „Schicksalsgemeinschaft“ zu begegnen. Nur die „postnationale Demokratie“ (Karl Dietrich Bracher) ist demnach geeignet im Verbund mit einem ausgereiften „Verfassungspatriotismus“ (S. 179) den Nationalstaatsideologien und ihren Gefahren entgegenzutreten. Die Zweihundert-Jahr-Feier Frankreichs im Jahr 1989 und die Rolle des verstorbenen Präsidenten Mitterrand nimmt Odile Rudelle unter die Lupe. Rudelle konstatiert, dass Mitterrand einen entscheidenden Fehler beging, indem er die politischen Differenzen zwischen dem laizistisch-republikanischen und dem katholisch-konservativen Lager verschärfte.

Abschließend betrachten Maurice Agulhon und Nikolaus Werz den Anforderungskatalog, der erfüllt werden muss, um in die Analen der nationalen Mythologie einzugehen. Dreierlei scheint dabei im Vordergrund zu stehen (S.216): eine herausragende historische Rolle in einem großen nationalen Krieg, eine ungewöhnliche Gestalt mit Charisma sowie eine ambivalente Hochachtung und Bewunderung aufgrund komplexer Abenteuer und Ereignisse. Erst die Zukunft wird zeigen, welche Figuren und Persönlichkeiten zu einem Mythos aufsteigen oder auch wieder verblassen können und vor allem, welche generelle Bedeutung dem nationalstaatlichen politischen Mythos in einer immer stärker internationalisierten Welt künftig zukommt.

*GSch*

*Angelika Nußberger, Margareta Mommsen (Hrsg.)*

## **Krise in Rußland – Politische und sozialrechtliche Lösungsansätze.**

Berlin, Verlag Arno Spitz, 1999.

Für all diejenigen, die sich abseits von populär-journalistischen Beiträgen ernsthaft mit den tiefgreifenden und komplexen Krisenphänomenen in Russland auseinandersetzen, ist der von Angelika Nußberger und Margareta Mommsen herausgegebene Tagungsband eine unverzichtbare Quelle für die wissenschaftliche Diskussion. Um es vorwegzunehmen: Diesem Band gebührt ein großes Lob hinsichtlich der politik- und rechtswissenschaftlichen sowie soziologischen Fundierung. Als Hauptkritikpunkt muss angemerkt werden, dass es der Sammelband einerseits nicht vermag, die fundamentalen ökonomischen Schwächen eingehender herauszustellen, d. h. das Fehlen eines ordnungspolitischen und institutionell-rechtlichen Rahmens, in dem die einzelnen Akteure im ökonomischen Umfeld handeln. Andererseits ist das Bild von der „Krise Russlands“ unvollständig, wenn die ökologische Dimension der Katastrophe auf dem „Planeten Russland“ unberücksichtigt bleibt. Eine komplexe Herangehensweise an ein derart vielschichtiges Phänomen verlangt eine vertiefte Analyse der Einzelbestandteile und insbesondere der interdependenten Wechselwirkungen zwischen Politik, Rechtsstaatlichkeit (rule of law), Wirtschaft, der sozialpolitischen Ebene und der Umweltpolitik.

Eingedenk der zum Ausdruck gebrachten kritischen Einwände zeigen die Beiträge vor allem, inwieweit die politische, soziale und ökonomische Transformation Russlands Ende der Neunzigerjahre zum Stillstand gekommen ist und wie sich, aufbauend auf dem Fundament der Akteurstheorie, die politische, aber auch die „Markt“-Kultur, in eine Kultur des Lobbyismus und der undurchsichtigen Fragmentierung gewandelt hat. Den Herausgebern ist uneingeschränkt beizupflichten, wenn sie in der Einleitung betonen, dass den „marktüblichen Schwarz-Weiß-Bildern von dem Rußland der 90er Jahre“, die im Westen eindeutig vor-

herrschen, „vielschichtige Grauschattierungen“ (S.19) gegenübergestellt werden müssen, um nicht dem populären Irrtum zu verfallen, Russlands Situation stets mit westlichen Maßstäben zu vergleichen.

Russische Politik der Gegenwart ist zu einer Politik der Inszenierung, der Aufführung geworden. Beispielhaft zeigt Wolfgang Eichwede, inwiefern sich Russland in der „Quadratur der Enttäuschungen“ wiederfindet. „Rechtsnihilismus“ und hemmungsloses Ausbeuten partikularer Interessen dominieren in einem undurchschaubaren, wiewohl typisch sowjetisch geprägten, Geflecht aus „Ober- und Nebenregierungen“, dargelegt in Margarete Mommsens Artikel über die „vollziehende Gewalt in Jelzins Wahlmonarchie“. Ein weiterer thematischer Block des Bandes befasst sich mit rechtswissenschaftlichen Analysen. Die Beiträge von Bernd von Maydell, Alexander Blankenagel und Angelika Nußberger kreisen um den zentralen Aspekt des Rechtssystems als unabdingbarer Voraussetzung für die Steuerbarkeit von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen. Die gravierende Schwäche des „rule of law“ geht dabei einher mit dem angesprochenen, weit verbreiteten Rechtsnihilismus, der maßgeblich dazu führt, dass Legitimations- und Vollzugsprobleme im zentralistischen System allerorten anzutreffen sind. Der einzig gangbare Ausweg scheint deshalb in einer stärkeren Dezentralisierung und Deregulierung in der russländischen Föderation zu liegen.

Im Abschnitt „Detailbetrachtungen zur gesellschaftlichen Entwicklung“ beschäftigen sich die Autoren Marina Pavlova-Silvanskaja und Klaus von Beyme mit den dramatischen Entwicklungen im sozialen Gefüge Russlands. Auch bei ihnen tritt die Interdependenz zwischen politischer Krise und katastrophaler Sozialpolitik in den Vordergrund. Empirisches Material unter-

streicht die Hypothese eines immer stärkeren Auseinanderdriftens verschiedener soziologisch oder ökonomisch definierter Gesellschaftsschichten. Die reale ökonomische Entwicklung und den Fehlschlag der zur Anwendung gebrachten Reformkonzepte thematisiert Maria Huber in ihrem Beitrag über die wirtschaftliche Umgestaltung. Ihr Fazit bleibt daher angesichts des Stillstandes der Systemtransformation in Russland nüchtern-kritisch. Nur ein Neuanfang mit echten institutionellen Reformen und einschneidenden Gesetzesänderungen in Verbindung mit ausländischen Unterstützungsleistun-

gen (Andrej Zagorskij) kann dazu beitragen, die Agonie der russischen Wirtschaft und Gesellschaft abzuwenden. Abschließend bleibt anzumerken, dass radikale innere Reformen des beinahe unmanövrierbaren Tankers Russland an vorderster Stelle der Politik der neu gewählten Duma sowie des Präsidenten Putin stehen müssen. Eine Unterstützung des Westens ist dabei nur in sehr begrenztem Umfang möglich.

*GSch*

*Wilfried Heller*

### **Innenansichten aus dem postsozialistischen Rumänien. Sozioökonomische Transformation, Migration und Entwicklungsperspektiven im ländlichen Raum.**

Berlin, Verlag Arno Spitz, 1999, 227 S.

Rumänien, da denken immer noch viele Europäer an Klischees und Stereotypen, die längst einer kritischen Hinterfragung bedürfen. 1999 legte Ebba Hagenberg-Miliu im DuMont-Verlag den Finger offen auf die Wunde. „Seien wir doch mal ehrlich, über das moderne Rumänien wissen wir normalerweise nicht viel mehr als Horrorgeschichten über angeblich hohe Kriminalität und Kritisches über die Probleme im Umgang mit Minderheiten und Behinderten“, mahnt die Autorin vorsichtig zu einer differenzierteren Betrachtung des südosteuropäischen Landes. Neben kleinen historischen Fehlern (so hatte die Rote Armee bei der Absetzung des Diktators Antonescu am 23. August 1944 die rumänische Hauptstadt noch nicht erreicht) dokumentiert der Reiseband immerhin die kulturelle Vielfalt des Landes. Der Ansatz Wilfried Hellers in seinem Band „Innenansichten aus dem postsozialistischen Rumänien“ ist eher buchhalterisch-statistisch: Hellers Betrachtungen des „ländlichen Raums“ schließen in der Rumänien-Forschung eine wichtige Lücke und bieten überschaubar

konzipiert einen breiten Informationsteppich über die Folgen des gesellschaftlichen Umbruchs in Rumänien.

Das Buch stellt die Forschungsergebnisse der Soziologischen Fakultät der Universität Babeş-Bolyai (Cluj-Napoca) dar, wobei der Autor gleich im Vorwort die konstruktive Zusammenarbeit lobt, „trotz der teilweise drückenden Transformationsprobleme des Landes“. Damit verweist Heller auf ein zentrales Problem bezüglich des Forschungsvolumens in einem Land, das auch heute noch unter den Folgen der brutalen Willkür- und Despotenherrschaft des Ceausescu-Clans zu leiden hat: Die durch Befragungen von rund 1000 Haushalten zusammen getragenen Ergebnisse sind dem Einsatz studentischer Gruppen zu verdanken, auch die finanzielle Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft möchte Heller nicht verschweigen.

Gegliedert ist der Forschungsband in drei Teile: Im ersten wirft Heller einen Blick auf die aktuelle Forschungsliteratur, im zweiten Teil wird die Welt der Zahlen und Statistiken

bemüht. So werden Migrationsströme und Bevölkerungsentwicklungen fassbar und erfahren dann im dritten Teil des Buches ihren ganzen Sinn: Dort vernetzt Heller die Themenfelder sozioökonomische Transformation, Migration und Perspektiven im ländlichen Raum Rumäniens zu einer kritischen Bestandsaufnahme. Zur Absicherung zieht Heller strukturierte Gespräche hinzu. Seine klarsichtigen, nüchternen Analysen beeindrucken, er spricht wesentliche

elementare Grundprobleme des Landes („Kapitalmangel“, S. 216) an und durchleuchtet akribisch Firmengrößenstrukturen der Privatwirtschaft in Cluj. Kurz: Ein unverzichtbares Basiswerk für ökonomisch orientierte Analysen Rumäniens.

*wd*

## Abschied von Armin Th. Droß

Das Gesamteuropäische Studienwerk e.V. in Vlotho nimmt Abschied von dem Begründer und langjährigen Redakteur seiner Zeitschrift, den aktuellen ostinformationen, Armin Droß, der am 7. September 2000 in Breisach am Rhein verstorben ist. Während seiner Jahre im Dienste des GESW, die nach Erreichung der Altersgrenze am 30. September 1977 noch um drei Jahre verlängert wurden, gehörte Armin Droß zu den aktivsten und kreativsten Mitarbeitern dieser Bildungsstätte. Seine Fachkompetenz war immens. Als Angehöriger der volksdeutschen Minderheit in Polen, der am 3. September 1912 in Graudenz als Sohn eines deutschen Superintendenten geboren wurde, eignete er sich nicht nur perfekte polnische Sprachkenntnisse an, sondern erwarb auch ein tief verankertes Verständnis für Landschaft, Geschichte und kulturelle Prägung der polnischen Bevölkerung. Das wurde noch durch den Besuch der Goetheschule in Graudenz sowie das anschließende Universitätsstudium in Posen mit den Schwerpunkten Geschichte und Polonistik erweitert. Wichtige Ergänzungen wurden – auch für die Realisierung der späteren Arbeiten von Droß in unserem Hause – seine Ausbildung als Redakteur in einer Posener Tageszeitung sowie die Prüfungen als Diplomdolmetscher.

Kein Wunder, dass Armin Droß noch bevor er in den Dienst des GESW trat, seine Redaktions-tätigkeit bereits in der Stätte der Begegnung auf das Gebiet der Ostfragen konzentrierte. So hatte

er die Schriftleitung der „Ost-West-Berichte“ inne, die Werner Rietz und Rolf Peltner herausgaben. Diese Berichte fusionierten dann mit dem neuen Organ „Europäische Begegnung“, das unter dem Titel „Beiträge zum west-östlichen Gespräch“ und herausgegeben von der „Gesellschaft zur Förderung der west-östlichen Begegnung in Europa e.V.“ in Hannover die verschiedensten Zeitschriften ähnlicher Prägung vereinigte. Diesen Schritten in die Weite der europäischen Aufgaben nahm sich Armin Droß, der Mitglied des Redaktionsteams der neuen Zeitschrift wurde, mit dem gleichen Engagement an, wie der weiteren systematischen Verfolgung seiner engeren Interessengebiete – den Fragen der Entwicklung Polens und dessen Verhältnis zu seinen Nachbarn.

Mit allen diesen Vorarbeiten, die in den Sechzigerjahren in das Verhältnis eines Honorarmitarbeiters beim GESW übergeleitet werden konnten, waren die fachlich-sachlichen Voraussetzungen geschaffen, dass Armin Droß mit dem Einstellungsdatum 1. Januar 1969 als Fachbereichsleiter VI mit der Eingruppierung BAT IIa in das Studienwerk als Dozent unter Einschluss aller Redaktionsaufgaben des GESW übernommen wurde. Diese Regelung hatte eine ganz erhebliche Ausweitung der Aufgaben des Fachbereiches VI und damit der Kompetenzen von Armin Droß zur Folge. Das betraf insbesondere die Entwicklung und Weiterführung der ostpolitischen Publikationen des GESW.

Hier traf es sich, dass das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit (BJFG) mit der Anregung an das GESW herantrat, bestimmte, für die ostpolitische Bildungsarbeit in den Jugendverbänden und unter der nicht-organisierten Jugend zu übernehmen. Damals wurde der Titel des Organs, „aktuelle ostinformationen“, ebenso festgelegt wie die Länder, die in besonderer Weise berücksichtigt werden sollten. In der damaligen Situation wurde dabei die DDR ausgenommen, weil hierfür bereits Publikationen zur Verfügung standen.

Der Vorstand übertrug die Realisierung dieser Planung dem Fachbereichsleiter VI, Armin Droß, der in Tuchfühlung mit dem Ministerium weitere entsprechende Publikationen des GESW in die Planung aufnahm. Die Ausgestaltung der „aktuellen ostinformationen“ belief sich neben den Übersetzungen auf Berichte, Aufsätze und Interviews sowie auf einen Rezensionsteil von Büchern und Zeitschriften. Weiterhin wurde ein Programm „Ländermonographien“ entwickelt. In der Folgezeit konnte der verantwortliche Redakteur, Armin Droß, Ländermonographien über Polen, die Tschechoslowakei, Rumänien und die Sowjetunion entwerfen, wobei Polen mit neun und die Tschechoslowakei mit vier Auflagen auf Grund der lebhaften Nachfrage die höchsten Auflagen erreichte. Später wurde die Monographie „Ungarn“ eine besonders nachgefragte Publikation. Ergänzt wurden diese Vorhaben durch die Reihe „aktuelle politik“ sowie Studientexte, wie zum Beispiel „Über Habitus und Wertesystem der jungen Generation in Polen“, die für die Seminare konzipiert wurden.

Die Publikationsarbeit von Droß wurde abgerundet durch seine aktive Teilnahme an den Publikationen des Vorstandes anlässlich konkreter Ereignisse, wie etwa den Feiern zum 10. Jubiläum des GESW mit einem Artikel „Jugend und politische Bildung“, zum 20. Jubiläum mit der Arbeit „Um die Qualität von Jugendbegegnungen in sozialistischen Ländern“ und schließlich zum 25. Jubiläum des GESW im Jahre 1979 mit dem Beitrag „Zeitgeschichte in der politischen Bildung“. Auch lag die Redaktion der Schrift „Feinde der Demokratie – Der

Rechtsradikalismus“, die 1967 vom Vlothoer Arbeitskreis Bremen in Verbindung mit dem GESW herausgebracht wurde, mit in der redaktionellen Hand von Armin Droß.

Dass Armin Droß als Leiter des Fachbereichs VI des GESW darüber hinaus eine Vielzahl von Seminaren mit großem Erfolg durchführte, kann hier nur summarisch festgehalten werden. Doch sollte seiner Arbeit als Vorsitzender des Fachbereichsrates im GESW, der heute noch als „Institutsrat“ eine wichtige Aufgabe wahrnimmt, besonders gedacht werden. Um zu zeigen, in welcher vertrauensvollen Weise Vorstand und Fachbereichsrat zusammenarbeiteten, soll hier nur abschließend das gemeinsame Vorwort von Walter Hildebrandt als 1. Vorsitzenden des GESW und Armin Droß als Vorsitzendes des Fachbereichsrates gebracht werden, das anlässlich des 20. Jubiläums des Hauses veröffentlicht wurde. Darin manifestiert sich das gemeinsame Anliegen beider Organe: „Die vorliegende Schrift erscheint anlässlich des zwanzigjährigen Bestehens des Gesamteuropäischen Studienwerkes e.V. Es ist keine Festschrift, sondern vereinigt einige der öffentlichen Äußerungen über wichtige Fragestellungen in unserer Zeit im Rahmen des Festaktes am 15. November 1974 und des sich anschließenden Kolloquiums über die internationalen Beziehungen in Europa und ihre Bedeutung im Prozess der politischen Bildung. Den Abschluss bildet ein Hinweis auf eines der wichtigsten Arbeitsgebiete unserer Bildungsstätte, die Vorbereitung auf Studien- und Kontaktreisen, die in unsere östlichen Nachbarländer führen. Selbstverständlich ist jeder Autor für seinen Beitrag allein verantwortlich, und es ist nicht angestrebt worden, etwa die einheitliche Meinung unseres Institutes vorzulegen. Das konnte auch schon deshalb nicht möglich sein, weil das Gesamteuropäische Studienwerk seit seiner Gründung im Jahre 1954 sich sowohl hinsichtlich der politischen Öffentlichkeit als auch innerhalb aller Arbeitsgremien unseres Vereins zum Prinzip der Meinungsfreiheit und der Meinungsvielfalt bekannt hat und auch in Zukunft von



diesem wichtigen Grundsatz unserer Verfassung in Theorie und Praxis nicht abzugehen gedenkt.”

Dieses von Armin Droß und dem 1. Vorsitzenden des GESW gemeinsam abgegebene Bekenntnis zur freiheitlichen Verfassung unserer Demokratie ist ein Zeichen dafür, dass Armin Droß zu denen gehört hat, die in unserem

Bildungswerk niemals den Prozess der Freiheit aus dem Auge verloren haben. Deshalb gedenken wir heute in großer Freundschaft des verstorbenen Kollegen.

*Walter Hildebrandt*



# Nachruf

Das Gesamteuropäische Studienwerk e.V.  
nimmt Abschied von  
seinem Ehrenvorsitzenden

## Eckhard Stegmann

geboren am 11. Februar 1906  
in Königsberg  
gestorben am 7. Juli 2000  
in Detmold

Der Verstorbene war vom September 1959 bis November 1972 Erster Vorsitzender des GESW. Anschließend war er bis zu seinem Tode Ehrenvorsitzender unseres Bildungswerkes.

Er hat in beiden Eigenschaften das Wohl des Gesamteuropäischen Studienwerkes e.V. stets im Auge gehabt und sich für seine Weiterentwicklung eingesetzt.

Seine menschliche Wärme machte ihn zu einem idealen Vermittler, der allen Mitarbeitern eine Hilfe war.

Die Mitglieder und Mitarbeiter des GESW

## **In eigener Sache**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie im letzten Heft finden Sie auch in dieser Doppelnummer der "aktuellen ostinformationen" ein Formular, von dem wir uns erhoffen, dass möglichst viele es an uns zurückschicken und uns auf diese Weise eine für die Erfüllung unseres politischen Bildungsauftrags hilfreiche Unterstützung zufließt. Zugleich möchten wir uns bei denjenigen sehr herzlich bedanken, die uns bereits geschrieben haben und folgen hiermit der Anregung aus dem Leserkreis, den Aufruf noch einmal zu wiederholen.

Wie die meisten von Ihnen wissen, ist die Situation der politischen Jugendbildung nicht einfach. Auf der einen Seite erwarten Staat und Gesellschaft von ihr wichtige Unterstützung bei der Bewältigung von Problemen wie Extremismus, Gewaltbereitschaft oder Politikverdrossenheit, auf der anderen Seite werden die zur Erfüllung des Bildungsauftrags erforderlichen finanziellen Zuwendungen gekürzt. Da davon auch die Arbeit des Gesamteuropäischen Studienwerks betroffen ist, erwägen wir die Gründung eines Förderkreises. Dabei geht es nicht allein um Ihren finanziellen Beitrag, sondern auch um einen noch engeren Austausch zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des GESW, den Lesern der "aktuellen ostinformationen", den Teilnehmenden unserer Seminare und allen, die unsere Arbeit auf welche Weise auch immer unterstützen möchten.

Für Ihre Rückmeldung bedanken wir uns noch einmal und verbleiben mit freundlichen Grüßen und allen guten Wünschen,

die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des GESW e.V. Vlotho